

Der st. gallische Staatshaushalt in seiner Entwicklung von Jahrzehnt zu Jahrzehnt.

Von Othmar Müller, Staatsschreiber in St. Gallen.

Verfassung und Gesetzgebung eines Landes bilden wohl unstreitig einen wichtigen Massstab für die Beurteilung der Frage, in welcher Richtung und in welchem Umfange ein Staatswesen die ihm einerseits als Rechts- und Polizeistaat für den geordneten Bestand der staatlichen Einrichtungen und für den Schutz der den Bürgern gewährleisteten Rechte, anderseits als Socialstaat, auf den verschiedenen Gebieten der allgemeinen Wohlfahrt, für die Hebung der geistigen und materiellen Kultur des Landes, zufallenden Aufgaben zu erfüllen bestrebt ist. Und doch gewinnen diese beiden massgebenden Faktoren staatlicher Wirksamkeit gewissermassen erst praktische Gestalt durch das Mass der finanziellen Aufwendungen, welche der Staat, sei es für sich allein, oder in Verbindung mit andern öffentlich-rechtlichen Verbänden, vorab den Gemeinden, aus öffentlichen Mitteln für die einzelnen Zweige seiner Bethätigung zur Verfügung zu stellen im stande ist. Im Finanzhaushalt des Staates und der Gemeinden prägt sich daher in nicht weniger charakteristischer Weise, als dies durch die Gesetzgebung geschieht, Wesen und Richtung eines Staatswesens aus, und beide stehen in ununterbrochener gegenseitiger Wechselwirkung zu einander.

Entsprechend seiner hohen Bedeutung für die Kenntnis der staatlichen Verhältnisse, für die Entwicklung der öffentlichen Angelegenheiten ist denn auch dem Finanzhaushalt des Bundes sowohl als der Kantone von jeher ein lebhaftes und berechtigtes Interesse entgegengebracht worden, und zwar nicht nur von seiten der amtlichen Instanzen des Landes, deren gesetzgeberische und administrative Thätigkeit begreiflicherweise durch die Rücksichtnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes in einschneidendem Masse mitbestimmt wird, sondern auch von seiten der vergleichenden Statistik — siehe u. a. hierüber die in dieser Zeitschrift erschienenen wertvollen Arbeiten von Stössel, Chatelanat, Dr. Steiger u. a. Es bedarf deshalb wohl keiner einlässlicheren Rechtfertigung, wenn in Nachstehendem an Hand der zur Verfügung stehenden amtlichen Quellen, vorab der Staatsrechnungen und der regierungsrätlichen Amtsberichte, der Versuch gemacht wird, den Staats- und Finanzhaushalt des Kantons St. Gallen zum Gegenstand der Darstellung zu machen, und wenn hierbei insbesondere, um ein möglichst zuverlässiges Bild der allmählichen Entwicklung dieser staatlichen Verhältnisse zu gewinnen, diese Darstellung sich nicht nur auf ein einzelnes Jahr

beschränkt, sondern eine Reihe durch den nämlichen Zeitraum eines Decenniums von einander getrennter Jahre umfasst.

Dagegen mag es gerechtfertigt erscheinen, diese Vergleichung nicht weiter als bis in das dritte Decennium des zu Ende gehenden Jahrhunderts zurückzuführen, mit Rücksicht auf die seit jener Zeit auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens eingetretenen Umschwung im allgemeinen, wie auch im Kanton St. Gallen im besondern.

Wie in den meisten deutschschweizerischen Kantonen, so bedeutet die Verfassungsbewegung der 1830er Jahre auch in der Geschichte des Kantons St. Gallen einen entscheidenden Wendepunkt. Nicht nur ist in allgemein politischer Beziehung durch die Revisionsbewegung der Jahre 1830/1831 an Stelle des bisherigen landesväterlich wohlwollenden, aber von durchaus aristokratischem Geiste geleiteten Regimes mit den demokratischen Errungenschaften der Gewaltentrennung, der Einführung kurzer Amtsdauern, der Öffentlichkeit der Verwaltung, der erweiterten Machtstellung der Volksvertretung gegenüber der Exekutivbehörde und einem, wenn auch verklausulierten, Entscheidungsrecht des Volkes in Fragen der Gesetzgebung, eine freiere und volkstümlichere Gestaltung des Staatswesens getreten; auch die Verwaltung im engeren Sinne hat damals eine eingreifende organisatorische Umgestaltung erfahren, die in ihren wesentlichen Grundzügen bis heute ihre Gültigkeit behalten hat. In der obersten Exekutivbehörde, dem Kleinen Rat, wurde das bis dahin bestandene Kommissionalsystem — es existierten vor 1831 4 Kommissionen: für Justiz und Polizei, für innere Angelegenheiten, für Finanzen, für Äusseres und Kriegswesen — durch konsequente Ausführung des Departementalsystems ersetzt, und an Stelle der Einteilung des Kantons in 8 Bezirke und 44 Kreise trat, freilich nicht aus verwaltungstechnischen, sondern aus staatspolitischen Gesichtspunkten, die Schaffung der heute noch bestehenden 15 Bezirke mit einem vom Volke gewählten Bezirksammann als Vorstand.

Neben diesen durch die Verfassungsgeschichte unseres Kantons begründeten Erwägungen spricht aber für die Beschränkung der vergleichenden Darstellung im angedeuteten Sinne auch noch der weitere Umstand, dass aus den im Manuskript vorhandenen Staatsrechnungen der drei ersten Decennien kaum mehr ein völlig zutreffendes Bild der finanziellen Verhältnisse

des Kantons geschöpft werden kann. Schon Baumgartner beklagt in seinen 1844 erschienenen „Erlebnisse auf dem Felde der Politik“, Seite 140, den Wirrwar, der in den Staatsrechnungen von 1803—1827 gewaltet hatte; „ohne alle administrativ-wissenschaftliche Klarheit und Einteilung hatten sie die heterogensten Ausgaben zusammengeworfen, homogene zersplittert und zerstreut; gleicher Unfug zeigte sich bei den Einnahmen, die Überschriften waren meist unpassend, die ganze Form der Rechnung unbehülflich, steif und ungeschicklich“. Ende der 1820er Jahre ist denn auch durch den damals neugewählten Kantonskassier Schirmer, unter Mitwirkung Baumgartners, eine neue auf systematischer Anordnung des Stoffes beruhende Form der Rechnungsablage über den gesamten Staatshaushalt eingeführt worden, die in ihren wesentlichen Grundzügen, wenn auch selbstverständlich mit vielen Erweiterungen und grösserer Ausführlichkeit, bis heute beibehalten worden ist.

Wenn sich nun, im Sinne vorstehender Ausführungen, die vergleichende Darstellung des st. gallischen Staatshaushaltes nur bis in die 30er Jahre zurückerstreckt, so ist immerhin ohne weiteres einleuchtend, dass in diesem langen Zeitraum von nahezu 70 Jahren die Staatsrechnung nach Form und Inhalt mannigfache Änderungen erfahren hat. Welch intensive *inhaltliche* Ausdehnung, infolge fortschreitender Erweiterung des Kreises staatlicher Aufgaben, der Finanzhaushalt des Kantons erfahren hat, erzeugt ein flüchtiger Blick in die nachfolgenden tabellarischen Zusammenstellungen. Aber auch in *formeller* Hinsicht haben sich im Laufe der Jahrzehnte in den kantonalen Staatsrechnungen mancherlei Änderungen vollzogen. Seit den 30er Jahren bis 1881 ist die Verwaltungsrechnung, die über die in den verschiedenen Zweigen des kantonalen Haushaltes erzielten Einnahmen und verwendeten Ausgaben Aufschluss giebt, im wesentlichen, wenn auch mit mancherlei Abweichungen im einzelnen, auf systematischer Grundlage, unter Zusammenziehung der ihrer innern Natur und Zweckbestimmung nach zusammengehörenden Gebiete unter eine Rubrik, aufgestellt worden, während seit 1882, beziehungsweise seit der damals vollzogenen Umgestaltung des staatlichen Komptabilitätswesens, die Einteilung der Verwaltungsrechnung grösstenteils, wenigstens was die Ausgaben betrifft, auf der durch das regierungsrätliche Geschäftsreglement geschaffenen, jeweiligen Geschäftsverteilung der Departemente basiert. Im weitern haben bis Ende der 50er Jahre in der Verwaltungsrechnung jeweilen auch zahlreiche Vermögensmutationen, wie Anlage und Rückzahlung von Kapitalien, Staatsanleihen, Einnahmen aus dem Erlös von Liegenschaften u. dgl. Aufnahme gefunden, während seit den 60er Jahren diese Finanz-

operationen korrekter Weise in die Vermögensrechnung verwiesen worden sind. Nicht weniger zahlreiche Änderungen und Erweiterungen weist im Verlauf der Jahrzehnte namentlich auch die Vermögensrechnung und das auf Grund derselben erstellte Vermögensinventar auf. Es leuchtet angesichts des Gesagten ohne weiteres ein, dass, wenn eine zuverlässige und richtige Vergleichungsbasis für die zur Darstellung herangezogenen Jahrgänge gewonnen werden wollte, nicht einfach die Ziffern der gleichlautenden Sammelrubriken der betreffenden Staatsrechnungen zusammengestellt werden konnten, sondern dass die letzteren, namentlich soweit es sich um die Betriebs- oder Verwaltungsrechnung handelt, in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt und diese letzteren nach einer neuen Gruppierung, nach systematischen Gesichtspunkten, in wesentlicher Anlehnung an die bis 1881 im Gebrauch bestandene, zusammengestellt werden mussten. Bei Durchführung dieser Umarbeitung ist dann auch gleichzeitig der Versuch gemacht worden, bei den Ausgaben eine Auseinanderhaltung der produktiven und der unproduktiven eintreten zu lassen und es sind hierbei unter die ersteren die den Aufgaben des *Staatshaushaltes* auf den verschiedenen Gebieten geistiger und materieller Kultur, unter die letzteren dagegen die den Zwecken des *Rechts- und Polizeistaates* gewidmeten Aufwendungen subsumiert worden.

Die st. gallische Staatsverwaltungsrechnung basiert seit den 30er Jahren auf dem Prinzip der sogenannten *Bruttoberechnung*, d. h. die Einnahmen der verschiedenen staatlichen Einrichtungen und Anstalten gelangen in ihrem *Gesamtbetrage*, nicht bloss soweit ein Nettoüberschuss über die auf dem betreffenden Verwaltungszweige erwachsenden Ausgaben sich erzeugt, zur Einstellung in die Rechnung. Immerhin wird dieser Berechnungsmodus nicht konsequent und durchwegs durchgeführt, indem auf einem wichtigen und bedeutungsvollen Gebiete der Landesverwaltung, dem sich zumal in neuerer Zeit die staatliche Fürsorge gegenüber früher in bedeutend weitergehendem Umfange zugewendet hat, nämlich demjenigen des Sanitätswesens, beziehungsweise der dem letzteren zudienenden Heil- und Pflegeanstalten, kraft spezieller gesetzlicher und organisatorischer Vorschriften, die durch den Betrieb dieser Anstalten erzielten Einnahmen in erster Linie und ausschliesslich für die Bedürfnisse der Anstalt selbst verwendet und die *allgemeine* Verwaltungsrechnung des Staates lediglich mit dem durch die Betriebseinnahmen nicht gedeckten Rest der Ausgaben belastet wird.

Zu beachten ist ferner, dass, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, auch sämtliche Bundesbeiträge in der Einnahmenrubrik der Verwaltungsrechnung keine Erwähnung finden, ebensowenig die allfälligen Leis-

tungen der Gemeinden an öffentliche Zwecke, und dass daher die in der Staatsrechnung komparierenden Angaben ausschliesslich über die finanziellen Hilfsquellen und die Leistungen des *Kantons* in den verschiedenen Zweigen der öffentlichen Verwaltung Auskunft geben.

Vorstehende einleitende Bemerkungen mögen zur allgemeinen Orientierung genügen. Aufgabe der nachfolgenden Ausführungen wird es nun sein, den Entwicklungsgang des st. gallischen Staatshaushaltes für

die zur Vergleichung ausgewählten Jahre, und zwar zunächst vom Gesichtspunkt der *Verwaltungsrechnung*, d. h. der jährlichen Einnahmen und Aufwendungen für die Erfüllung der mannigfachen staatlichen Aufgaben, und sodann von demjenigen der *Vermögensrechnung*, d. h. des dem Kanton eigentümlich zugehörenden oder doch unter seiner Verwaltung einem öffentlichen Zweck zudienenden Vermögensbestandes, zur Darstellung zu bringen.

A. Verwaltungsrechnung.

Übersicht der Einnahmen und Ausgaben 1837—1897.

Tab. 1.

Rubriken	1837 ¹⁾	1847 ¹⁾	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einnahmen.							
Ertrag des Staatsgutes (inkl. Kontokorrentzinse) . .	191,658	82,546	72,670	102,010	264,599	439,122	500,131
Ertrag der Staatsanstalten (ohne Krankenanstalten) und der staatlichen Einrichtungen	29,995	107,259	760,288	392,616	722,147	695,614	808,510
Regalien und Monopole	150,911	149,825	279,381	295,918	102,721	116,240	649,613
Indirekte Abgaben	254,610	267,442	301,935	327,180	250,204	415,862	680,013
Direkte Steuern	85,526	129,259	231,288	604,191	936,026	1,055,234	1,579,689
<i>Total der Einnahmen</i>	712,700	736,331	1,645,562	1,721,915	2,275,697	2,722,072	4,217,956
Ausgaben.							
I. Unproduktive Ausgaben.							
1. Allgemeine Verwaltung	114,005	122,576	137,697	184,975	190,385	232,597	288,876
2. Finanzwesen (inkl. Kontokorrentzinse)	43,029	260,094	369,184	125,033	250,228	255,432	279,623
3. Rechtspflege	41,456	63,640	58,264	77,955	92,395	109,140	151,565
4. Polizeiverwaltung	56,752	142,698	180,583	235,756	339,331	339,953	348,589
5. Militärwesen	62,200	150,184	426,818	320,906	259,406	287,734	360,180
	317,442	739,192	1,172,546	944,625	1,131,745	1,224,856	1,428,833
II. Produktive Ausgaben.							
6. Bauverwaltung	174,800	204,155	286,645	389,809	560,790	734,217	1,379,739
7. Volkswirtschaft	12,908	25,896	26,892	62,793	89,655	168,946	335,052
8. Innere Verwaltung	14,134	12,822	5,441	2,995	2,787	18,570	82,483
9. Erziehungswesen	16,000	16,000	28,000	185,112	269,594	339,586	600,037
10. Sanitätswesen (netto)	5,797	7,199	5,567	7,530	38,151	33,476	192,310
	223,639	266,072	352,545	648,239	960,977	1,294,795	2,589,621
Zusammenstellung.							
I. Unproduktive Ausgaben	317,442	739,192	1,172,546	944,625	1,131,745	1,224,856	1,428,833
II. Produktive Ausgaben	223,639	266,072	352,545	648,239	960,977	1,294,795	2,589,621
<i>Total der Ausgaben</i>	541,081	1,005,264	1,525,091	1,592,864	2,092,722	2,519,651	4,018,454
Bilanz.							
Einnahmen	712,700	736,331	1,645,562	1,721,915	2,275,697	2,722,072	4,217,956
Ausgaben	541,081	1,005,264	1,525,091	1,592,864	2,092,722	2,519,651	4,018,454
Aktivsaldo am Schluss des Jahres	171,619	—	120,471	129,051	182,975	202,421	199,502
Passivsaldo am Schluss des Jahres	—	268,933	—	—	—	—	—
Genaue Zahlen nach der betreffenden Staatsrechnung ²⁾	171,652	268,978	120,376	129,029	182,982	202,402	199,457

¹⁾ Die Staatsrechnungen von 1837 und 1847 sind noch in der alten Geldwährung, von Gulden und Kreuzern (1 Gulden = 60 Kreuzer) durchgeführt; die Ansätze dieser Jahre sind in allen Tabellen umgerechnet in die entsprechenden Werte der 1852 eingeführten neuen Währung nach Franken und Rappen, und zwar den Gulden zu Fr. 2, entsprechend dem kantonalen Gesetz vom 27. Januar 1852 (G.-S., Bd. V, Nr. 19).

²⁾ Die unbedeutenden Differenzen sind auf die Weglassung der Rappenbeträge zurückzuführen.

Tab. 2.

Einnahmen: Ertrag des Staatsgutes.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Zinse von Kapitalien (inkl. Kontokorrentzinse)	14,373	8,315	31,080	43,103	82,994	152,394	172,035
2. Grund-, Pacht- und Mietzinse	12,458	6,266	18,118	18,067	11,904	10,556	13,656
3. Zehnten zu gunsten des Staates	26,724	4,435	—	—	—	—	—
4. Ertrag der Staatswaldungen	16,496	14,857	23,472	40,840	78,066	95,139	114,499
5. Aktivsaldo der letzten Rechnung	121,607	48,673	—	—	91,635	181,033	199,941
<i>Total</i>	191,658	82,546	72,670	102,010	264,599	439,122	500,131

Spezifikation.

1. Zinse von Kapitalien.

1837: Fr. 14,373; das Inventar über das Staatsvermögen pro 1837 weist an „angelegten Kapitalien und rückständigen Zinsen“ eine Summe von Fr. 395,907 auf. Der Gleichstellung mit den Rechnungen der andern Jahrgänge wegen sind die ausserordentlichen Einnahmen von Fr. 155,026, hauptsächlich herrührend von abbezahlten Kapitalien und Erlös verkaufter Liegenschaften, weggelassen.

1847: Fr. 8315; das Inventar weist an angelegten Kapitalien Fr. 285,875 auf; nicht eingerechnet Fr. 121,294 als Vorschuss des doppelten Geldkontingentes an die Eidgenossenschaft.

1857: Fr. 31,080, davon von angelegten Kapitalien Fr. 24,909; von Depositionen und momentanen Anleihen Fr. 6171; Bestand der angelegten Kapitalien laut Vermögensinventar Fr. 414,901, wovon Fr. 62,250 in Aktien der Dampfbootgesellschaft.

1867: Fr. 43,103, wovon von angelegten Kapitalien Fr. 23,732 und Fr. 19,371 von momentanen Anleihen; angelegte Kapitalien laut Vermögensinventar Fr. 466,353.

1877: Fr. 82,993; hiervon von angelegten Kapitalien Fr. 8546, von momentanen Anleihen Fr. 74,447; Bestand der angelegten Kapitalien laut Vermögensinventar Fr. 623,208.

1887: Fr. 152,394; hiervon von angelegten Kapitalien Fr. 8515, von Kontokorrentguthaben Fr. 143,879, Bestand der Hypothekartitel laut Vermögensinventar Fr. 39,104; der Kontokorrentguthaben Fr. 3,681,485 und diverse Debitoren Fr. 737,683.

1897: Fr. 172,035; hiervon von angelegten Kapitalien Fr. 2220; von Kontokorrentguthaben Fr. 169,815, Bestand der Hypothekartitel laut Vermögensinventar Fr. 39,890, der Kontokorrentguthaben Fr. 2,277,506 und diverse Debitoren Fr. 565,964.

2. Grund-, Pacht- und Mietzinse.

1837: Fr. 12,458; der Ertrag war niedriger als 1836, weil einige Gefälle im Toggenburg nur alle 2

Jahre eingezogen wurden, Ertrag der Miet- und Pachtzinse zusammen Fr. 10,391.

1847: Fr. 6266, davon Fr. 6078 Ertrag von Domänen, der Rest stammt von Grund-, Boden- und Wasserrechtszinsen.

1857: Fr. 18,118, davon Fr. 1795 Boden- und Wasserrechtszinse, Fr. 16,322 Pacht- und Mietzinse von Domänen.

1867: Fr. 18,067, davon Fr. 756 Boden- und Wasserrechtszinse, Fr. 17,312 Miet- und Pachtzinse von Domänen.

1877: Fr. 11,904, davon Fr. 7758 Pacht- und Mietzinse, Fr. 4124 Ertrag der dem Staate gehörenden Steinbrüche.

1887: Fr. 10,556, davon Fr. 9623 Pacht- und Mietzinse von Domänen, Fr. 934 Ertrag der Steinbrüche.

1897: Fr. 13,656, davon Fr. 13,427 Pacht- und Mietzinse von Domänen; Rest Ertrag der Steinbrüche.

3. Zehnten zu gunsten des Staates.

1837: Fr. 26,724, darunter kapitalisierter „trokener“ Zehentzins (Getreidezehnten) Fr. 1147; Zehntwein (nasser Zehnten) aus den Gemeinden Thal, St. Margrethen und Rheineck Fr. 8528; Verkauf ab dem Weinlager des Kantons in St. Gallen Fr. 17,048.

Schon durch Gesetz vom 15. Mai 1804 (Schlumpf¹⁾, Seite 1117) war die Loskäuflichkeit der Zehnten statuiert worden, und zwar beim sogenannten grossen

¹⁾ In Bezug auf die Citation der verschiedenen Gesetzessammlungen ist folgendes zu beachten: Von 1803—1817 erfolgte die Publikation der Gesetze und Dekrete lediglich durch die „Amtlichen Bekanntmachungen“ (Amtsblatt); mit 1817 beginnt für die Erlasse *bleibenden* Charakters die Herausgabe einer eigenen Gesetzessammlung, welche die Erlasse in chronologischer Reihenfolge auführt und 17 Bände, bis 1867 reichend, umfasst. Diese Sammlung ist hier als *alte* Gesetzessammlung citiert; *neben* derselben wurden auf Anordnung des Kleinen Rates 1826 und 1842 zwei bereinigte und systematische Ausgaben der geltenden Gesetze veranstaltet, die erste, 1826 durch Kanzleidirektor Zollikofer (citiert: Zollikofer) die zweite, 1842 durch Departementssekretär Schlumpf (citiert: Schlumpf). In dem Jahre 1867 und 1868 erfolgte dann die Ausgabe einer neuen, jetzt noch gültigen, bereinigten und systematischen Gesetzessammlung durch Staatsschreiber Zingg (6 Bände und 1 Registerband), welche seit 1869 durch eine chronologische „Neue Folge“ (N. F., bis 1899 7 Bände) fortgeführt wurde.

Spezifikation.

1. Kornhaus Rorschach.

Über die Geschichte und Zweckbestimmung des staatlichen Kornhauses in Rorschach orientiert ein Bericht des Finanzdepartements vom 14. August 1885 (Amtsblatt 1885, Seite 553). Dasselbe hat sich aus dem von der ehemaligen fürst-äbtischen Regierung unterhaltenen Kornmarkt entwickelt und stetsfort als staatliche Institution forterhalten; wiederholte Anregungen auf Entstaatlichung, beziehungsweise Liquidation des Kornhauses, 1869/1872 und 1884/1885, wurden vom Grossen Rate abgelehnt.

1857: Fr. 5628 Nettobetriebsüberschuss; massgebend ist die Kornhausordnung vom 14. November 1855 (alte Ges.-Sammlung, Bd. XIII, S. 111 und 705).

1867: Fr. 8998; Bestimmungen bis 1868 wie oben.

1877: Fr. 63,099 Bruttoeinnahmen; massgebend ist nunmehr die Kornhausordnung vom 17. April 1868 (G.-S., Bd. II, Nr. 164); die Nettoeinnahmen, nach Abzug der Ausgaben von Fr. 59,787, betragen Fr. 3312.

1887: Fr. 65,600, brutto; Bestimmungen wie oben und Gebührenordnung laut Amtsblatt 1887, Seite 461 und 466; Nettoergebnis nach Abzug der Fr. 48,718 Ausgaben gleich Fr. 16,882.

1897: Fr. 53,318, brutto. Neue Verordnung und Organisation vom 23. November 1897 (G.-S., Bd. VII, N. F., Nr. 70 und 71); netto ergaben sich nach Abzug von Fr. 40,188 Ausgaben Fr. 13,130.

2. Kantonalbank.

Durch Gesetz vom 9. Mai 1867 (G.-S., Bd. III, Nr. 154) wurde „auf Rechnung, unter der Verwaltung und Garantie des Staates“ eine Kantonalbank gegründet, deren Dotationskapital ursprünglich auf 4 Millionen festgesetzt, durch nachträgliche Gesetze von 1878 und 1897 zuerst auf 6, dann auf 8 Millionen Franken erhöht wurde. Der Geschäftskreis der Bank ist durch Art. 3 des Gesetzes wie folgt umschrieben:

Art. 3. Die Geschäfte der Bank bestehen:

- a. in Anleihen auf Liegenschaften (Anlagekapital 1897: 35 Millionen);
- b. in Vorschüssen auf beschränkte Termine;
- c. in der Eröffnung von Krediten auf laufende Rechnung;
- d. in Kauf, Verkauf und Inkasso von Pfandtiteln, Forderungen und Wechseln, sowie im Skontieren von Wechseln;
- e. in der Ausgabe von verzinslichen Obligationen;
- f. in der Ausgabe von Kassascheinen und Banknoten (Emissionsbetrag der letztern 1897: 14 Millionen);
- g. in der Übernahme von Depositengeldern;

h. in der Aufnahme und Besorgung von Sparkassageldern (Total der Einlagen 1897: 28 Millionen).

Der Grosse Rat kann der Bank auch noch andere Geschäftszweige gestatten. Untersagt sind derselben jedoch Beteiligungen in industriellen Unternehmungen und Geschäfte in ausserkantonalen Staats- und Wertpapieren.

Die Verwaltung der Bank wird von einer durch den Grossen Rat auf drei Jahre gewählten neungliedrigen Bankkommission und einem engeren Ausschuss von drei Mitgliedern der letztern besorgt. Vom jährlichen Reingewinn der Bank sind nach Art. 23 des Gesetzes 50 % so lange zur Gründung eines Reservefonds anzulegen, bis dieser den Betrag von einer Million Franken erreicht hat (derselbe beziffert sich pro 1898 auf Fr. 1,385,000). Zur Zeit werden diese 50 % zur Amortisation der Bauschuld des Kantonalbankgebäudes verwendet, und über den Rest des Reingewinnes verfügt der Grosse Rat auf den Antrag des Regierungsrates, d. h. er fällt als Einnahme in die Staatskasse. Diese Gewinnanteile der Staatskasse betrugen laut Tabelle 1877: Fr. 60,000, 1887: Fr. 19,000, 1897: Fr. 55,000.

3. Eisenbahnconto.

1857. In der Staatsrechnung von 1857 figurieren als Einnahmen Fr. 398,855, nämlich:

- a. Zinse von geleisteten Einzahlungen:

von der st. gallisch-appenzellischen Bahnverwaltung	Fr. 207,200
von der Südostbahn	„ 28,000
von den Vereinigten Schweizerbahnen	„ 156,927
- b. Zinse von Depositionen aus dem
Überschussaufgenommener Anleihen „ 6,728

Über die diesbezüglich gepflogenen Finanzoperationen giebt der regierungsrätliche Amtsbericht pro 1857, Seite 73, nähern Aufschluss. Der Grosse Rat hatte insgesamt für das Eisenbahnwesen einen Kredit von Fr. 6,250,000 bewilligt; Ende 1857 ergab sich über alle Auslagen und Spesen hinaus durch Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben für das Eisenbahnunternehmen in den Jahren 1853—1857 ein Vorschuss zu gunsten des Eisenbahnwesens von Fr. 41,772, der, da frühere Grossratsbeschlüsse eine Vermischung der Staatsrechnung mit der Eisenbahnrechnung unzulässig erklärten, dem sog. Amortisationsfonds zugeschrieben wurde; der letztere erzeugte laut Vermögensinventar Ende 1857 einen Bestand von Fr. 262,419.

1867 und 1877 wird die Staatsverwaltungsrechnung weder in den Einnahmen noch in den Ausgaben durch die das Eisenbahnwesen beschlagenden Bezüge und

Ausgaben berührt; dieselben sind vielmehr in die Separatrechnungen des Eisenbahnkonto- und des Amortisationsfonds für die Eisenbahnstaatsschuld verwiesen.

1867 betrug der Aktivenüberschuss des Eisenbahncontos Fr. 182,176 (Aktiven Fr. 9,008,376, Passiven Fr. 8,826,200); der Vermögensbestand des Amortisationsfonds Fr. 361,873.

1877 betrug der Aktivenüberschuss des Eisenbahncontos Fr. 171,176 (Aktiven, Wertpapiere Fr. 12,051,176, Passiven, Staatsanleihen Fr. 11,880,000); der Vermögensbestand des Amortisationsfonds Fr. 425,182.

1887: Fr. 52,246; durch Grossratsbeschluss vom 17. November 1886 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 24) wurde festgesetzt, der Amortisationsfonds sei auf Fr. 700,000 zu öffnen und dann bis auf weiteres auf diesem Betrage zu belassen. Die Zinsen des Fonds fallen vom 1. Januar 1887 an in die laufende Rechnung des Eisenbahncontos und allfällige Jahresüberschüsse des letztern in die Staatskasse.

1897: Fr. 52,439; Jahresüberschuss des Eisenbahncontos.

4. Beiträge aus dem Erziehungswesen

(höhere Lehranstalten).

1867: Fr. 70,369; darunter folgende Einzelposten:

- a. Beiträge der beiden Konfessionsteile und der Ortsgemeinde St. Gallen an die Kantonsschule Fr. 42,000
- b. Beiträge von Zinserträgen von Separatfonds „ 23,229
- c. Schulgelder, zusammen „ 4,228

Durch Gesetz vom 4. Februar 1864 betreffend Errichtung eines Lehrerseminars und einer Kantonsschule (G.-S., Bd. II, Nr. 19) wurde die seit 1857 auf Grund eines Vertrages zwischen dem Grossen Rat, den beiden konfessionellen Korporationen und der Ortsgemeinde St. Gallen bestandene gemeinsame Kantonsschule als staatliche Anstalt erklärt; als Einnahmen waren der Kantonsschule und dem Lehrerseminar laut Art. 52 des Gesetzes zugewiesen:

- a. die Zinsen einer Aversalsumme oder die jährlichen Beiträge des katholischen Konfessionsteils, desgleichen des evangelischen Konfessionsteils;
- b. die Zinsen einer Aversalsumme oder die jährlichen Beiträge der Gemeinde, in welche das Lehrerseminar, beziehungsweise die Kantonsschule verlegt wird.

Durch Übereinkommnisse und Beschlüsse des Grossen Rates vom Jahre 1865 (G.-S., Bd. II, Nr. 24) wurden diese Beiträge sodann wie folgt fixiert: Katholischer Konfessionsteil, jährlicher Beitrag Fr. 22,000,

evangelischer Konfessionsteil Fr. 5000, Ortsgemeinde St. Gallen Fr. 15,000, zusammen Fr. 42,000 wie oben angegeben.

Als weitere Einnahmequellen wurden durch Art. 52 des Gesetzes stipuliert die Zinsen des „Salzfonds“ und des „Bürgerrechtstaxenfonds“, welche zusammen pro 1867 Fr. 23,229 ausmachten (ersterer Fr. 16,191, letzterer Fr. 7038). Weitere Einnahmen: Schulgelder, Fr. 3823 von Kantonsschülern, Fr. 405 von Seminaristen.

Gegenüber den Totaleinnahmen von Fr. 70,369 standen Ausgaben im Total von Fr. 118,925; somit netto durch die Staatskasse zu decken Fr. 48,556.

1877: Fr. 107,425, darunter folgende Einzelposten:

- a. Beiträge der konfessionellen Korporationen und der Ortsgemeinde St. Gallen wie oben Fr. 42,000
- b. Zinse von Separatfonds (Salzfonds und Bürgerrechtstaxenfonds) . . . „ 25,874 vom Ertrag der Domäne Ragaz-Pfäfers „ 28,000
- c. Schulgelder und Verschiedenes . . . „ 11,532

Einnahmen Total Fr. 107,425, Ausgaben Fr. 155,578, somit durch die Staatskasse zu decken Fr. 48,152.

1887: Fr. 74,906, und zwar:

- a. Beiträge wie oben Fr. 42,000
- b. Zinse der beiden Separatfonds . . . „ 18,736
- c. Schulgelder und Diverses „ 14,170

Einnahmen Total Fr. 74,906, Ausgaben Fr. 176,817, somit durch die Staatskasse zu decken Fr. 101,911.

1897: Fr. 40,297, und zwar:

- a. die bisherigen Beiträge der Konfessionsteile und der Ortsgemeinde St. Gallen mit zusammen Fr. 42,000 sind auf Grund von Art. 9 der Kantonsverfassung von 1890, wonach Kantonsschule und Lehrerseminar ausschliesslich aus Staatsmitteln zu unterhalten sind, weggefallen; die Stadt St. Gallen hat dafür freiwillig die Leistung eines jährlichen Beitrages an die Pensionskasse der Kantonsschullehrer übernommen;
- b. Zinse der beiden Separatfonds . . . Fr. 15,267
- c. Einnahmen des Lehrerseminars (Gartenprodukte etc.) „ 9,636
- d. Einnahmen der Kantonsschule (Fr. 7000 Schulgelder; Fr. 8144 Bundesbeitrag an die Erweiterung der Merkantilabteilung) „ 15,219

Total der Einnahmen Fr. 40,297; der Ausgaben Fr. 229,878; somit durch die Staatskasse zu decken: Fr. 189,581.

5. Rechtspflege.

1837: Fr. 22,486, herrührend von Geldbussen der Gerichte (Kassationsbehörde, Kantonsgericht, Kriminalgericht, Bezirks- und Untergerichte) nach Massgabe der Verordnung vom 12. Dezember 1832 über die Bussenrechnungen (Schlumpf S. 231), wonach die von den Gerichten verhängten Geldbussen durch die Gerichtskassiere eingezogen und verrechnet wurden.

1847: Fr. 20,486; davon Fr. 2500 Gerichtsgebühren des Kantonsgerichtes; Fr. 5887 Rückvergütung von Prozedurkosten; Fr. 10,933 Geldstrafen; Fr. 1165 polizeiliche Bussengelder.

1857: Fr. 19,793; davon Fr. 2020 Gerichtsgebühren des Kantonsgerichtes; Fr. 5435 Rückvergütung von Prozedur- und Verpflegungskosten; Fr. 12,338 Geldbussen der Gerichte.

1867: Fr. 25,492; davon Fr. 2402 Gebühren des Kantonsgerichtes; Fr. 6271 Vergütung von Prozedurkosten; Fr. 16,818 Geldstrafen der Gerichte, Verordnung betreffend das Justizrechnungswesen vom 6. April 1866 (G.-S. Bd. V, Nr. 7).

1877: Fr. 40,163; davon Fr. 4534 Gebühren des Kantonsgerichtes; Fr. 6207 Rückvergütung von Prozedurkosten; Fr. 29,422 Geldstrafen der Gerichte.

1887: Fr. 47,349; davon Fr. 4630 Gebühren des Kantonsgerichtes; Fr. 22,137 Geldstrafen; Fr. 16,790 Vergütung von Prozedurkosten etc., Verordnung betreffend das Justizrechnungswesen vom 1. März 1886 (G.-S. Bd. V N. F., Nr. 11).

1897: Fr. 63,361; davon Fr. 8054 Gebühren des Kantonsgerichtes; Fr. 27,935 Geldstrafen; Fr. 22,711 Rückvergütung von Prozedurkosten; Fr. 2300 Einnahmen des Handelsregisterbureaus, Verordnung von 1887, dazu Verordnung betreffend das Rechnungs- und Kassenwesen der kantonalen Staatsverwaltung vom 10. März 1897 (G.-S. Bd. VII N. F., Nr. 60).

6. Sanitätswesen (ohne Krankenanstalten).

1887: Fr. 2309; Gebühren für chemische Analysen des Kantonschemikers, gestützt auf das Regulativ vom 6. Februar 1880 (G.-S. Bd. III N. F., Nr. 82).

1897: Fr. 6282; Gebühren des Kantonschemikers laut Regulativ vom 31. Dezember 1895 (G. S. Bd. VII N. F., Nr. 44).

7. Polizeiwesen.

1857: Fr. 7844; davon Fr. 5091 als Rückvergütung aus der eidgenössischen Staatskasse für die Verwendung von 8 Landjägern zum eidgenössischen Grenzzolldienst; Fr. 1424 Provision für den Bezug des Grenzzolls; Fr. 1113 polizeiliche Bussengelder.

1867: Fr. 10,012; davon Fr. 7281 Vergütung der Eidgenossenschaft für Grenzzolldienst; Rest Verschiedenes.

1877: Fr. 12,404; davon Fr. 11,000 Entschädigung des Bundes für Grenzzäger.

1887: Fr. 9342; davon Fr. 7350 Entschädigung des Bundes.

1897: Fr. 3298; die Entschädigung des Bundes ist weggefallen infolge Übernahme des Grenzzägersdienstes durch eigene Bundesbeamte.

8. Strafanstalten.

1837: Fr. 4089; Einnahmen aus dem Verdienst der Sträflinge.

1847: Fr. 51,855; darunter circa Fr. 46,000 Arbeitsverdienst der Sträflinge in St. Jakob (Zuchthaus) und Fr. 3032 in St. Leonhard (Arbeitshaus).

Im Jahr 1838 wurde die neue Strafanstalt St. Jakob für kriminelle Sträflinge eingerichtet und durch Grossratsbeschluss vom 15. November 1838 (G.-S. Bd. V, Nr. 43) einer eigenen Direktionskommission unterstellt, bezogen wurde sie am 1. Juli 1839; bisher waren die Sträflinge in gesonderten Abteilungen als Kettensträflinge und Zuchthaussträflinge im „grünen Turm“ und St. Leonhard untergebracht gewesen (Ende 1838: 28 Kettensträflinge, 39 Zuchthaussträflinge, und zwar 48 Männer und 19 Weiber), letztere Anstalt diente fortan als Strafanstalt für Arbeitshaus- und Gefängnissträflinge; siehe Hausordnung der Strafanstalt vom 9. September 1841 (G.-S. Bd. V, Nr. 45).

1857: Fr. 91,596; wovon Fr. 81,699 von der Strafanstalt St. Jakob, und zwar Fr. 62,990 Arbeitsverdienst der Sträflinge, Fr. 14,065 Verkauf von Lagerwaren; Fr. 9897 von St. Leonhard, hiervon Fr. 6261 Arbeitsverdienst und Fr. 2004 Verkauf von Lagerwaren.

1867: Fr. 96,876; hiervon Fr. 81,783 von St. Jakob und zwar Fr. 56,054 Arbeitsverdienst und Fr. 20,371 Warenverkauf; Fr. 15,093 von St. Leonhard und zwar Fr. 11,441 von Arbeitsverdienst und Fr. 2087 Warenverkauf. Siehe Grossratsbeschluss betreffend Verwaltung von St. Leonhard, vom 14. Februar 1859 (G.-S. Bd. V, Nr. 20).

1877: Fr. 125,044; hiervon Fr. 98,598 von St. Jakob und zwar Fr. 94,781 Arbeitsverdienst und Warenverkauf; Fr. 26,447 von St. Leonhard und zwar Fr. 22,315 Arbeitsverdienst und Warenverkauf.

1887: Fr. 92,445 aus der Strafanstalt St. Jakob, wovon Fr. 88,521 Arbeitsverdienst; die Strafanstalt St. Leonhard wurde aufgehoben zufolge Erweiterung und Reorganisation der Strafanstalt St. Jakob, auf

Grund des Grossratsbeschlusses vom 23. November 1882 (G.-S. Bd. IV N. F., Nr. 23) und des Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafen, vom 10. Januar 1883 (G.-S. Bd. IV N. F., Nr. 22). Auf Grund dieser Erweiterung wurde auch eine neue Hausordnung für die Strafanstalt erlassen am 21. Januar 1885 (G.-S. Bd. IV N. F., Nr. 65).

1897: Fr. 122,319 von der Strafanstalt St. Jakob, davon Fr. 107,910 Arbeitsverdienst und Verkauf von Waren; Fr. 12,205 Rückvergütung von Verpflegungsgeldern für Sträflinge aus andern Kantonen (Schwyz, Zug, Appenzell A.-Rh. und I.-Rh., Glarus).

9. Militärwesen.

1837: In der allgemeinen Staatsrechnung figurieren keine Einnahmen unter der Rubrik „Militärwesen“; in der gesonderten Militärrechnung weisen die Einnahmen einen Gesamtbetrag von Fr. 95,886 auf, denen Fr. 68,263 Ausgaben gegenüberstehen.

1847: Fr. 22,034; davon Fr. 19,355 Militärbeiträge nach Massgabe des Militärorganisationsgesetzes von 1842 (Alte G.-S. Bd. VIII, S. 319) Art. 155 ff.; hiernach hatte jeder Ausländer einen jährlichen Beitrag von 5—30 Gulden, jeder dienstfreie Kantons- und Schweizerbürger 2—22 Gulden im bundeskontingentpflichtigen Alter, beziehungsweise 1—11 Gulden im landwehrpflichtigen Alter zu leisten; daneben figurieren Fr. 2680 Einnahmen für Uniformen etc.

1857: Fr. 221,085; davon Fr. 105,225 Erlös von Ausrüstungsgegenständen, Fr. 57,129 Militärbeiträge, Fr. 45,391 Rückvergütung von Vorschüssen und Ausgaben bei eidgenössischen Truppenübungen, Mietzinse etc.

Siehe hierüber *eidgenössische* Militärorganisation vom 8. Mai 1850 (G.-S. Bd. VI, Nr. 62) und bezügliche Ausführungs- und Bundesgesetze vom 27. August 1851 (G.-S. Bd. VI, Nr. 63 und 88), ferner *kantonales* Militärgesetz vom 6. Mai 1852 (Alte G.-S. Bd. XI, S. 731), speciell bezüglich der Militärbeiträge: Art. 113 ff.: Ausländer hatten per Jahr Fr. 10—50, Kantons- und Schweizerbürger im Dienstalter des Bundeskontingentes Fr. 3—100, eventuell Fr. 2—80, im Dienstalter der Reserve Fr. 2—50 zu leisten; Vollzugsverordnung hierzu: Alte G.-S. Bd. XI, S. 769, und Bd. XIII, S. 80 und 371.

1867: Fr. 151,888; hiervon Fr. 89,869 Militärsteuern; Fr. 45,160 Einnahmen für Truppenausrüstungen; Fr. 9127 Rückvergütung von Vorschüssen.

Die Bundesvorschriften waren die nämlichen wie oben, daneben kantonales Militärgesetz vom 30. Mai 1861 (G.-S. Bd. VI, Nr. 99), betreffend Militärbeiträge bestimmten Art. 119 ff. dieses Gesetzes: Im dienst-

pflichtigen Alter des Auszuges waren Fr. 3—200, im Reservealter Fr. 2—100, im Landwehralter Fr. 1—25 zu leisten; Kantonsbürger im Ausland entsprechend billiger; specielle Begünstigung drückender Familienverhältnisse u. s. w.; genaue Skala siehe G.-S. Bd. VI, Nr. 106.

1877: Fr. 294,757; davon Fr. 73,632 Militärsteuer und Fr. 188,836 für Truppenausrüstung.

Die kantonalen Bestimmungen noch die nämlichen wie oben, unter Vorbehalt der *eidgenössischen* Militärorganisation vom 13. November 1874 (G.-S. Bd. II N. F., Nr. 106) und deren weitere Ausführungsbestimmungen.

1887: Fr. 306,953; davon Fr. 96,248 Militärsteueranteil; Fr. 160,505 für Truppenausrüstungen; betreffend Militärsteuer ist nunmehr das Bundesgesetz betreffend die Militärpflichtersatzsteuer vom 28. Juni 1878 massgebend (Eidg. G.-S. Bd. III, S. 565), wonach Bund und Kanton je die Hälfte der Militärsteuer beziehen; ferner kantonales Militärgesetz vom 10. Mai 1881 (G.-S. Bd. III N. F., Nr. 99) und kantonale Vollzugsverordnung betreffend Militärpflichtersatz vom 3. Februar 1879 (G.-S. Bd. III N. F., Nr. 73).

1897: Fr. 371,166; davon Fr. 108,461 Militärpflichtersatzanteil; Fr. 217,131 Bundesentschädigung für Truppenausrüstung; Fr. 27,950 Zeughausverwaltung.

Betreffend Militärpflichtersatz ist nunmehr massgebend: Verordnung vom 9. Juni 1894 (G.-S. Bd. VII N. F., Nr. 9).

10. Vergütung von der Brandversicherungsanstalt.

Durch Gesetz vom 9. Mai 1807 (Schlumpf, S. 1000) wurde die Errichtung einer obligatorischen kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt beschlossen, deren Verwaltung bis 1839 (Schlumpf, S. 1013) einer eigenen Direktionskommission, seit 1839 aber dem Regierungsrat, beziehungsweise einem seiner Departemente übertragen war; alle im Verlauf der Zeit bezüglich der kantonalen Assekuranstalt erlassenen Gesetze, so dasjenige vom 4. März 1848 (Alte G.-S. Bd. IX, S. 393) in Art. 7, vom 12. August 1852 (G.-S. Bd. II, Nr. 52) in Art. 7 und vom 3. Februar 1870 (G.-S. Bd. I N. F., Nr. 40), in Art. 8, enthalten die Bestimmung, dass die Brandversicherungsanstalt vom Staate gegen Erstattung der Verwaltungskosten besorgt werde, daher die Einsetzung der bezüglichen Einnahmeposten in die Staatsrechnung:

1847: Fr. 1320; 1857: Fr. 1700; 1867: Fr. 2000; 1877: Fr. 5000; 1887: Fr. 10,000; 1897: Fr. 10,000.

11. Einnahmen der Staatskanzlei für Drucksachen.

1847: Fr. 394; 1857: Fr. 4166; 1867: Fr. 17,739; der ausnahmsweise höhere Betrag rührt von der damaligen Neuauflage der Gesetzessammlung her.

1877: Fr. 10,640; 1887: Fr. 11,713; 1897: Fr. 13,887.

12. Verschiedene Einnahmen.

1837: Fr. 3420; Unvorhergesehenes.

1847: Fr. 8168; darunter Fr. 3700 Steuernachvergütungen, Fr. 2750 Beitrag an eine Specialkarte (Eschmann) des Kantons, Fr. 1600 Unvorhergesehenes.

1857: Fr. 9621; darunter Fr. 4586 Rückvergütung der Gemeinde Herisau für eine Strassenkorrektur, Fr. 2632 Rückvergütung eines durch Defraudation entstandenen Schadens.

1867: Fr. 9241; darunter Fr. 4283 Rückvergütung des Bundes an die Kosten der Rinderpest, Fr. 2000 Bauauslösungssumme betreffend die Ziegelbrücke.

1877: Fr. 3614; Rückvergütung von Bankprovisionen etc.

1887: Fr. 3751; wie oben.

1897: Fr. 17,193; darunter verschiedene Rückvergütungen für Wildhuthkosten, Bankprovisionen, Überarbeitszeitbewilligungen etc.

Einnahmen: Regalien und Monopole.

Tab. 4.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Salzregal	78,069	93,093	182,195	214,741	88,981	100,968	136,356
2. Jagdregal	3,397	3,014	3,998	7,046	9,916	10,365	11,946
3. Fischereiregal	—	—	—	—	3,824	4,907	8,172
4. Postregal, resp. Entschädigung dafür	67,710	43,007	89,085	66,929	—	—	—
5. Schifffahrtsregal	1,735	10,711	4,103	7,202	—	—	—
6. Alkoholmonopol, Anteil des Kantons	—	—	—	—	—	—	493,139
<i>Total</i>	150,911	149,825	279,381	295,918	102,721	116,240	649,613

Spezifikation.

1. Salzregal.

1837: Fr. 78,069; das schon seit dem Bestande des Kantons, durch Dekret vom 20. Januar 1804 (Zollikofer, S. 638) ins Leben gerufene und durch strafrechtliche Bestimmungen (Zollikofer, S. 847) geschützte staatliche Salzregal wurde durch Gesetz vom 15. Januar 1835 (Schlumpf, S. 1357) neu geregelt, nachdem schon durch Gesetz vom 29. September 1831 (Schlumpf, S. 1360) der Salzpreis auf 3 Kreuzer per Pfund zu 40 Lot festgesetzt worden war; durch kleinrätliche Verordnung vom 18. März 1837 (Schlumpf, S. 1361) wurde derselbe sodann auf 10½ Pfennig zu 1 Pfund oder 5 Kreuzer 1 Pfennig zu 2 Pfund festgesetzt; der Bestand des *Salzfonds* betrug 1837 Fr. 204,898.

1847: Fr. 93,093; unter den gleichen gesetzlichen Bestimmungen wie oben. Bestand des Salzvermögens Fr. 231,017.

1857: Fr. 182,195; Salzvermögensbestand Fr. 341,509. Durch Gesetz betreffend den Salzpreis vom 29. Januar 1852 (G.-S., Bd. III, Nr. 132) war der

Preis auf 10 Rappen neue Währung per Pfund festgesetzt worden.

1867: Fr. 214,741; Salzvermögensbestand Fr. 335,652. Gesetzliche Bestimmungen wie oben.

1877: Fr. 88,981; Salzvermögensbestand Fr. 386,101. Durch Gesetz vom 12. August 1869 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 12) war der Salzpreis auf 6 Rp. per Pfund gleich 12 Cts. per Kilogramm herabgesetzt worden.

1887: Fr. 100,968; Salzvermögensbestand Fr. 186,318. Gesetzesbestimmungen wie oben; eine vom Grossen Rat in erster Lesung bereits gutgeheissene Erhöhung des Salzpreises zum Zwecke der Tilgung der Rheinperimeterschuld wurde durch Beschluss vom 23. Mai 1885 wieder rückgängig gemacht (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 66 und 75).

1897: Fr. 136,357; Salzvermögensbestand Fr. 187,123. Gesetzesbestimmungen unverändert wie oben.

2. Jagdregal.

1837: Fr. 3397. Die Vorschriften über die Jagd, welche schon vor der 30er Verfassung ein staatliches Regal gebildet hat (siehe Zollikofer, S. 631), wurden durch Gesetz vom 9. August 1832 (Schlumpf, S. 1159)

einer umfassenden Revision unterzogen; die Patenttaxen wurden auf fl. 5. 24 kr. festgesetzt; vgl. ferner Vollzugsverordnung vom 27. August 1832 (Schlumpf, S. 1160).

1847: Fr. 3014; massgebend war das Gesetz vom 28. April 1842 (Alte G.-S., Bd. VIII, S. 281), das jedoch den Betrag der Patenttaxen unverändert gelassen hatte.

1857: Fr. 3998; Bestimmungen wie oben, mit einem Nachtrag vom 29. August 1853 (Alte G.-S., Bd. XII, S. 183).

1867: Fr. 7046. Bestimmend war damals das Gesetz vom 30. Mai 1861 (G.-S., Bd. II, Nr. 148), dessen Art. 8 die Patenttaxe auf Fr. 20 festsetzte, daneben eine Taxe von Fr. 2 für die Mitnahme anderer Personen.

1877: Fr. 9916. Gesetz vom 17. Juli 1876 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 7) und Vollzugsverordnung vom 25. August 1876 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 8). Patenttaxe für die allgemeine Jagd Fr. 30, mit Einschluss der Hochwildjagd und Flugjagd Fr. 45; Mitnahme von Gästen per Tag Fr. 7.

1887: Fr. 10,365. Vollzugsverordnung vom 11. Juli 1884 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 52), Art. 4, Taxen wie oben.

1897: Fr. 11,946. Bestimmungen wie oben; eine Gesetzesvorlage vom November 1894, womit den Gemeinden die Einführung des Revierjagdsystems ermöglicht werden wollte, wurde in der Volksabstimmung vom 19. Januar 1895 verworfen.

3. Fischereiregal.

1877: Fr. 3824. Durch Gesetz über die Ausübung der Fischerei, vom 2. Februar 1843 (G.-S., Bd. II, Nr. 152), waren zum erstenmal gesetzliche Normen über die Fischerei aufgestellt worden, aber lediglich Bestimmungen polizeilichen Charakters zum Schutz der Fischzucht, ohne fiskalischen Charakter; dieser Erlass wurde ersetzt durch Gesetz vom 26. Januar 1871 (G.-S., N. F., Nr. 87) und bezügliche Vollzugsverordnung vom 17. Mai 1871 (ebendasselbst, Nr. 107), wodurch die Ausübung der Fischerei entweder an den Besitz eines Jahrespatentes (Taxe nach Art. 7 des Gesetzes: Fr. 20 für den Fischer selbst, Fr. 10 für jeden Gehülften und für den Fischfang mittelst Angelrute Fr. 6), teils an die Erwerbung des Fischereirechts durch Pachtvertrag geknüpft wurde; auf Grund des Bundesgesetzes vom 18. September 1875 folgte am 22. Juli 1878 eine neue kantonale Vollzugsverordnung (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 61).

1887: Fr. 4907. Obige Vollzugsverordnung von 1878 (Bd. III N. F., Nr. 61) regelt die Fischerei

wiederum teils im Sinne der Patenterwerbung (Taxen Fr. 12—30), teils durch Pachtversteigerung.

1897: Fr. 8172. Neue Vollzugsverordnung vom 29. April 1896 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 48) wiederum teils Patente mit Taxen von Fr. 12—100, teils Pachtversteigerung, Art. 17 und 18.

4. Postregal, bezw. Entschädigung hierfür.

1837: Fr. 67,710. Durch Entscheid der Tagsatzung vom 1. August 1803 (Zollikofer, S. 639) wurde das Postwesen, das unter der Helvetik centralisiert worden war, als Regal wiederum den Kantonen in ihrem Grenzbereich anheimgestellt, immerhin über den Postbetrieb eine Anzahl einheitlicher Bestimmungen stipuliert (z. B. betr. amtliche Portofreiheit, Wahrung des Briefgeheimnisses etc.). Für den Kanton St. Gallen erfolgte die Regelung des Postregals durch Beschluss vom 23. Februar 1820 (Zollikofer, S. 640), der als Centralbehörde ein „Kantonspostamt“ vorsah; im Interesse einheitlichen Postbetriebes erfolgte im Jahre 1818 sodann der Abschluss einer Anzahl Konkordate, denen mehr oder weniger bedingt fast alle Kantone beitraten (Schlumpf, S. 1211); durch Beschluss des Grossen Rates vom 17. Juni 1836 (Schlumpf, S. 1214) fand das st. gallische Postwesen eine neue Organisation, indem die Verwaltung des Postregals, unter Aufsicht des Kleinen Rates, einer speziellen Postkommission und dem Centralpostamt übertragen wurde, und eine Reihe von Instruktionen und Verordnungen regelten die Einzelheiten des Postbetriebes (Schlumpf, S. 1216—1224); der Nettoertrag des Regals betrug 1837 Fr. 67,710.

1847: Fr. 43,007. Zu den vorhin genannten Erlassen sind lediglich einzelne neue Specialinstruktionen hinzugekommen betreffend Portofreiheit, Nachnahmen etc. (Alte G.-S., Bd. VIII, S. 154 und 157).

1857: Fr. 89,085, als Entschädigung für das gemäss Art. 33 der Bundesverfassung von 1848 an den Bund übergegangenen Postregal; als Entschädigung war gemäss Ziffer 4 von Art. 33 den Kantonen jährlich die Durchschnittssumme des reinen Ertrages auszurichten, die sie in den Jahren 1844, 1845 und 1846 vom Postwesen auf ihrem Kantonsgebiet bezogen hatten.

1867: Fr. 66,929. Vergütung im Sinne obiger Bestimmungen.

1877. Durch die neue Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 ist das Postregal ohne weitere Entschädigungspflicht an den Bund übergegangen (Art. 36 der Bundesverfassung.)

5. Schiffsregal.

1837: Fr. 1735, herrührend aus Schiffs- und Abfahrtsgebühren gemäss Grossratsbeschluss vom 7. Juni

1836 (Schlumpf, S. 1225) und Specialerlassen betreffend den Bodensee, Walensee und Zürchersee (ebendasselbst, S. 1226).

1847: Fr. 10,711. Hauptbeträge von Rorschach und Oberriet (Fähre) herrührend, welch letztere allein circa Fr. 6000 eintrug. Die Bestimmungen sind im wesentlichen die nämlichen wie oben; neu hinzugekommen: Beschluss betreffend Fahren an Thur und Sitter (Alte G.-S., Bd. VIII, S. 110).

1857: Fr. 4103, herrührend von Schifffahren an Rhein, Thur und Sitter, nach obigen Bestimmungen.

1867: Fr. 7202, herrührend von Schifffahren wie oben.

6. Alkoholmonopol des Bundes; Anteil an demselben.

1897: Fr. 493,139. Durch Bundesrevision betreffend Art. 31 und 32^{bis} vom 25. Oktober 1885 war das Alkoholmonopol des Bundes eingeführt worden mit

der Bestimmung, dass die Reineinnahmen des Bundes aus der inländischen Fabrikation und aus dem entsprechenden Zollzuschlag auf eingeführte gebrannte Wasser unter die Kantone nach Verhältnis der durch die jeweilige letzte eidgenössische Volkszählung ermittelten faktischen Bevölkerung verteilt, und von diesen Einnahmen 10 % zur Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen zu verwenden seien. Die seitherigen Einnahmen des Kantons aus dem Alkoholmonopol, denen allerdings der Wegfall der Getränkeabgaben gegenüber stand, beziffern sich wie folgt:

1889 . . .	Fr. 205,702	1895 . . .	Fr. 357,657
1890 . . .	" 439,000	1896 . . .	" 438,091
1891 . . .	" 418,448	1897 . . .	" 493,139
1892 . . .	" 402,657	1898 . . .	" 504,607
1893 . . .	" 357,082	1899 . . .	" 504,607
1894 . . .	" 348,318		

Tab. 5.

Einnahmen: Indirekte Abgaben.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Banknotensteuer	—	—	—	—	—	102,000	167,264
2. Erbschafts- und Vermächtnissteuer	—	—	—	—	—	—	137,152
3. Stempelabgabe	21,715	22,605	27,582	34,133	41,405	57,774	160,150
4. Wirtschafts- und Kleinverkaufs- patente	18,641	14,986	23,133	41,203	71,405	86,398	129,436
5. Getränkeabgabe	53,439	59,177	63,323	63,952	122,784	129,248	—
6. Hausier-, Niederlassungs- und Ge- werbepatente	13,104	11,502	16,685	15,285	8,937	35,575	78,253
7. Gebühren kantonaler Behörden (Staatskanzlei und Kantonspolizei)	2,545	2,775	3,785	5,236	5,673	4,867	7,758
8. Zölle und Brückengelder, resp. Auslösung derselben:							
a. Eingangszölle	70,716	56,663	167,427	167,371	—	—	—
b. Weg- und Brückengelder	74,450	74,605			—	—	—
c. Lager- und Platzgebühren	—	25,129			—	—	—
<i>Total</i>	254,610	267,442	301,935	327,180	250,204	415,862	680,013

Spezifikation.

1. Banknotensteuer.

1887: Fr. 102,000; eingeführt durch Gesetz betreffend Besteuerung der Banknotenemissionen vom 3. Januar 1882 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 2), mit der Bestimmung: „Finanzanstalten, welche auf dem Gebiete des Kantons St. Gallen Banknoten emittieren, haben von ihrer Notenemission eine besondere Steuer im Betrage von 6 ‰ zu entrichten.“ Durch Gesetz

vom 31. Dezember 1877 (G.-S., Bd. II N. F., Nr. 38) war sogar eine solche Extrasteuer von 1 ‰ der Emissionssumme festgesetzt worden; der Ertrag vom Jahre 1887 repartiert sich auf folgende Institute: Kantonalbank: Fr. 48,000; Bank St. Gallen 48,000; Toggenburgerbank Fr. 6000.

1897: Fr. 167,264; gleiche Bestimmung wie oben. Repartition der Summe auf die Kantonalbank mit Fr. 73,670; Bank in St. Gallen mit Fr. 87,594 und Toggenburgerbank mit Fr. 6000.

2. Erbschafts-, Vermächtnis und Schenkungssteuer.

1897: Fr. 137,152 als Nettoertrag. Nachdem verschiedene frühere Versuche, die Erbschaftssteuer einzuführen, am Widerstande des Volkes gescheitert waren (Abstimmungen vom Februar 1863 und Februar 1873), trat im Jahre 1893 ohne Volksabstimmung das Gesetz betreffend die Erbschafts-, Vermächtnis- und Schenkungssteuer vom 26. Juni 1893 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 68) in Kraft. Ausgenommen von der Erbschaftssteuer sind nach Art. 2 unter anderem Erbschaften, welche Verwandten des I. Grades in aufsteigender Linie und des I. und II. Grades in absteigender Linie, sowie Ehegatten von Gesetzes wegen anfallen, soweit das einzelne Betreffnis nicht Fr. 10,000 erreicht, Vermächtnisse an öffentliche und gemeinnützige Zwecke, Vermächtnisse und Schenkungen im Betrage von unter Fr. 1000, Vermächtnisse an Angestellte bis auf den Betrag von Fr. 2000. Für die Erhebung der Erbschaftssteuer gilt nach Art. 3 folgende Skala: von Blutsverwandten I. Grades in aufsteigender und I. und II. Grades in absteigender Linie und Ehegatten vom Überschuss über Fr. 10,000 $\frac{1}{2}$ %, des II. Grades der Seitenlinie 2 %, des II. Grades in aufsteigender Linie 3 %, des III. Grades 4 %, des IV. Grades 6 %, alles weiteren Grade 10 %.

Vom Ertrag dieser Steuer fallen $\frac{2}{3}$ dem Staate, $\frac{1}{3}$ der Wohnortsgemeinde des Erblassers oder Schenkers zu und zwar zu gleichen Teilen für Zwecke des Polizeiwesens, Schul- und Armenwesens, vergleiche hierzu Vollzugsverordnung, Bd. VI N. F., Nr. 73.

Vom Nettobetreffnis pro 1897 kommen Fr. 54,464 aus dem Bezirk St. Gallen, Fr. 22,682 aus dem Bezirk Rorschach, Fr. 16,577 vom Untertoggenburg etc.

3. Stempelabgabe.

1837: Fr. 21,715. Schon durch Dekrete vom 14. Mai 1810, 4. Mai 1816 und vom 19. Juni 1821 (Zoll., S. 633) waren Stempelgebühren festgesetzt worden und zwar im letztern für Nichtwertschriften ein ganzer Bogen 3 Batzen, ein halber $1\frac{1}{2}$ Batzen; ein Quartblatt 3 Kreuzer; für Wertschriften (Kaufbriefe etc.) im Wert bis 1500 Gulden ein Bogen zu 6 Batzen, für höher bewertete ein ganzer Bogen zu 12 Batzen; für alle Wechsel u. dgl. Oktavblätter zu $1\frac{1}{2}$ Batzen; für Zeitungen etc. 1 Kreuzer per Bogen; für Tarokspiele 4 Kreuzer; für andere Kartenspiele 2 Kreuzer. — Am 30. April 1835 (Schlumpf, S. 1410) folgte ein neues Gesetz mit folgenden Ansätzen: Nichtwertschriften: 1 ganzer Bogen 8 Kreuzer, ein halber 4 Kreuzer; Wertpapiere bis 3000 Gulden Wert =

12 Kreuzer, höher bewertete 24 Kreuzer; Wechselbriefe 3 Kreuzer; Karten 2 Kreuzer.

1847: Fr. 22,605; davon Fr. 19,480 aus Verkauf von Stempelpapier; Gesetzesbestimmungen wie oben.

1857: Fr. 27,582. Neues Gesetz vom 29. Januar 1852 (G.-S., Bd. III, Nr. 150). Formatstempel: Quartblatt 10 Rappen, $\frac{1}{2}$ Bogen 25 Rappen; 1 Bogen 50 Rappen; alle Wechsel 15 Rappen; Kartenspiele 10 Rappen.

Von obigem Betrag stammen Fr. 21,066 von Stempelpapierverkauf, Fr. 664 von Spielkarten, Fr. 5852 von Wechsel- und Aktenstempeln.

1867: Fr. 34,133; Gesetzesbestimmungen wie oben. Papierverkauf Fr. 25,228, Spielkarten Fr. 1659, Wechsel- und Aktenstempel Fr. 7246.

1877: Fr. 41,405; Gesetzesbestimmungen wie oben. Papier- und Markenverkauf Fr. 35,417, Spielkarten Fr. 1673, Wechsel und Akten Fr. 4315.

1887: Fr. 57,774; Gesetzesbestimmungen wie oben. Papier- und Markenverkauf Fr. 41,761, Spielkarten Fr. 3728, Akten und Wechsel Fr. 12,284.

1897: Fr. 160,150. Neues Stempelgesetz vom 3. April 1893 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 59), Art. 3—6: *Fester Stempel* von 5 Cts. für alle Frachtbriefe, von 10 Cts. für Checks und Kassaansweisungen, Interimsscheine, Sparkassascheine, Schuldverschreibungen von Privaten, Plakate zu geschäftlichen Zwecken, Kartenspiele. *Wertstempel*: 5 Cts. von je Fr. 100 bei Obligationen, Aktien, Depositscheinen u. dgl.; 20 Cts. von je Fr. 1000 bei Wechseln und wechselähnlichen Papieren. *Formatstempel*: Quartblatt 10 Cts., $\frac{1}{2}$ Bogen 25 Cts., 1 Bogen 50 Cts. Stempelfrei sind u. a.: Vermögensschaftsberichte und Rechnungen, Dienstzeugnisse, Originalrechnungen und Quittungen, Fahrtenpläne, Wertschriften unter Fr. 50, Duplikate von Wechseln. Von vorstehendem Betrag stammen Fr. 156,037 vom Verkauf von Stempelmarken und -Papier.

4. Wirtschafts- und Kleinverkaufspatente.

1837: Fr. 18,641. Nach Dekreten vom Jahre 1804 und 1805 (Zoll., S. 401) war für eine „Pintenschenke“ eine Konzessionsgebühr von fl. 22, für Tavernen eine solche von fl. 33 zu entrichten nebst den jährlichen Getränkeabgaben. Durch das Gesetz betreffend Wirtschaften und Getränkeverkauf vom 19. Januar 1832 (Schlumpf, S. 1193), Art. 14, wurden folgende neue Taxen festgesetzt: für Tavernen fl. 30—150, Pintenwirtschaften fl. 20—100, Kleinverkauf fl. 1—5, nebst jährlicher Getränkeabgabe; für die Wirtschaften von Gemeinden und Korporationen ist von 10 zu 10 Jahren Erneuerung vorgeschrieben. Durch Specialgesetz vom

7. Februar 1839 (Schlumpf, S. 1196) werden die Speisewirtschaften den Tavernen bezüglich der Taxation gleichgestellt. Die Zahl der Wirtschaften im Jahr 1837 betrug: 1244.

1847: Fr. 14,986; davon aus Wirtschaftspatenten Fr. 14,387, Rest für Kleinverkaufspatente. Neues Gesetz vom 23. Januar 1845 (G.-S., Bd. II, Nr. 171); Taxen der Tavernen- oder Speisewirtschaften wie im Gesetz von 1832. Zahl der Wirtschaften: 1221.

1857: Fr. 23,133; Gesetzesbestimmungen wie oben. Zahl der Wirtschaften: 1202.

1867: Fr. 41,203; gesetzliche Bestimmungen wie oben, bis zum Jahr 1869; Zahl der Wirtschaften: 1486.

1877: Fr. 71,405; Abänderungsgesetz vom 12. August 1869 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 13). Taxen für Tavernen und Speisewirtschaften Fr. 100—500, Pinten Fr. 50—300, Kleinverkauf Fr. 10—50 per Jahr. Zahl der Wirtschaften: 1671.

1887: Fr. 86,398; davon Fr. 81,471 für Wirtschaftspatente und Fr. 4927 für Kleinverkauf. Neues Wirtschaftsgesetz vom 5. Juli 1881 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 101) und Nachtrag vom 2. März 1885 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 70), die Patentdauer ist auf fünf Jahre beschränkt, die Taxe für Tavernen und Kuranstalten auf Fr. 300—2000, für Speisewirtschaften auf Fr. 200—600 festgesetzt, die Pintenwirtschaften fallen weg; bei der Erneuerung ist jeweilen die Hälfte zu bezahlen, $\frac{1}{4}$ der Taxe fällt dem polizeilichen Armenfonds der Gemeinde zu; Kleinverkaufstaxe jährlich Fr. 20—100, Temperenzwirtschaften Fr. 10—40. Zahl der Wirtschaften: 1779.

1897: Fr. 129,436, wovon Fr. 116,628 für Wirtschaftspatente und Fr. 8317 für Kleinverkaufspatente. Neues Wirtschaftsgesetz vom 31. Dezember 1888 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 63). Taxen für Tavernen Fr. 300 bis 2000, Speisewirtschaften Fr. 200—1000, Temperenzwirtschaften, Fr. 10—50; alle fünf Jahre Erneuerung der Patente zur Hälfte der Taxe; Jahrestaxe für Kleinverkauf Fr. 20—100; $\frac{3}{4}$ der Taxen fallen der Staatskasse, $\frac{1}{4}$ dem polizeilichen Armenfonds der betreffenden politischen Gemeinde zu. Zahl der Wirtschaften: 1911, wovon 609 Tavernen und 1287 Speisewirtschaften.

5. Getranksabgabe.

1837: Fr. 53,439. Durch Dekret vom 25. Juni 1824 (Zoll., S. 632) war an Stelle des „Ohmgeldes“ die Getranksabgabe eingeführt worden mit jährlichen Taxen von 12—220 Gulden. Eine neue Regelung dieser Abgabe erfolgte durch Gesetz vom 7. Februar 1839 (Schlumpf, S. 1415) mit jährlichen Taxen von 4—50 Gulden für Kleinverkäufer, 12—150 Gulden für Pintenwirte, 18—200 Gulden für Speise- und Tavernenwirte,

nach einer durch eine Taxationskommission aufzustellenden Schätzung.

1847: Fr. 59,177. Bestimmungen wie oben.

1857: Fr. 63,324. Bestimmungen wie oben.

1867: Fr. 63,952. Bestimmungen wie oben und Nachtragsgesetz vom 21. April 1859 (G.-S., Bd. III, Nr. 152), das folgende Taxen festsetzt: für Kleinverkäufer Fr. 8—100, Pintenwirte Fr. 25—400, Tavernen- und Speisewirte Fr. 35—600.

1877: Fr. 122,784. Neues Gesetz über die Getränkeabgaben vom 12. August 1869 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 146). Taxe für Kleinverkäufer Fr. 10—150, Pintenwirte Fr. 30—600, Tavernen- und Speisewirte Fr. 45—2000.

1887: Fr. 129,248. Bestimmungen wie oben.

1897: Infolge der Bundesrevision vom 25. Oktober 1885, Art. 32^{bis}, Absatz 2, sind mit der Einführung des Alkoholmonopols die Getränkeabgaben in Wegfall gekommen.

6. Hausier-, Niederlassungs- und Gewerbe-patente.

1837: Fr. 13,104, zusammengesetzt aus folgenden Posten:

Fr. 4817 von Hausierpatenten, laut Hausiergesetz vom 30. November 1831 (Schlumpf, S. 1199), Patente für 1 Bezirk 30 Kreuzer bis 3 Gulden, für den ganzen Kanton fl. 5—20.

Fr. 2014 an Gewerbe- und Marktpatenten der Juden, laut Verordnung über den Aufenthalt und Verkehr der Juden vom 15. Mai 1818 (Schlumpf, S. 1200), Aufenthaltstaxe für 3 Monate Fr. 4 und Gewerbe-patent für 3 Monate Fr. 8—40. (Alte Schweizerfranken.)

Fr. 3426, Patente von Fremden, laut Gesetz betreffend die Patenttaxen der fremden Gewerbsleute vom 14. August 1834 (Schlumpf, S. 1169), Taxen für 6 Monate 30 Kreuzer bis 22 Gulden.

Fr. 2846 Niederlassungsgebühren laut Gesetz betreffend Fremdenpolizei und Niederlassung, vom 14. August 1834 (G.-S., Bd. II, Nr. 32), gemäss den in Art. 14 und 35—45 für Niederlassung und Aufenthalt festgesetzten Gebühren, die zur Hälfte dem Staate, zur Hälfte der Gemeinde zuflossen.

1847: Fr. 11,502, davon Fr. 2228 Patenttaxen der Juden, Fr. 5541 Hausierpatente, Fr. 2139 Patente gewerbetreibender Fremder, Fr. 2594 Niederlassungsgebühren, laut vorstehenden Gesetzesbestimmungen.

1857: Fr. 16,685, davon Fr. 6272 Patente der Juden, Fr. 5271 Hausierpatente, Fr. 1828 Patente gewerbetreibender Fremder, Fr. 3314 Niederlassungsgebühren, laut vorstehenden Vorschriften, unter Vorbehalt der Bundesverfassung von 1848.

1867: Fr. 15,285, davon Fr. 7268 Hausierpatente, Fr. 1195 Patente gewerbetreibender Fremder, Fr. 6822 Niederlassungsgebühren, laut obigen Bestimmungen.

1877: Fr. 8937, davon Fr. 8492 Hausierpatente, worüber 1878 ein neues Gesetz erfolgte (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 69).

1887: Fr. 35,575, wovon Fr. 23,538 für Hausierpatente auf Grund eines abermaligen neuen Hausiergesetzes vom 28. Juni 1887 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 38). Taxen nach Art. 4 und 16 je nach der Art der verschiedenen Hausiergewerbe Fr. 1—500 zu gunsten der Staatskasse und ebensoviel zu gunsten der Gemeindekasse. Fr. 6234 Patenttaxen der Geschäftsreisenden und Wanderlager, Fr. 5762 Patenttaxen der Gewerbetreibenden.

1897: Fr. 78,253, davon Fr. 43,355 Hausierpatente nach vorstehendem Gesetz und Nachtragsgesetz vom 31. Dezember 1894 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 15), womit speciell die sog. „Ausverkäufe“ mit Taxen von Fr. 10—1000 belegt wurden; Fr. 21,568 Patenttaxen der Handelsreisenden laut Bundesgesetz vom 24. Juni 1892 (Eidg. G.-S., Bd. XIII, S. 43), Art. 7 und kantonale Vollzugsverordnung vom 11. November 1892 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 48); Fr. 13,323 Patente der Gewerbetreibenden laut Hausiergesetz, Fr. 4492 Getränkeverkaufssteuer laut eidg. Alkolgesetz.

7. Gebühren kantonalen Behörden

(Staatskanzlei und Kantonspolizei).

1837: Fr. 2545 laut Gesetz über die Kanzleigebühren vom 5. Mai 1835 (Schlumpf, S. 1416).

1847: Fr. 2775, Bestimmungen wie oben.

1857: Fr. 3785, davon Fr. 2756 von der Kantonskanzlei, Fr. 1017 von der Kantonspolizei, laut Sportelgesetz vom 20. Mai 1852 (G.-S., Bd. I, Nr. 49).

1867: Fr. 5236, wovon Fr. 4237 von der Kantonskanzlei, Fr. 999 von der Kantonspolizei.

1877: Fr. 5673, davon Fr. 5175 von der Staatskanzlei, laut Gebührenordnung vom 10. Februar 1875, Art. 25, 32, 52 (G.-S., Bd. II N. F., Nr. 108).

1887: Fr. 4867, wovon Fr. 4473 von der Staatskanzlei, Bestimmungen wie oben.

1897: Fr. 7758, davon Fr. 6768 von der Staatskanzlei, Bestimmungen wie oben.

8. Zoll- und Brückengelder, resp. Auslösung für dieselben.

a. Eingangszölle.

1837: Fr. 70,716, nach Gesetz betreffend Einlösung der Warenzölle zu Handen des Staates, vom 15. Januar 1836 (Schlumpf, S. 1376), und Gesetz betreffend Zoll- und Weggeldordnung, vom 4. Mai 1837 (Schlumpf,

S. 1381) nebst Nachtragsgesetz vom 13. Juni 1839 (Schlumpf, S. 1391); Grundtaxe 3 Kreuzer per Centner, specielle Ansätze für Getreide: Von Getreide aller Art und Reis per Centner 2 Kreuzer, von Hülsenfrüchten und Mehl per Centner 1 Kreuzer. Die Hauptposten gingen ein im Kornhaus Rorschach Fr. 23,342, Warenzölle in Rorschach Fr. 17,266, Ragaz Fr. 6182, Weesen Fr. 5377, Rapperswil Fr. 3588.

1847: Fr. 56,663, Bestimmungen wie oben. Das Gesetz bestimmt 33 Bezugsstätten, darunter die wesentlichsten Rorschach (Kaufhaus und Kornhaus zusammen Fr. 20,000), Rheineck, Trübbach, Ragaz (Fr. 10,000), Walenstadt (Fr. 4000), Schmerikon und Wil (Fr. 4000), spezifizierte Übersichtstabelle siehe im Amtsbericht pro 1847, S. 131.

1857: Fr. 167,427, davon Fr. 166,722 Auslösungssumme der Eidgenossenschaft für die nach Art. 23 u. ff. der Bundesverfassung von 1848 an den Bund übergegangenen Zoll-, Weg- und Brückengelder; Fr. 705 Marktpolizeigebühren in Wil.

1867: Fr. 167,371, Entschädigungsleistung des Bundes wie oben.

1877: Seit der Bundesverfassung von 1874, Art. 28 ff. ist das Zollwesen vollständig Bundessache geworden, ohne Entschädigung bzw. Rückleistung an die Kantone.

b. Weg- und Brückengelder.

1837: Fr. 74,450, laut Gesetz betreffend Zoll- und Weggeldordnung vom 4. Mai 1837 und Nachtragsgesetz vom 13. Juni 1839 (Schlumpf, S. 1381 und 1391). Hauptposten: Brückengeld in Kräzern Fr. 22,639, Weggeld in Neudorf-Tablat Fr. 5420, Weggeld in Bruggbach-Wittenbach Fr. 3871, Weggeld in Schollberg, Wies-Wattwil etc.

1847: Fr. 74,605, im wesentlichen nach obigen Bestimmungen, nur mit Nachtragsgesetz betreffend *Erleichterung* der Weggeldspflicht vom 28. April 1842 (G.-S., Bd. VIII, S. 280). Das Weggeld muss nur entrichtet werden, wenn jemand die Strasse mehr als 1/2 Stunde benützt; das Gesetz sieht 27 Bezugsstätten vor, wovon die wichtigsten: Neudorf (Fr. 9000), Ragaz (Fr. 3600), Lütisburg (Fr. 5000), Gossau (Fr. 4600), Sitterbrücke (Fr. 17,000).

1857 und 1867. In der sub litt. a erwähnten Entschädigungsleistung des Bundes ist auch die Vergütung für den Wegfall des Weggeldes inbegriffen.

c. Lager- und Platzgebühren.

1847: Fr. 25,129 laut Zoll- und Weggeldordnung von 1837, (Schlumpf, S. 1381) bestanden 21 Bezugsstätten, wovon die hauptsächlichsten Kornhaus- und Kaufhaus Rorschach mit zusammen Fr. 22,000.

1857 und 1867: Siehe Bemerkung bei vorstehender litt. b.

Tab. 6.

Einnahmen: Direkte Steuern.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Steuerfuss: 1 ‰	Steuerfuss: 1 ‰	Steuerfuss: 1.5 ‰	Steuerfuss: 2 ‰	Steuerfuss: 2.5 ‰	Steuerfuss: 2.5 ‰	Steuerfuss: 3.2 ‰
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Vermögenssteuer	75,637	118,465	211,529	509,234	729,569	760,164	1,083,829
2. Einkommens-, resp. Erwerbs- steuer	9,889	10,794	19,759	61,404	143,181	192,652	337,099
3. Steuer anonymer Gesellschaften	—	—	—	33,553	63,276	95,464	146,836
4. Ratasteuern und Nachzahlungen	—	—	—	—	—	6,954	11,925
<i>Total</i>	85,526	129,259	231,288	604,191	936,026	1,055,234	1,579,689

Spezifikation.

1. Vermögenssteuer.

1837: Fr. 75,637, mit einem Steuerfuss von 1 ‰; Steuerkapital Fr. 75,637,000. Gesetzliche Basis: Gesetz betreffend das Steuerwesen des Kantons, vom 26. April 1832 (G.-S., Bd. III, Nr. 110). Grundsatz der vollen Versteuerungspflicht, jedoch mit dem Verbehalte, dass wer „volle $\frac{3}{4}$ seines Vermögens ohne Ausnahme redlich verabgabet, als rechtlich steuernd betrachtet wird“ (Art. 15). Steuerfrei sind die Vermögen unter Fr. 200, Witwen- und Waisen bis Fr. 21,000 zur Hälfte, darüber zu $\frac{3}{4}$; ferner Vermögen von öffentlichen Korporationen und Hausgerätschaften (seit 1865 durch Gesetz vom 2. Juni 1865, G.-S., Bd. III, Nr. 117, ist die Steuerfreiheit auch auf gemeinnützige Anstalten ausgedehnt).

1847: Fr. 118,465, mit einem Steuerfuss von 1 ‰; Steuerkapital Fr. 125,443,000 (im Jahre 1839 hatte eine allgemeine Steuerrevision stattgefunden), Bestimmungen wie oben.

1857: Fr. 211,529, mit einem Steuerfuss von 1.5 ‰; Bestimmungen wie oben. Steuerkapital Fr. 141,019,000 gegen 137 Millionen im Vorjahre.

1867: Fr. 509,234, mit einem Steuerfuss von 2 ‰; in zwei Terminen à 1 ‰. Steuerkapital Fr. 254,753,000 gegen 255 Millionen im Vorjahre; 1863 hatte eine allgemeine Steuerrevision stattgefunden; Bestimmungen wie oben.

1877: Fr. 729,569, mit einem Steuerfuss von 2.5 ‰, in zwei Terminen à 1.5 ‰ und 1 ‰. Steuerkapital Fr. 295 Millionen gegen Fr. 291 Millionen im Vorjahre, Bestimmungen wie oben.

1887: Fr. 760,164, mit einem Steuerfuss von 2.5 ‰; Steuerkapital Fr. 331 Millionen gegen Fr. 323 Millionen im Vorjahre; Bestimmungen wie oben.

1897: Fr. 1,083,829 mit einem Steuerfuss von 3.2 ‰; Steuerkapital Fr. 339 Millionen gegen Fr. 337 Millionen im Vorjahre; Bestimmungen wie oben.

2. Einkommenssteuer, resp. Erwerbssteuer.

1837: Fr. 9889, Steuerfuss 1 ‰. Durch Art. 9. und 10 des Staatssteuergesetzes in seiner ursprünglichen Fassung (Schlumpf, S. 1327) wurde als steuerpflichtiges Einkommen erklärt: „Der Ertrag von besoldeten Beamten und Anstellungen, jedes wissenschaftlichen freien Berufes, der Künste, Industrie, Handlung und Gewerbe“: ausgenommen waren Berufsarten, welche, wie die Wirte, durch Specialgesetze für ihr Einkommen einer besondern Besteuerung unterlagen (Getränksabgabe), sowie Einkommen unter 300 Gulden = Fr. 610. Das steuerpflichtige Einkommen war in 8 Klassen geteilt, von denen, bei einer Einheitssteuer von 1 ‰ vom Vermögen, zu bezahlen hatten: I. Klasse 30 Kr., II. Klasse 1 fl., III. Klasse 2 fl., IV. Klasse 4 fl., V. Klasse 7 fl., VI. Klasse 11 fl., VII. Klasse 16 fl., VIII. Klasse 22 fl.; mit Erhöhung des Steuerfusses für das Vermögen stieg entsprechend auch die Einkommenssteuer.

1847: Fr. 10,794; Steuerfuss 1 ‰, Rückgang von 1847 gegen 1846 von Fr. 11,106 auf Fr. 10,794; Bestimmungen wie oben.

1857: Fr. 19,759; Bestimmungen wie oben; Steuerfuss 1.5 ‰.

1867: Fr. 61,404, einfacher Betrag: Fr. 30,660; Steuerfuss 2 ‰. Durch Gesetz betreffend die Einkommenssteuer und die Steuer der anonymen Gesellschaften, vom 22. Mai 1863 (G.-S., Bd. III, Nr. 113), hatte die Einkommenssteuer eine neue Regelung gefunden, die an Stelle der bisherigen 8 nunmehr 19 Klassen setzte mit ausserordentlich starker Progression, indem bei einer Einheitssteuer von 1 ‰ vom Vermögen die Einkommen nach folgenden festen mit der Höhe des jeweiligen Steuerfusses proportional ansteigenden Ansätzen besteuert wurden:

1. Klasse von Fr. 800 bis Fr. 999 . Fr. 1. —
2. „ „ „ 1000 „ „ 1499 . „ 2. —

3. Klasse von Fr. 1500 bis Fr. 1999	Fr. 4. —
4. " " 2000 " " 2499	" 7. —
5. " " 2500 " " 2999	" 11. —
6. " " 3000 " " 3499	" 16. —
7. " " 3500 " " 3999	" 22. —
8. " " 4000 " " 4499	" 30. —
9. " " 4500 " " 4999	" 40. —
10. " " 5000 " " 5499	" 51. —
11. " " 5500 " " 5999	" 63. —
12. " " 6000 " " 6499	" 76. —
13. " " 6500 " " 6999	" 90. —
14. " " 7000 " " 7499	" 105. —
15. " " 7500 " " 7999	" 121. —
16. " " 8000 " " 8499	" 138. —
17. " " 8500 " " 8999	" 157. —
18. " " 9000 " " 9499	" 177. —
19. " " 9500 " " 10000	" 200. —

Bei steuerbarem Einkommen von mehr als Fr. 10,000 erfolgt ein Zuschlag von Fr. 2. 50 für jedes folgende Fr. 100.

1877: Fr. 143,181 bei einem Steuerfuss von 2.5 ‰; einfacher Betrag Fr. 58,580. Bestimmungen wie oben.

1887: Fr. 192,652 bei einem Steuerfuss von 2.3 ‰; einfacher Betrag Fr. 83,762. Bestimmungen wie oben.

1897: Fr. 337,099 bei einem Steuerfuss von 3.2 ‰; einfacher Betrag Fr. 105,343. Bestimmungen wie oben.

3. Steuer der anonymen Gesellschaften.

1867: Fr. 33,553, aus 6 Bezirken herrührend. Durch Gesetz betreffend die Einkommenssteuer und die Steuer der anonymen Gesellschaften, vom 22. Mai 1863 (G.-S., Bd. VI, Nr. 113), Art. 5, wurden die anonymen Gesellschaften zu gunsten des Staates mit einer festen Steuer von 5 ‰ des Reingewinnes belastet.

1877: Fr. 63,276, aus 12 Bezirken stammend. Bestimmungen wie oben.

1887: Fr. 95,464, aus 13 Bezirken stammend. Bestimmungen wie oben.

1897: Fr. 146,836, aus 14 Bezirken stammend. Bestimmungen wie oben. *Keine* derartige Steuererträge weist nur der Bezirk Gaster auf.

4. Ratasteuern und Nachzahlungen.

1847—1877: 1847 figurirt ein Betrag von Fr. 3700 aus Ratasteuern und Nachzahlungen unter „Verschiedene Einnahmen“.

1887: Fr. 6654.

1897: Fr. 11,925.

Die Verteilung der Steuererträge auf die einzelnen Bezirke ist aus folgenden Tabellen ersichtlich:

Vermögenssteuer.

Tab. 6 a.

Bezirke	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	1 ‰	1 ‰	1.5 ‰	2 ‰	2.5 ‰	2.3 ‰	3.2 ‰
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
St. Gallen	21,628	29,229	62,642	125,900	210,525	269,637	408,561
Tablat	2,522	4,325	7,274	17,260	24,244	23,215	32,573
Rorschach	4,108	5,534	10,897	26,006	39,160	40,029	59,632
Unterrheinthal	6,060	8,273	13,633	30,687	43,351	41,775	59,561
Oberrheinthal	4,572	9,574	14,939	36,578	45,079	42,618	53,752
Werdenberg	3,378	6,970	11,799	35,705	46,362	42,301	54,373
Sargans	5,827	9,325	13,894	43,092	59,055	58,037	83,879
Gaster	3,516	5,943	9,032	25,973	33,514	29,102	36,301
Seebezirk	6,381	9,112	15,722	38,610	46,904	47,526	68,287
Obertoggenburg	3,612	6,101	9,303	18,616	27,539	25,915	34,685
Neutoggenburg	4,365	6,967	14,684	30,830	41,086	35,577	43,938
Alttoggenburg	1,339	1,911	3,361	12,743	16,379	14,257	19,119
Untertoggenburg	3,371	6,295	9,720	26,858	41,310	37,753	53,057
Wil	2,401	4,209	6,524	16,994	23,307	21,112	31,863
Gossau	2,649	4,689	8,105	22,566	31,853	31,308	44,246
<i>Total</i>	75,729	118,457	211,529	508,418	729,668	760,162	1,083,827

Gewöhnliche Erwerbs- oder Einkommenssteuer (ohne Steuer der anonymen Gesellschaften).

Tab. 6 b.

Bezirke	1837 1-fach	1847 1-fach	1857 1.5-fach	1867 2-fach	1877 2.5-fach	1887 2.3-fach	1897 3.2-fach
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
St. Gallen	4,343	4,584	10,051	33,713	80,242	127,756	211,157
Tablat	608	572	1,000	2,681	7,809	9,582	16,182
Rorschach	554	487	1,086	3,489	7,259	11,656	22,090
Unterrheinthal	572	483	949	2,829	4,708	5,828	10,298
Oberrheinthal	302	435	702	1,993	2,697	3,372	7,650
Werdenberg	62	162	231	350	816	1,592	3,866
Sargans	251	500	704	1,593	7,196	4,950	13,917
Gaster	258	159	173	888	1,293	1,127	1,789
Seebezirk	1,056	906	1,471	3,953	6,922	4,915	9,238
Obertoggenburg	116	207	260	1,036	2,489	2,827	3,824
Neutoggenburg	600	924	1,105	2,791	5,327	4,101	6,400
Alttoggenburg	105	70	174	646	1,428	1,897	3,360
Untertoggenburg	402	680	714	2,093	6,469	4,674	11,866
Wil	329	335	567	1,418	2,512	2,776	4,333
Gossau	328	290	572	1,848	6,009	5,601	11,130
<i>Total</i>	9,886	10,794	19,759	61,321	143,176	192,654	337,100

Steuerertrag der anonymen Gesellschaften.

Tab. 6 c.

Bezirke	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
St. Gallen	24,330	52,812	83,613	94,877
Tablat	2,336	—	—	308
Rorschach	—	735	625	16,433
Unterrheinthal	—	—	737	1,437
Oberrheinthal	2,420	1,485	2,048	2,857
Werdenberg	—	356	1,782	4,549
Sargans	888	414	409	1,478
Gaster	—	—	—	—
Seebezirk	274	796	1,351	6,271
Obertoggenburg	—	478	1,590	3,057
Neutoggenburg	3,237	3,227	149	6,147
Alttoggenburg	—	67	419	2,027
Untertoggenburg	—	527	1,402	2,195
Wil	—	1,387	863	3,970
Gossau	—	991	476	1,228
<i>Total</i>	33,485	63,275	95,464	146,834

Ausgaben: Allgemeine Verwaltung.

Tab. 7.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Grosser Rat	19,855	14,303	17,749	30,349	21,671	19,229	21,442
2. Regierungsrat	18,600	20,000	21,250	24,900	31,900	42,400	42,400
3. Staatsschreiber	2,200	2,200	2,500	3,000	4,000	4,500	5,000
4. Ratsschreiber	1,600	1,600	—	—	—	—	—
5. Staatskanzlei	17,491	21,367	22,147	35,277	31,375	36,153	60,829
Davon Gehalte	7,900	8,000	6,600	8,800	11,000	12,600	13,090
Bureau- und Druckkosten	9,591	13,367	15,549	26,477	20,375	23,553	47,739
6. Departementssekretariate	8,400	9,800	11,355	14,700	15,000	25,688	32,499
Davon Gehalte	8,400	9,800	11,355	14,700	15,000	21,200	22,600
Bureaunkosten und Aushilfe	—	—	—	—	—	4,488	9,899
7. Archive	2,606	1,950	2,508	3,916	4,333	4,357	6,105
8. Standesweibel	2,280	2,280	2,500	2,914	3,600	5,018	5,258
9. Verwaltung im Regierungs- gebäude	6,683	6,177	8,664	11,038	12,168	15,229	21,285
10. Konferenzen, Expertisen und Grenzmarkenkosten	5,400	12,462	8,353	7,826	12,264	8,931	15,730
11. Bezirksämter	22,521	22,394	24,040	33,706	49,976	63,228	71,321
Davon Gehalte der Bezirksamänner	12,000	12,000	12,750	16,500	22,500	30,000	37,500
Gehalte der Amtsschreiber	9,000	9,000	9,600	15,400	24,000	27,000	27,000
Bureaunkosten und Aushilfe	1,521	1,394	1,690	1,806	3,476	6,228	6,821
12. Abordnung in den Ständerat bezw. Tagsatzung	4,582	7,945	1,795	1,356	3,040	2,922	3,642
13. Ehrengaben an Feste und Vereine	—	—	—	1,100	—	2,450	1,200
14. Verschiedenes (Unvorhergese- henes)	1,787	98	1,445	190	1,058	2,492	2,165
15. Passivsaldo letzter Rechnung	—	—	13,389	14,703	—	—	—
<i>Total</i>	114,005	122,576	137,697	184,975	190,385	232,597	288,876

Spezifikation.

1. Grosser Rat.

1837: Fr. 19,855, davon Fr. 18,214 für Taggelder, Rest für Kommissionen. Das Grossratsreglement vom 15. Februar 1835 (Schlumpf, S. 154) bestimmt für in St. Gallen und Umgebung wohnende Mitglieder ein Taggeld von Fr. 2, für weiter entfernt wohnende ein solches von Fr. 4 nebst 24 Kr. Reiseentschädigung per Stunde.

1847: Fr. 14,303, davon Fr. 13,284 Sitzungsgelder; Bestimmungen wie oben.

1857: Fr. 17,749, davon Fr. 16,362 Taggelder; Bestimmungen wie oben.

1867: Fr. 30,349, davon Fr. 27,924 Taggelder (2 ausserordentliche Sessionen im Februar und September). Das Reglement vom 12. Dezember 1861 (G.-S., Bd. I, Nr. 29) bestimmt Taggelder von Fr. 3

bezw. Fr. 5 und Reiseentschädigung von 85 Cts. per Wegstunde und 50 Cts. per Bahnstunde.

1877: Fr. 21,671, davon Fr. 18,912 Taggelder; Bestimmungen wie oben.

1887: Fr. 19,229, davon Fr. 16,028 Taggelder. Durch Reglement vom 18. Mai 1886 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 16) wurden Taggelder von Fr. 5 bezw. Fr. 7 und Reiseentschädigung von 12 Cts. per Bahnkilometer und 20 Cts. per Wegkilometer festgesetzt.

1897: Fr. 21,442, wovon Fr. 16,263 Taggelder. Durch Reglement vom 17. November 1891 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 23) wurden die bisherigen Ansätze für Taggelder und Reiseentschädigungen bestätigt.

2. Regierungsrat.

1837: Fr. 18,600; 7 Mitglieder à Fr. 2600 und je Fr. 200 per Semester für den Landammann.

1847: Fr. 20,000; 7 Mitglieder à Fr. 2800 und Zulage für den Landammann wie oben.

1857: Fr. 21,250; 7 Mitglieder à Fr. 3000 und Semesterzulage von Fr. 125.

1867: Fr. 24,900; 7 Mitglieder à Fr. 3500 und Semesterzulage von je Fr. 200.

1877: Fr. 31,900; 7 Mitglieder à Fr. 4500 und Semesterzulage wie oben.

1887: Fr. 42,400; 7 Mitglieder à Fr. 6000 und Semesterzulage wie oben.

1897: Fr. 42,400; wie 1887.

3. Staatsschreiber.

Vide Tabelle.

4. Ratsschreiber.

1837 und 1847 je Fr. 1600; die Stelle wurde durch Regierungsratsbeschluss vom 14. Mai 1851 (Alte G.-S., Bd. XI, S. 131) aufgehoben bezw. mit der Staatsschreiberstelle verbunden.

5. Staatskanzlei.

1837: Fr. 17,491, wovon Fr. 7900 Gehalte; Rest Druck- und Bureauauslagen.

1847: Fr. 21,367, wovon Fr. 8000 Gehalte; Rest wie oben.

1857: Fr. 22,149, wovon Fr. 6600 Gehalte; Rest wie oben.

1867: Fr. 35,277, wovon Fr. 8800 Gehalte; Rest wie oben (u. a. für die neue Gesetzesammlung, Kanzleireglement vom 1. März 1866 (G.-S., Bd. I, Nr. 31).

1877: Fr. 31,375, wovon Fr. 11,000 Gehalte; Rest wie oben.

1887: Fr. 36,153, wovon Fr. 12,600 Gehalte; Rest wie oben.

1897: Fr. 60,829, wovon Fr. 13,090 Gehalte; Fr. 47,739 Druck- und Bureaukosten, Vermehrung hauptsächlich infolge Einführung der geheimen Stimmabgabe.

6. Departementssekretariate.

1837: Fr. 8400. Während unter den Verfassungen von 1803 und 1814 der Kleine Rat zur Erledigung seiner Geschäfte sich nach dem Kommissionalsystem organisierte — es bestanden 4 3—5gliedrige Kommissionen: für Justiz und Polizei, Innere Angelegenheiten, Finanzen und Äusseres und Kriegswesen — ging der Kleine Rat durch sein Geschäftsreglement vom 18. Januar 1833 zum Departementalsystem über, wobei jedem der 7 Departemente ein Sekretär beigegeben wurde mit einem Gehalt von Fr. 1200 (600 Gulden).

1847: Fr. 9800. 7 Departementssekretäre à Fr. 1400 Gehalt; Bestimmungen inhaltlich wie oben, jedoch neues Reglement vom 3. April 1839 (Schlumpf, S. 164).

1857: Fr. 11,355. 7 Departementssekretäre à Fr. 1500; Reglement vom 16. Januar 1856 (Alte G.-S., Bd. XIII, S. 227).

1867: Fr. 14,700. 7 Departementssekretäre à Fr. 2100; Reglement vom 1. Juli 1867 (G.-S., Bd. I, Nr. 30). Art. 39.

1877: Fr. 15,000. 6 Departementssekretäre à Fr. 2500; der Gehalt des Finanzsekretärs ist bei „Finanzwesen“ eingestellt mit Fr. 3800; Reglement vom 5. Juli 1876, Amtsbl., S. 515.

1887: Fr. 25,688, davon Fr. 21,200 Gehalte, 6 Sekretäre à Fr. 3000 und 1 à Fr. 3200; Fr. 4488 Bureaukosten; Reglement vom 5. Juli 1885 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 76).

1897: Fr. 32,499, davon Fr. 22,600 Gehalte, 6 Sekretäre à Fr. 3200, 1 à Fr. 3400; Fr. 9879 Bureaukosten; Reglement vom 3. Juli 1897 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 67).

7. Archive.

1837: Fr. 2606; davon Fr. 1600 Kantonsarchivar; Rest für Stiftsarchivar (Hälfte der Besoldung) und Bureaukosten.

1847: Fr. 1950; davon Fr. 1066 Kantonsarchivar; Rest wie oben.

1857: Fr. 2508; davon Fr. 1700 Kantonsarchivar; Rest wie oben.

1867: Fr. 3916; davon Fr. 2200 Kantonsarchivar; Rest wie oben.

1877: Fr. 4333; davon Fr. 2500 Kantonsarchivar; Rest wie oben.

1887: Fr. 4357; davon Fr. 2500 Kantonsarchivar; Rest wie oben.

1897: Fr. 6105; davon Fr. 3200 Staatsarchivar; Rest wie oben.

8. Standesweibel.

Vide Tabelle.

9. Verwaltung im Regierungsgebäude.

1837: Fr. 6683; davon Fr. 4231 Gehalte der Verwaltung und des übrigen Hilfspersonals; Rest für Heizung und Beleuchtung.

1847: Fr. 6177; davon Fr. 4035 für Gehalte und Löhne, Rest wie oben.

1857: Fr. 8664; davon Fr. 5164 für Gehalte und Löhne; Rest wie oben.

1867: Fr. 11,038; davon Fr. 4993 für Gehalte und Löhne; Rest wie oben.

1877: Fr. 12,168; davon Fr. 5884 für Gehalte und Löhne; Rest wie oben.

1887: Fr. 15,229; davon Fr. 7687 für Gehalte und Löhne; Rest wie oben.

1897: Fr. 21,285; davon Fr. 12,277 für Gehalte und Löhne, Rest wie oben.

10. Konferenzen, Expertisen und Grenzmarkungskosten.

1837: Fr. 5400.

1847: Fr. 12,462, davon Fr. 2728 Reisen der Mitglieder des Kleinen Rates, Fr. 1555 Reisen der Bezirksammänner, Fr. 5543 Gratifikationen, Fr. 1214 Prozesskosten.

1857: Fr. 8353, verteilt unter obige Rubriken.

1867: Fr. 7826, verteilt unter obige Rubriken.

1877: Fr. 12,264, verteilt unter obige Rubriken (Fr. 5070 Honorare).

1887: Fr. 8931, verteilt unter obige Rubriken.

1897: Fr. 15,730, davon Fr. 6245 für Konferenzen, Fr. 3871 für Expertisen und Kommissionen.

11. Bezirksämter.

Die Kantonsverfassung vom 1. März 1831 hat den Kanton in 15 Bezirke eingeteilt (statt der bisherigen 8 Bezirke und 44 Kreise) und jedem Bezirk einen vom Volk gewählten „Bezirksammann“ vorgesetzt, dessen Stellvertreter und Schreiber („Amtsschreiber“) vom Regierungsrat gewählt werden.

1837: Fr. 22,521, davon Gehalte an
15 Bezirksammänner à Fr. 800 . . . Fr. 12,000
15 Amtsschreiber à Fr. 600 . . . „ 9,000
Bureaukosten „ 1,521

1847: Fr. 22,394, davon Gehalte an
15 Bezirksammänner à Fr. 800 . . . Fr. 12,000
15 Amtsschreiber à Fr. 600 . . . „ 9,000
Bureaukosten „ 1,394

1857: Fr. 24,400, davon Gehalte an
15 Bezirksammänner à Fr. 850 . . . Fr. 12,750
15 Amtsschreiber à Fr. 640 . . . „ 9,600
Bureaukosten „ 1,690

1867: Fr. 33,706, davon Gehalte an
15 Bezirksammänner à Fr. 1100 . . . Fr. 16,500

15 Amtsschreiber à Fr. 900—1100, je
nach der Arbeitslast „ 15,400
Bureaukosten „ 1,806

1877: Fr. 49,976, davon Gehalte an
15 Bezirksammänner à Fr. 1500 . . . Fr. 22,500
15 Amtsschreiber à Fr. 1600 . . . „ 24,000
Bureaukosten „ 3,476

1887: Fr. 63,228, davon Gehalte an
15 Bezirksammänner à Fr. 2000 . . . Fr. 30,000
15 Amtsschreiber à Fr. 1,800 . . . „ 27,000
Bureaukosten „ 6,228

1897: Fr. 71,321, davon Gehalte an
15 Bezirksammänner à Fr. 2500 . . . Fr. 37,500
15 Amtsschreiber à Fr. 1800 . . . „ 27,000
Bureaukosten „ 6,821

12. Abordnung in die Tagsatzung, bezw. den Ständerat.

Siehe Tabelle; die aussergewöhnlich hohe Ziffer des Jahres 1847 (Fr. 7945) ist auf die zahlreichen Sitzungen jenes Jahres in Sachen des Sonderbundes zurückzuführen.

13. Ehrengaben an Feste und Vereine.

1837—1857. Keine.

1867: Fr. 1100; schweizerischer Lehrertag und eidgenössisches Schützenfest in Schwyz je Fr. 400, Säkularfeier Eschers von der Linth Fr. 300.

1877: Keine.

1887: Fr. 2450; Fr. 1200 Lehrerfest in St. Gallen; je Fr. 500 an eidgenössisches Schützenfest in Genf und landwirtschaftliche Ausstellung in Neuchâtel; Fr. 200 Pestalozzidenkmal in Yverdon.

1897: Fr. 1200; Fr. 500 eidgenössisches Musikfest in St. Gallen; je Fr. 300 Delegiertenversammlung des schweizerischen landwirtschaftlichen Vereins und Arbeiterkongress in Zürich; Fr. 100 schweizerisches Turnfest in Schaffhausen.

14. Verschiedenes und Unvorhergesehenes.

Siehe Tabelle.

Ausgaben: Finanzwesen.

Tab. 8.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
A. Verwaltungskosten:							
1. Finanzsekretariat, Extra- auslagen	6,566	6,670	5,587	9,701	10,880	1,383	3,429
2. Staatskassaverwaltung (Kantonsbuchhaltung)						15,393	19,422
3. Besorgung des Geldverkehrs durch die Kantonalbank	—	—	—	—	4,753	6,361	9,458
4. Bezug der Abgaben	21,159	38,630	13,688	21,524	34,132	35,311	52,445
Davon Bezug der indirekten Ab- gaben und Gefälle	19,450	30,041	9,062	9,441	15,422	14,208	20,852
Bezug der direkten Ab- gaben	1,709	2,586	4,626	12,083	18,710	21,103	31,593
5. Kornhaus- und Hafenver- waltung Rorschach	—	—	6,080	7,408	59,787	48,718	40,188
6. Feuerlöschwesen, Inspektion	—	—	—	—	—	907	—
	27,725	45,300	25,355	38,633	109,552	108,073	124,942
B. Zinsen:							
1. Kontokorrentzinsen	1,600	1,784	17,928	29,132	62,760	146,509	154,681
2. Hypothekarzinsen und Kom- petenzlasten	1,482	—	—	—	1,727	850	—
	3,082	1,784	17,928	29,132	64,487	147,359	154,681
C. Beitrag an den Eisenbahnconto, bezw. an Eisenbahnunterneh- mungen	—	—	302,345	13,472	76,189	—	—
D. Auslösung von Zoll- und Brückengeldern	—	—	23,556	22,872	—	—	—
E. Beitrag an den Bankconto	—	—	—	20,924	—	—	—
F. Deckung von Verlusten	1,796	213,010	—	—	—	—	—
G. Geldkontingent an die Eid- genossenschaft	10,426	—	—	—	—	—	—
Total	43,029	260,094	369,184	125,033	250,228	255,432	279,623

Spezifikation.

A. Verwaltung.

1. Finanzsekretariat und 2. Staatskassaverwaltung.

Bis 1881 war die Finanzverwaltung vereinigt im sog. „Finanzbureau“, an dessen Spitze der vom Grossen Rat gewählte Kantonskassier stand. Durch Grossratsbeschluss vom 17. Mai 1881 und entsprechende Vollzugsverordnung des Regierungsrates vom 25. Juli 1881 (G.-S., Bd. III, N. F., Nr. 104) wurden Finanzsekretariat und Kantonsbuchhaltung, mit genau ausgeschiedenen

Kompetenzen, voneinander getrennt; letztere ist durch Verordnung vom 10. März 1897 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 59) als Staatskassaverwaltung neu organisiert worden.

1837: Fr. 6566; hiervon Fr. 2200 Kantonskassier, Fr. 3200 Finanzbureau, Rest Bureaukosten.

1847: Fr. 6670; hiervon Fr. 2200 Kantonskassier, Fr. 3700 Finanzbureau, Rest wie oben.

1857: Fr. 5587; hiervon Fr. 2350 Kantonskassier, Fr. 2600 Finanzbureau.

1867: Fr. 9701; hiervon Fr. 3000 Kantonskassier, Fr. 4100 Finanzbureau.

1877: Fr. 10,880; hiervon Fr. 3800 Finanzsekretär, Fr. 5400 Finanzkanzlei.

1887: Fr. 16,776; hiervon Fr. 15,393 Kantonsbuchhaltung, Rest Extraauslagen des Finanzsekretariats.

1897: Fr. 22,851; hiervon Fr. 19,422 Staatskassaverwaltung, Fr. 3429 Extraauslagen des Finanzsekretariats.

3. Besorgung des Geldverkehrs durch die Kantonalbank.

Durch Vertrag vom 27. Juni 1868 (G.-S., Bd. III, Nr. 158) ist der Kantonalbank die Besorgung des Geldverkehrs der Staatskassa übergeben worden gegen $\frac{1}{8}$ % der besorgten Einnahmen als Provision; daherige Bezüge der Kantonalbank:

1877: Fr. 4753.

1887: Fr. 6361.

1897: Fr. 9458.

4. Bezug der Abgaben.

1837: Fr. 21,159; davon für Bezug der direkten Steuern (2 % des Ertrages gemäss Art. 25 des Staatssteuergesetzes) Fr. 1709, der indirekten Abgaben, Zölle, Weg- und Brückengelder, Stempel, Getranksabgaben etc. Fr. 19,450.

1847: Fr. 38,630; davon für direkte Abgaben Fr. 2586, für indirekte und Gefälle Fr. 36,044.

1857: Fr. 13,688; davon für direkte Fr. 4626, für indirekte Fr. 9062.

1867: Fr. 21,524; davon für direkte Fr. 12,083, für indirekte Fr. 9441.

1877: Fr. 34,132; davon für direkte Fr. 18,710, für indirekte Fr. 15,422.

1887: Fr. 35,311; davon für direkte Fr. 21,103, für indirekte Fr. 14,208.

1897: Fr. 52,445; davon für direkte Fr. 31,593, für indirekte Fr. 20,852.

5. Kornhausverwaltung und Hafen in Rorschach.

Siehe geschichtliche Notizen in der betreffenden Rubrik der Einnahmen.

1857: Fr. 6080; Kornhausordnung vom 14. September 1855 (Alte G.-S., Bd. XIII, S. 11 und 705).

1867: Fr. 7408; Bestimmungen wie oben.

1877: Fr. 59,787 *Bruttoergebnis*; siehe Kornhausordnung vom 17. April 1868 (G.-S., Bd. II, Nr. 164).

1887: Fr. 48,718 brutto; Bestimmungen wie oben und Marktordnung von 1887 (Amtsblatt 1887, S. 461 und 466; 1886, S. 819).

1897: Fr. 40,188 brutto; Betriebsordnung und Organisation vom 23. November 1897 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 70 und 71).

6. Feuerlöschwesen.

Die Ausgaben für Unterstützung des *Feuerlöschwesens* werden nicht aus der Staatskassa bestritten. Aus dem Vermögen der Brandversicherungsanstalt ist ein Fonds zur Unterstützung der Feuerlöscheinrichtungen der Gemeinden ausgeschieden (Betrag 1897 Fr. 45,582), dessen Zinsen, sowie die auf Grund des Gesetzes vom 30. Dezember 1884 (G.-S., Bd. IV, N. F., Nr. 63) von den Feuerversicherungsgesellschaften zu leistenden Beiträge von 2 Rappen von Fr. 1000 Versicherungskapital zur Unterstützung von Verbesserungen im Feuerlöschwesen (Spritzen- und Utensilienbeschaffung u. dgl.), sowie für die periodische Abhaltung von kantonalen Feuerwehrcursen verwendet werden. Einzig im Jahr 1887 weist auch die Staatsverwaltungsrechnung einen bezüglichen Ausgabeposten von Fr. 907 für Inspektionen auf.

B. Zinsen.

1. Kontokorrentzinsen.

1837: Fr. 1600.

1847: Fr. 1784.

1857: Fr. 17,928; hiervon Verzinsung der Staatsschuld von der Münzeinschmelzung her Fr. 2148, für momentane Benützung der Kassasaldi anderer Verwaltungen Fr. 15,780.

1867: Fr. 29,132, Zinsen für momentane Anleihen.

1877: Fr. 62,760, Zinsen für momentane Anleihen.

1887: Fr. 146,509.

1897: Fr. 154,681.

2. Hypothekarzinsen und Kompetenzlasten.

1837: Fr. 1482, jährliche Zahlungen an Pfründen.

1877: Fr. 1727, Hypothekarzinsen für die Besetzung Mariaberg (Sitz des Lehrerseminars).

1887: Fr. 850, Hypothekarzinsen.

C. Beitrag an den Eisenbahnconto, bzw. an Eisenbahnunternehmungen.

1857: Fr. 302,345; hiervon sind Fr. 255,859 Zinsen für Eisenbahnstaatsanleihen, Fr. 41,772 Übertrag an den Eisenbahnamortisationsfonds. Nach Amtsbericht, S. 74, ergab sich Ende 1857 über alle Auslagen und Spesen hinaus durch Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben für das Eisenbahnunternehmen von 1853 bis 1857 ein Vorschuss zu gunsten des Eisenbahnwesens von Fr. 41,772, welcher, da frühere Grossratsbeschlüsse eine Vermischung der Staatsrechnung mit der Eisenbahnrechnung als unzulässig erklärten, dem sogenannten Amortisationsfonds zugeschrieben wurde.

1867: Fr. 13,472, Beitrag der Staatskassa an den Eisenbahnconto zur Deckung des Jahresdeficits; letz-

teres betrug Total Fr. 24,546, wovon Fr. 11,059 durch den Amortisationsfonds und Fr. 13,472 durch die Staatskassa gedeckt wurden. Amtsbericht, S. 178.

1877: Fr. 76,189, Deckung des Deficits des Eisenbahncontos durch die Staatskassa gemäss Grossratsbeschluss vom 20. November 1877 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 48), siehe Amtsbericht, S. 313, welchem zufolge der Zinsertrag des benannten Fonds fürderhin jährlich zum Kapital geschlagen und das Deficit, welches sich auf dem Eisenbahnconto für Bestreitung der Zinsen auf den Eisenbahnstaatsanleihen und für bezügliche Spesen ergibt, jährlich aus der Staatskassa zu tilgen ist. Mit Grossratsbeschluss vom 21. November 1853 (Alte G.-S., Bd. XII, S. 205) war festgesetzt worden, dass zur Bildung eines Amortisationsfonds für die Eisenbahnschuld während der Dauer von 10 Jahren (1854 bis und mit 1863) alljährlich eine Summe von Fr. 100,000 in die Ausgabenrubrik des Staatsbudgets aufgenommen und die dahierigen Betreffnisse zu gunsten des Fonds zins- und zinseszinstragend angelegt werden sollen. Diese Einzahlungen wurden nun bloss während zwei Jahren (1854 und 1855) geleistet, dann aber einfach eingestellt. Im Jahre 1866 (G.-S., Bd. III, Nr. 37) wurde sodann beschlossen, den Aktivsaldo des Amortisationsfonds, welcher sich auf Ende 1866 ergeben sollte, dem Fonds einzuverleiben, vom Zinsertrage des Amortisationscontos fortan Fr. 5000 wieder an Kapital zu schlagen, den Überrest des Zinsertrages aber alljährlich zur Deckung des Deficits auf den Eisenbahnconto zu verwenden und das Deficit für Anleihenszinse und Spesen aus dem Budget zu tilgen. Dies geschah bis ins Jahr 1876. Inzwischen kamen einige mehr oder weniger und durchaus unrentable Staatssubventionen für Eisenbahnen (Toggenburgerbahn, Bahn Sulgen-Bischofszell-Gossau und Zürichsee-Gotthardbahn, Sektion Rapperswil-Pfäffikon).

Hiervon und von dem wirklichen Werte der Obligationen der Vereinigten Schweizerbahnen nahm die staatswirtschaftliche Kommission Veranlassung, auf die durchaus unzulängliche Äufnung des Amortisationsfonds nach Massgabe des Grossratsbeschlusses von 1866 aufmerksam zu machen, und fasste der Grosse

Rat unterm 20. November 1877 den obenerwähnten und inhaltlich notierten Beschluss.

1887 und 1897 ist die Staatskassa nicht mehr mit Ausgaben zur Deficitdeckung belastet, sondern weist vielmehr als Einnahmeposten den Jahresüberschuss des Eisenbahncontos auf.

D. Auslösung von Zoll- und Brückengeldern.

1857: Fr. 23,556, Auslösungssumme an 12 politische Gemeinden, darunter circa Fr. 10,000 an die Stadt St. Gallen, Fr. 7000 an Rapperswil.

1867: Fr. 22,872, wie oben, an 10 Gemeinden.

1877: Weggefallen infolge der Bundesverfassung von 1874.

E. Beitrag an den Kantonalbankconto.

1867: Fr. 20,924; Deckung des Zinsverlustes auf Staatsanleihen und Anschaffungsspesen.

F. Deckung von Verlusten.

1837: Fr. 1796, herrührend von einem Verlust zufolge Einschmelzung der alten St. Gallischen Scheidemünzen.

1847: Fr. 213,010, davon Fr. 3915 Verlust durch Defraudation eines Salzfactors, Fr. 209,095 Verlust aus einem vom Kanton zur Linderung der herrschenden Teuerung unternommenen Fruchtgeschäft. Die Gesamtbilanz dieser Operation, deren Verlauf im Amtsbericht pro 1847, S. 138 ff., einlässlich geschildert ist, erzeugt an Ausgaben für Fruchtanschaffungen, Zinsen und Kosten fl. 649,025, Einnahmen aus Verkauf der Früchte fl. 545,602, somit Ausfall fl. 103,423.

G. Geldkontingent an die Eidgenossenschaft.

1837: Fr. 10,426, und zwar Fr. 3881 an die eidg. Centralkasse und Fr. 6544 an die eidg. Militärausgaben, nach Art. 2 des Bundesvertrages von 1815 (Zoll, S. 923).

Ausgaben: Rechtspflege.

Tab. 9.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
<i>A. Kosten der Gerichte:</i>							
1. Kassationsbehörde	86	—	—	—	—	35	67
2. Kantonsgericht	15,071	14,719	16,349	16,279	21,604	24,957	35,238
3. Bezirksgerichte	—	—	1,461	3,320	3,828	1,893	6,164
4. Verbeiständung in Haftpflichtfällen	—	—	—	—	—	—	154
5. Bureaukosten aller kantonalen Gerichts- und Justizorgane	—	1,645	488	1,347	1,356	—	—
	15,157	16,364	18,298	20,946	26,788	26,885	41,623
<i>B. Schuldbetreibungs- und Konkurswesen:</i>							
1. Kantonale Aufsichtsbehörde	—	—	—	—	—	—	5,195
2. Untere Aufsichtsbehörde .	—	—	—	—	—	—	6,000
3. Handelsregisterführer . .	—	—	—	—	—	—	3,042
4. Unerhebbare Konkurskosten	—	—	—	—	—	5,258	114
5. Verschiedenes	—	—	—	—	—	—	215
	—	—	—	—	—	5,258	14,566
<i>C. Strafrechtspflege:</i>							
1. Anklagekammer	—	—	—	509	1,080	1,070	3,533
2. Staatsanwaltschaft (Amtskläger)	1,600	1,800	2,150	5,250	6,600	8,548	10,556
3. Öffentlicher Verteidiger .	600	600	800	1,750	1,700	2,091	2,374
4. Kantonalverhöramt	—	—	—	3,800	—	—	—
5. Kriminalgericht	1,983	2,546	2,429	—	—	—	—
6. Kriminalkommission . . .	5,582	5,600	6,725	—	—	—	—
7. Verpflegungskosten im Kriminalgebäude		10,514	5,321	5,165	4,944	4,310	5,404
8. Gerichts- u. Untersuchungskosten	16,534	15,198	18,960	34,054	47,545	47,595	55,518
9. Rechts- und Exekutionskosten						4,328	5,381
10. Abbüßungskosten		11,018	3,223	6,204	3,166	5,193	7,089
11. Requisitionskosten . . .			358	277	572	920	1,111
12. Haftentschädigungen . .	—	—	—	—	—	942	410
	26,299	47,276	39,966	57,009	65,607	74,997	91,376
<i>D. Beitrag an die Zwangsarbeitsanstalt Bitzi bei Mosnang . .</i>	—	—	—	—	—	2,000	4,000
<i>Total</i>	41,456	63,640	58,264	77,955	92,395	109,140	151,565

Spezifikation.

A. Kosten der Gerichte.

1. Kassationsbehörde.

1837: Fr. 86 Kanzleikosten; die Kassationsbehörde war durch Specialgesetz vom 1. Mai 1834 (Schlumpf, S. 112) aufgestellt worden; die Mitglieder werden durch Gebühren entschädigt.

1887: Fr. 35; 1897: Fr. 67 Kanzleikosten, wie oben.

2. Kantonsgericht.

1837: Fr. 15,071; davon Fr. 12,464 für Gehalte, Rest für Reise- und Suppleantenentschädigungen; durch Organisationsgesetz vom 29. September 1831, Art. 298 ff. (Schlumpf, S. 64), war das Kantonsgericht (früher Appellationsgericht) aus 11 Mitgliedern und 6 Suppleanten konstituiert worden.

1847: Fr. 14,719; davon Fr. 14,164 Gehalte, Rest wie oben.

1857: Fr. 16,349; davon Fr. 15,160 Gehalte, Rest wie oben.

1867: Fr. 16,279; davon Fr. 15,650 Gehalte, Rest wie oben; die Verfassung von 1861 hat die Mitgliederzahl auf 9 reduziert; im Detail siehe Gerichtsorganisation vom 9. Mai 1867 (G.-S., Bd. IV, Nr. 75), Art. 60 ff.

1877: Fr. 21,604; davon Fr. 19,033 Gehalte (Präsident Fr. 3000, 8 Richter à Fr. 1700, Schreiber Fr. 2400 nebst Sporteln), Rest wie oben.

1887: Fr. 24,957; davon Fr. 20,550 Gehalte (Präsident Fr. 3300, 8 Richter à Fr. 2000, Schreiber Fr. 2400), Rest wie oben.

1897: Fr. 35,238, davon Fr. 30,200 Gehalte (Präsident Fr. 5000, 8 Richter à Fr. 2500, Schreiber Fr. 4800, dafür Wegfall der Sporteln), Rest wie oben.

3. Bezirksgerichte.

1857: Fr. 1461, von Kanzleikosten herstammend; betreffend Organisation siehe das sub Ziffer 2 erwähnte Gesetz betreffend Organisation der Gerichts- und Verwaltungsbehörden.

1867: Fr. 3320; wie oben. Gerichtsorganisation von 1867 und Verordnung betreffend das Justizrechnungswesen (G.-S., Bd. IV, Nr. 75 und VI, Nr. 124).

1877: Fr. 3828; wie oben.

1887: Fr. 1893; wie oben.

1897: Fr. 6164; bei der Budgetberatung pro 1897 sind die Entschädigungen an die Gerichtskanzleien für Bureaubedürfnisse erhöht worden.

4. Verbeiständung in Haftpflichtfällen.

1897: Fr. 154; auf Grund des Grossratsbeschlusses vom 30. November 1887 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 44); in der Regel hat der Staatsanwalt die unentgeltliche Rechtshilfe in Haftpflichtfällen zu leisten, in dessen Behinderung ein Anwalt, der vom Staate entschädigt wird.

5. Bureaukosten der kantonalen Justizorgane.

1847: Fr. 1645; 1857: Fr. 488; 1867: Fr. 1347; in den übrigen Jahrgängen sind diese Kosten spezifiziert bei den einzelnen Gerichts-, bzw. Justizorganen aufgeführt.

B. Schuldbetreibung und Konkurs.

1. Kantonale Aufsichtsbehörde.

1897: Fr. 5195; durch Einführungsgesetz zum Bundesgesetz betreffend Schuldbetreibung und Konkurs vom 1. Mai 1891 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 14) ist als kantonale Kontrollinstanz für das Betreibungs- und Konkurswesen eine aus Mitgliedern des Kantonsgerichtes bestehende dreigliedrige Aufsichtskommission bestellt, Art. 10 ff. des Gesetzes; von obigem Betrag fallen Fr. 4400 auf Gehalte, Fr. 2500 Präsident, 2 Richter à Fr. 600, Sekretär Fr. 700.

2. Untere Aufsichtsbehörde.

1897: Fr. 6000; durch oben erwähntes Gesetz sind (Art. 12 ff.) als untere Aufsichtsorgane die Bezirksamtspräsidenten bezeichnet, unter die, je nach der Arbeit, obiger Betrag als Entschädigung repartiert wird.

3. Handelsregisterführer.

1897: Fr. 3042; an Stelle der früheren Führung der Handelsregister durch die Bezirksamter ist durch Gesetz vom 29. Dezember 1890 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 103) ein kantonales Handelsregisterbureau errichtet worden; von obiger Summe sind Fr. 2800 Gehalt.

4. Unerhebbare Konkurskosten.

1887: Fr. 5258. Unter der Herrschaft des früheren kantonalen Konkursgesetzes von 1845 (G.-S., Bd. IV, Nr. 90) wurden den Konkurskommissionen die aus der Masse nicht erhebbarer Gebühren nach bestimmten Grundsätzen und innert bestimmten Schranken (Verordnung vom 9. Januar 1884, G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 45) vom Staate vergütet, daher obiger Betrag.

1897: Fr. 114 und Fr. 215 Verschiedenes.

C. Strafrechtspflege.

1. Anklagekammer.

1867: Fr. 509; vgl. Gesetz über den Kriminalprozess von 1865 (G.-S., Bd. V, Nr. 36) und Gesetz betreffend die Gerichtsorganisation von 1867 (G.-S., Bd. IV, Nr. 75).

1877: Fr. 1080, Gesetz wie oben.

1887: Fr. 1070, Gesetz wie oben.

1897: Fr. 3533; Nachtragsgesetz betreffend die Strafrechtspflege vom 27. Juni 1892 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 40), wodurch das Präsidium der Anklagekammer vom Justizdepartement losgetrennt wurde; Gehalt des Präsidenten Fr. 2000, des Sekretärs Fr. 800.

2. Staatsanwaltschaft (Amtskläger).

1837: Fr. 1600, Amtskläger; Organisationsgesetz von 1831 (Schlumpf, S. 105), Art. 295, Wahl durch den Kleinen Rat.

1847: Fr. 1800; Bestimmungen wie oben.

1857: Fr. 2150; Bestimmungen wie oben.

1867: Fr. 5250; Staatsanwalt. Kriminalprozess von 1865 (G.-S., Bd. V, Nr. 36) und Gerichtsorganisation von 1867 (G.-S., Bd. IV, Nr. 75).

1877: Fr. 6600; Fr. 4000 Staatsanwalt, Fr. 2600 Substitut.

1887: Fr. 8548; Fr. 4500 Staatsanwalt, Fr. 2800 Substitut.

1897: Fr. 10,556; Fr. 5000 Staatsanwalt, Fr. 3135 Substitut.

3. Öffentlicher Verteidiger.

1837: Fr. 600; Organisationsgesetz von 1831, Art. 295 (Schlumpf, S. 105).

1847: Fr. 600; 1857: Fr. 800, wie oben.

1867: Fr. 1750; Kriminalprozess von 1865 (G.-S., Bd. V, Nr. 36).

1877: Fr. 1700; 1887: Fr. 2091; 1897: Fr. 2374, Fr. 2000 Gehalt.

4. Kantonalverhöramt.

1867: Fr. 3800; reduziert und dann aufgehoben durch Gesetze von 1867 und 1868 (G.-S., Bd. V, Nr. 38 und 39.)

5. Kriminalgericht.

1837: Fr. 1983; siehe Art. 282 des Organisationsgesetzes von 1831 (Schlumpf, S. 104), I. Strafinstanz

für Verbrechen, bestehend aus 5 Mitgliedern und 4 Suppleanten.

1847: Fr. 2546, wie oben, davon Fr. 1925 Gehalte.

1857: Fr. 2429, wie oben, davon Fr. 1890 Gehalte.

1867: Ersetzt infolge der Neuorganisation der Strafrechtspflege durch den neuen Kriminalprozess.

6. Kriminalkommission.

1837: Fr. 5582; 2 Verhörer und 2 Aktuare und Kanzleikosten; siehe Art. 267 ff. des Organisationsgesetzes von 1831 (Schlumpf, S. 103).

1847: Fr. 5600, wie oben.

1857: Fr. 6725, wie oben.

Ziffern 7—12 der Tabelle bedürfen keiner weitern Spezifikation, sie betreffen sämtlich, je nach der zeitweiligen einschlägigen Gesetzgebung, Ausgaben, die dem Staate durch Führung der kriminellen und korrekionellen Strafprozeduren erwachsen sind, und denen in der Rubrik Einnahmen unter den „staatlichen Einrichtungen“ entsprechende Rückvergütungen durch die zur Bezahlung der Gerichts- und Untersuchungskosten verurteilten Delinquenten gegenüberstehen. Die namhafte Steigerung im Jahr 1897 ist namentlich auf die Erhöhung der bezirksamtlichen Gebühren laut Verordnung vom 30. Dezember 1892 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 50) zurückzuführen; die Haftentschädigungen (Ziff. 12) basieren auf Art. 14 der Verfassung von 1861, bzw. Art. 30 der Verfassung von 1890.

D. Beitrag an die Zwangsarbeitsanstalt Bitzi.

Durch Übereinkommen einer grössern Anzahl namentlich toggenburgischer Gemeinden ist Ende der 60er Jahre eine interkommunale Anstalt zur Unterbringung von arbeitsscheuen und liederlichen Personen in der „Bitzi“, Gemeinde Mosnang, gegründet worden, deren Betrieb durch Gesetz vom 1. August 1872 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 153) staatlich sanktioniert worden ist und deren Unterhalt durch Beiträge der beteiligten Gemeinden im Verhältnis ihres Steuerkapitals bestritten wird; seit 1879 werden an den Betrieb jährliche Staatsbeiträge verabfolgt, zuerst Fr. 300, 1887 Fr. 2000, 1897 Fr. 4000; daneben auch Beiträge aus dem „Alkoholzehntel“ und zeitweise aus dem Kantonalarmenfonds.

Ausgaben: Polizeiverwaltung und Gefängniswesen.

Tab. 10.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
<i>A. Allgemeine Polizeiverwaltung:</i>							
1. Landjägercorps:							
a. Offiziere	38,629	46,772	54,619	75,232	4,307	7,563	15,969
b. Mannschaft					119,434	130,344	165,440
2. Transport- und Verpflegungskosten	1,662	4,674	3,614	5,869	23,502	23,141	24,024
3. Grenz- und Sicherheitspolizei	659	1,612	1,471	2,034	8,056	7,164	4,870
4. Beitrag an die Naturalverpflegung	—	—	—	—	—	—	3,732
5. Verschiedene Polizeiausgaben	1,282	2,498	2,591	4,883	3,750	5,095	8,221
	42,232	55,556	62,295	88,018	159,049	173,307	222,256
<i>B. Strafanstalten:</i>							
1. Strafanstalt St. Jakob	9,274	78,358	100,453	116,944	138,035	163,449	123,919
2. Arbeitshaus St. Leonhard	—	8,784	17,835	30,794	40,500	—	—
3. Schallenwerk	5,246	—	—	—	—	—	—
	14,520	87,142	118,288	147,738	178,535	163,449	123,919
<i>C. Versorgung jugendlicher Verbrecher</i>	—	—	—	—	1,747	3,197	2,414
<i>Total</i>	56,752	142,698	180,583	235,756	339,331	339,953	384,589

Spezifikation.

A. Allgemeine Polizeiverwaltung.

1. Landjägercorps.

1837: Fr. 38,629 für Offiziere und Mannschaften zusammen, einschliesslich Montierungskosten, Prämien etc.; die tägliche Löhnung betrug 38 kr. für den Gemeinen und 48 kr. für den Unteroffizier. Bestand: 8 Unteroffiziere und 68 Gemeine. Gesetz betreffend Organisation des Landjägercorps, vom 26. Januar 1832 (Schlumpf, S. 945).

1847: Fr. 46,772 für Offiziere und Mannschaften zusammen. Bestand: 8 Unteroffiziere und 74 Gemeine. Tagessold der Jäger 40 kr., der Unteroffiziere 48 kr. Gesetz vom 2. Februar 1843 (Alte G.-S. Bd. IX, S. 2).

1857: Fr. 54,619; Bestand: 8 Unteroffiziere und 82 Gemeine. Tagessold für die Unteroffiziere Fr. 1. 80, für die Gemeinen Fr. 1. 50. Gesetz betreffend Besoldung des Landjägercorps, vom 7. August 1856 (Alte G.-S. Bd. XIII, S. 373).

1867: Fr. 75,232; Bestand wie oben bis 1868, wo das Gesetz vom 30. Januar 1868 (G.-S. Bd. II,

Nr. 41) in Kraft trat mit folgendem Bestand: 1 Hauptmann, 4 Wachtmeister, 10 Korporale, 65 Jäger und folgender Besoldung: Hauptmann fixer Gehalt, Wachtmeister täglich Fr. 3, Korporal Fr. 2. 70, Landjäger Fr. 2. 40, Rekrut Fr. 1. 50.

1877: Fr. 123,742. Bestand: 1 Hauptmann, 8 Wachtmeister, 75 Jäger. Besoldung jeweilen durch Beschluss des Grossen Rates festgesetzt, nebst Extraprämien (Fr. 3. 80, bzw. Fr. 3. 50 per Tag). Gesetz vom 30. Januar 1873 (G.-S. Bd. II N. F., Nr. 5). Gehalt des Hauptmanns Fr. 3500; Fr. 9041 für Ausrüstung; Fr. 2600 für Freibergüter.

1887. Fr. 137,907; davon Fr. 7563 für die Offiziere und Fr. 130,344 für die Mannschaft; der jeweilige Bestand ist vom Grossen Rate festzusetzen, laut Gesetz vom 28. Juni 1887 (G.-S. Bd. V N. F., Nr. 36), Art. 2 und 11. Tagessold: Wachtmeister Fr. 4, Korporal Fr. 3. 80, Jäger Fr. 3. 70; dagegen sind die Extraentschädigungen weggefallen.

1897: Fr. 181,409; davon Fr. 15,969 für die Offiziere und Fr. 165,440 für die Mannschaft. Gesetz wie oben. Bestand: 20 Offiziere und Unteroffiziere und 83 Jäger. Tagessold seit 1891: Wachtmeister Fr. 4. 50,

Korporal Fr. 4. 30, Landjäger Fr. 4; im Jahr 1900 ist eine abermalige Besoldungserhöhung im Sinne der Gewährung von Zulagen nach der Zahl der Dienstjahre eingeführt worden.

2. Transport- und Verpflegungskosten und

3. Grenz- und Sicherheitspolizei siehe Tabelle, die keiner weitem Erläuterung bedarf.

4. Beitrag an die Naturalverpflegung.

1897: Fr. 3732. Durch Gesetz vom 30. Dezember 1889 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 87) ist die Verpflegung bedürftiger Durchreisender staatlich geregelt worden und durch Art. 2, litt. c, des Gesetzes ein Staatsbeitrag von 20 % an die Kosten der Verpflegungsstationen festgesetzt.

5. Verschiedene Polizeiausgaben.

Siehe Tabelle; die meisten Posten beziehen sich auf Entdeckungsprämien und Nachtwache im Regierungsgebäude.

B. Strafanstalten (Bruttoauslagen).

1. Strafanstalt St. Jakob.

1837: Total der Bruttoauslagen für die damalige Zuchthausanstalt: Fr. 9274, daneben noch Fr. 5246 Auslagen für das sogenannte „Schallenwerk“, in welchen beiden Anstalten die Zuchthaus- und Kettensträflinge untergebracht waren.

1847: Fr. 78,358; davon Gehalt des Direktors Fr. 2400, der übrigen Beamten Fr. 7689, Kleidung etc. Fr. 4412, Verpflegung Fr. 23,775, Rohstoffankauf Fr. 30,568, Unterhalt des Gebäudes Fr. 2118; siehe Grossratsbeschluss betreffend Verwaltung der Strafanstalt vom 15. November 1838 (G.-S., Bd. V, Nr. 43) und Hausordnung vom 9. September 1841 (G.-S., Bd. V, Nr. 45). Nettomehrausgaben Fr. 26,500; siehe unter „Einnahmen“.

1857: Fr. 100,453; davon Gehalt des Direktors Fr. 2550, der übrigen Beamten Fr. 8551, Verpflegung Fr. 21,712, Ankauf von Rohstoffen Fr. 41,252, Unterhalt des Gebäudes Fr. 7780; Bestimmungen wie oben. Nettomehrausgaben Fr. 18,754.

1867: Fr. 116,944; davon Gehalt des Direktors Fr. 3000, der übrigen Beamten Fr. 11,954, Verpflegungskosten Fr. 25,457, Rohstoff- und Warenankauf Fr. 49,879; Bestimmungen wie oben. Nettomehrausgaben Fr. 35,161.

1877: Fr. 138,035; davon Gehalt des Direktors Fr. 3000, der übrigen Beamten Fr. 18,694, Verpflegung Fr. 37,565, Rohstoffe Fr. 50,822; Bestimmungen wie oben. Nettomehrausgaben Fr. 39,437.

1887: Fr. 163,449; davon Fr. 31,500 Gehalte, Fr. 23,797 Beleuchtung und Heizung, Fr. 39,996 Verpflegung, Fr. 36,419 Ankauf von Rohstoffen. Nettomehrausgaben Fr. 71,004.

Auf Grund des Grossratsbeschlusses vom 23. November 1882 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 23) und zum Zwecke der Durchführung des Stufenstrafsystems und Aufnahme der bisher in St. Leonhard (siehe Ziffer 2) untergebrachten korrekzionellen Sträflinge in die einheitliche und gemeinsame Strafanstalt fand in den Jahren 1883 und 1884 eine durchgreifende Umänderung und Erweiterung der Strafanstalt statt im Kostenvoranschlage von Fr. 712,000. Auf Grund dieser Erweiterung basieren sodann das Gesetz betreffend den Vollzug der Freiheitsstrafen vom 8. Januar 1883 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 22) und die revidierte Hausordnung vom 21. Januar 1885 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 65).

1897: Fr. 123,919; davon Fr. 38,995 Gehalte und Löhne, Fr. 36,056 Verpflegung, Fr. 18,112 Ankauf von Rohstoffen, Fr. 9113 Beleuchtung. Nettomehrausgaben Fr. 1600. Bestimmungen wie oben.

Das Rechnungsergebnis pro 1897 ist infolge Übergangs zu einer andern Rechnungsstellung — Ausscheidung der Vorräte — dasjenige eines Übergangsjahres und daher ein exceptionnelles; nach bisheriger Berechnungsart betrugen die Einnahmen Fr. 122,319, die Ausgaben Fr. 167,725; somit Deficit Fr. 45,406.

2. Arbeitshaus St. Leonhard.

1847: Fr. 8784; davon Gehalte Fr. 1452, Unterhalt der Sträflinge Fr. 5558. Nettomehrausgaben Fr. 5782.

1857: Fr. 17,835; davon Gehalte Fr. 2785, Verpflegung Fr. 7640; siehe Gesetz betreffend den Vollzug der Gefängnisstrafen vom 13. Januar 1853 (G.-S., Bd. XII, S. 1). Nettomehrausgabe Fr. 7938.

1867: Fr. 30,794; davon Gehalte Fr. 4400, Verpflegung Fr. 10,438. Grossratsbeschluss betreffend Verwaltung von St. Leonhard vom 14. Februar 1859 (G.-S., Bd. V, Nr. 20). Nettomehrausgabe Fr. 15,701.

1877: Fr. 40,500; davon Gehalte Fr. 6940, Verpflegung Fr. 13,954, Ankäufe Fr. 7107. Bestimmungen wie oben. Nettomehrausgabe Fr. 14,053.

1887: Durch Erweiterung der Strafanstalt St. Jakob weggefallen.

C. Versorgung jugendlicher Verbrecher.

1877: Fr. 1747. Strafgesetz von 1857, Art. 31 und 32 (G.-S., Bd. V, Nr. 34).

1887: Fr. 3197. Strafgesetz vom 4. Januar 1886, Art. 24 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 1).

1897: Fr. 2414. Bestimmungen wie oben. Nachtragsgesetz vom 29. Juni 1891 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 17).

Ausgaben: Militärwesen.

Tab. 11.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Militärverwaltung; Gehalte und Reiseentschädigungen	62,000	16,908	25,012	33,741	27,801	37,168	41,460
2. Truppenausrüstung		33,276	176,508	101,788	127,856	156,327	190,654
3. Unterricht und Unterrichtslokale		22,594	141,748	126,099	27,381	14,918	25,149
4. Zeughausverwaltung		14,688	73,763	41,791	47,947	54,220	70,186
5. Beiträge an das Schützenwesen	200	—	200	400	400	2,280	3,200
6. Provision für den Steuer- und Bussenbezug	—	—	—	—	—	8,855	10,653
7. Verschiedenes (Verwaltungskosten)	—	5,280	9,587	17,087	28,021	13,966	18,878
8. Sonderbundsfeldzug und Insurrektionskosten	—	57,438	—	—	—	—	—
<i>Total</i>	62,200	150,184	426,818	320,906	259,406	287,734	360,180

Spezifikation.

1. Militärverwaltung, Gehalte und Reiseentschädigungen.

1837: Fr. 62,000; Zahlungen an das Kriegskommissariat, ohne nähere Ausscheidung; siehe Gesetze betreffend das Militärwesen vom 29. September 1831 und 3. Mai 1832 (Alte G.-S., Bd. IV, S. 249 und 419).

1847: Fr. 16,908; Gehalte an Militärbeamte (Inspektor, Kriegskommissär, Zeugwart, Sekretär, Bezirkskommandanten, Ober- und Unterinstruktoren und Kapellmeister). Gesetze wie oben und Militärorganisation vom 28. April 1842 (Alte G.-S., Bd. VIII, S. 284).

1857: Fr. 25,012; Gehalte an die oben bezeichneten Beamten, siehe im allgemeinen eidgenössische Militärorganisation vom 8. Mai 1850 (G.-S., Bd. VI, Nr. 62) und kantonales Militärgesetz vom 6. Mai 1852 (Alte G.-S., Bd. XI, S. 731), Reglement für die Militärverwaltung (Alte G.-S., Bd. XIII, S. 175 und 379).

1867: Fr. 33,741; davon Gehalte der kantonalen Militärbeamten (Kriegskommissär, Zeughausverwalter, Bezirkskommandanten, Sektionschefs etc.) Fr. 17,464; Taggelder und Reiseentschädigungen an den Oberinstruktor u. a. Fr. 16,277; siehe Bundesvorschriften wie oben und kantonales Militärgesetz vom 30. Mai 1861 (G.-S., Bd. VI, Nr. 99) und einschlägige Ausführungsclassen.

1877: Fr. 27,801; davon Fr. 25,881 Gehalte an verschiedene Militärbeamte, Fr. 1919 Taggelder. Kantonale Bestimmungen wie oben, unter Vorbehalt der eidgenössischen Militärorganisation vom 13. November 1874 (G.-S., Bd. II N. F., Nr. 106) und deren Ausführungsbestimmungen.

1887: Fr. 37,168; kantonales Militärgesetz vom 10. Mai 1881 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 99).

1897: Fr. 41,460; gesetzliche Bestimmungen wie oben.

2. Truppenausrüstung.

3. Unterricht und Unterrichtslokale.

4. Zeughausverwaltung.

5. Beiträge an das Schützen- und Militärwesen.

6. Provision für den Steuerbezug laut Verordnungen vom 11. Februar 1879 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 73) und 25. Juni 1894 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 9).

7. Verschiedene Verwaltungskosten.

Bedürfen keiner nähern Erklärung.

8. Sonderbundsfeldzug und Insurrektionskosten.

1847: Fr. 57,438 ausserordentliche Militärausgaben für Beteiligung am Feldzug gegen den Sonderbund und Truppenaufgebot während der Oktobersession des Grossen Rates und Aufruhrprozedurkosten; siehe Amtsbericht 1847, S. 2—10.

Ausgaben: Bauverwaltung.

Tab. 12.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
<i>A. Bureau des Kantonsbaumeisters</i>	—	—	—	—	—	14,424	14,960
<i>B. Domänen und Gebäude:</i>							
1. Ordentlicher Unterhalt . . .	35,726	9,607	7,384	16,009	14,489	15,128	15,795
2. Steuern, Zinse und Asse- kuranz		1,037	1,320	5,979	5,507	4,977	6,635
3. Ausserordentliche Bauten laut Specification Davon ausserordentliche Amorti- sation		31,377	29,632	1,990	35,278	92,563	423,785
	—	—	—	—	—	—	285,000
	35,726	42,021	38,336	23,978	55,274	112,668	446,215
<i>C. Strassenwesen:</i>							
1. Bureau des Kantonsinge- nieurs (Strasseninspektors) .	3,372	7,514	9,895	10,603	16,320	24,477	34,307
2. Ordentliche Ausgaben für das Strassenwesen	115,034	99,999	155,623	170,854	279,264	268,971	370,513
a. Unterhalt der Staats- strassen	115,034	91,858	136,948	158,560	250,744	231,910	338,023
b. Unterhalt der Brücken . .		8,141	18,675	12,294	24,399	31,378	23,550
c. Verbesserung der Staats- strassen		—	—	—	4,121	5,683	8,940
3. Ausserordentliche Strassen- bauten laut Specification . .	16,089	22,065	34,362	30,255	39,947	78,576	88,575
4. Beitrag an Gemeindestrassen	—	—	—	—	—	—	8,800
	134,495	129,578	199,880	211,712	335,531	372,024	502,195
<i>D. Uferbau:</i>							
1. Rheinkorrektion und Binnen- kanal laut Specification . .	3,000	12,148	39,284	144,457	140,667	185,000	269,144
2. Wildbachverbauungen . . .	—	—	—	3,368	12,110	12,552	75,940
3. Thurkorrektion, Beiträge . .	800	—	850	2,200	10,000	4,468	12,500
4. Perimeterbeiträge	—	—	—	153	421	1,175	1,632
5. Bodenverbesserungen	—	—	—	—	—	17,000	21,925
6. Hafen in Rorschach	13	10,000	2,263	3,941	2,811	9,051	14,929
7. Schifflande in Steinach . . .	—	—	582	—	—	—	—
	3,813	22,148	42,979	154,119	166,009	229,246	396,070
<i>E. Wasserrechtskataster</i>	—	—	—	—	—	—	8,047
<i>F. Geometerwesen und Vermes- sungen</i>	766	10,408	5,450	—	3,976	5,855	12,252
<i>Total</i>	174,800	204,155	286,645	389,809	560,790	734,217	1,379,739

Spezifikation.

A. Bureau des Kantonsbaumeisters.

1887: Fr. 14,424; davon Fr. 4500 Gehalt; durch Grossratsbeschluss vom 11. Juni 1880 wurde die Stelle eines kantonalen Hochbautechnikers geschaffen.

1897: Fr. 14,960; davon Fr. 5000 Gehalt des Kantonsbaumeisters; Fr. 4000 Gehalt des Adjunkten.

B. Domänen und Gebäude.

1. Ordentlicher Unterhalt.

1837: Fr. 35,726 Gesamtbetrag für Domänen, davon Fr. 20,000 für das Zeughaus; Rest für Unterhalt derselben (Regierungsgebäude; Garn- und Schmalzhaus in Rorschach; Verwaltung in Rheineck; Reben in Malans).

1847: Fr. 42,021 zusammen; davon Fr. 9607 ordentlicher Unterhalt.

1857: Fr. 38,336 zusammen; hiervon Fr. 7384 ordentlicher Unterhalt (Regierungsgebäude Fr. 5236).

1867: Fr. 23,978 zusammen; hiervon Fr. 16,209 ordentlicher Unterhalt (Regierungsgebäude Fr. 8306).

1877: Fr. 55,274 zusammen; davon Fr. 16,209 ordentlicher Unterhalt (Regierungsgebäude Fr. 9771).

1887: Fr. 112,668 zusammen; davon Fr. 15,128 ordentlicher Unterhalt (Regierungsgebäude Fr. 6714).

1897: Fr. 446,215; davon ordentlicher Unterhalt Fr. 15,795 (Regierungsgebäude Fr. 8563).

2. Steuern, Zinse und Assekuranzprämien.

Bedarf keiner Erläuterung.

3. Ausserordentliche Bauten.

1837: Inbegriffen in der Summe sub Ziffer 1.

1847: Fr. 31,377; nämlich: Heizeinrichtung in St. Jakob, Hebammenanstalt, 2 Ankäufe in Rorschach.

1857: Fr. 29,632; davon Fr. 5846 Kaserne und Militäranstalten auf dem Brühl in St. Gallen, Fr. 8909 Umbau des alten Theaters, Fr. 9543 Gaseinrichtung im Regierungsgebäude.

1867: Fr. 1990.

1877: Fr. 35,278; davon Fr. 30,000 Beitrag an die Kaserne St. Gallen, II. Rate (Totalkredit Fr. 160,000); Fr. 3575 Zeughaus.

1887: Fr. 92,563; davon Fr. 30,000 Strafanstaltserweiterung, IV. Rate (Grossratsbeschluss vom 23. November 1882, G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 23, Gesamtkostenvoranschlag Fr. 712,000); Fr. 10,000 Militärmagazin, II. Rate (Grossratsbeschluss vom 22. Mai 1882, Totalbeitrag Fr. 50,000); Fr. 2000 Gebäranstalt, I. Rate (Grossratsbeschluss vom 17. Mai 1886, Gesamtnettoporanschlag Fr. 50,000); Fr. 14,465 Dampfkessel im Kantonsspital.

1897: Fr. 423,785; wovon Fr. 285,000 ausserordentliche Amortisationen, und zwar:

Asil in Wil: Fr. 150,000, ordentliche Amortisation Fr. 50,000, VII. Rate, ausserordentliche Fr. 100,000; Grossratsbeschluss vom 24. November 1894 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 14); ursprünglicher Kostenvoranschlag Fr. 1,690,000; Kostenüberschreitung circa $\frac{1}{2}$ Million. Über die Deckung der Bauschuld siehe Botschaft Amtsblatt 1894, II, S. 643.

Erwerbung des Ostflügels des Kantonsschulgebäudes: Grossratsbeschluss vom 22. November 1888 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 61 und 62), Gesamtkaufpreis Fr. 475,000, ordentliche Amortisation, VII. Rate, Fr. 50,000, ausserordentliche Fr. 125,000.

Krankenhaus Uznach: Grossratsbeschlüsse vom 16. Mai und 22. November 1893, siehe Botschaften Amtsblatt 1893, S. 497 und 1177; Totalvoranschlag Fr. 70,000, III. Rate Fr. 15,000.

Erwerbung von zwei Liegenschaften in St. Gallen: ausserordentliche Amortisation Fr. 60,000.

Rest für kleinere Bauten: Operationssaal im Kantonsspital; Bauten in St. Pirminsberg (Irrenanstalt); Einrichtung des Custerhofes; Kornschuppen in Rorschach.

C. Strassenwesen.

1. Bureau des Kantonsingenieurs (Strasseninspektors).

1837: Fr. 3372; Verordnung vom 22. Juni 1835, Art. 3 (Schlumpf, S. 1276). Gehalt und Bureaukosten des Strasseninspektors.

1847: Fr. 7514; wie oben.

1857: Fr. 9895; Strasseninspektor Fr. 2900, Adjunkt Fr. 1700.

1867: Fr. 10,603 zusammen.

1877: Fr. 16,320; Inspektor Fr. 4000, Adjunkt Fr. 3500.

1887: Fr. 24,477; Kantonsingenieur Fr. 4500, Fr. 3500 Adjunkt. Rest für Bureau- und Feldaushilfe.

1897: Fr. 34,307; Kantonsingenieur Fr. 5000, zwei Adjunkten Fr. 4980. Instruktion vom 6. Dezember 1889, Art. 1 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 85).

2. Ordentliche Ausgaben für das Strassenwesen.

1837: Fr. 115,034; davon Fr. 111,081 für den Unterhalt der Staatsstrassen, Fr. 5533 für Brücken und Durchlässe, Fr. 2418 für Nebenanstalten. Gesetz betreffend die Haupt- und Handelsstrassen vom 30. Januar 1834 (Schlumpf, S. 1269) und Verordnung hierzu vom 22. Juni 1835 (ib., S. 1277). Damals umfasste das Staatsstrassennetz 15 Strassenzüge mit einer Gesamtlänge von $64\frac{6}{8}$ Schweizerstunden (310.8 Kilometer);

Näheres siehe Amtsbericht, S. 12 ff. Die Staatsrechnung erzeugt auf diesem Posten eine Budgetüberschreitung von Fr. 30,000.

1847: Fr. 99,999; wovon Fr. 91,858 für ordentlichen Unterhalt, Fr. 8141 für Brücken; damalige Strassenlänge $68\frac{5}{8}$ Stunden (329.3 Kilometer) in sechs Strassenkreisen (St. Gallen, Rheinthäl, Sargans, Uznach, Wattwil, Flawil); Unterhaltskosten per Stunde Fr. 1457; siehe Amtsbericht, S. 72. Gesetz wie oben.

1857: Fr. 155,623; hiervon Fr. 136,948 für ordentlichen Strassenunterhalt, Fr. 18,675 für Brücken; damalige Strassenlänge $68\frac{7}{8}$ Stunden (330.5 Kilometer) in den oben bezeichneten 6 Strassenkreisen; Unterhaltungskosten per Stunde Fr. 2259. Gesetz wie oben.

1867: Fr. 170,854; davon ordentlicher Unterhalt Fr. 158,560; Rest für Brücken und Durchlässe; damalige Strassenlänge $74\frac{5}{8}$ Stunden (382.2 Kilometer) in den oben bezeichneten 6 Strassenkreisen; Unterhaltskosten per Stunde durchschnittlich Fr. 2289 (Regiestrassen Fr. 3518, Pachtstrassen Fr. 1351); Näheres siehe Amtsbericht, S. 36 ff. In den Jahren 1858 und 1859 waren durch Specialgesetze eine Anzahl einzelner Strassenzüge zu Staatsstrassen erhoben worden (Rüti-Kempraten - Uznach - Wald, Hauptwil - Gossau, St. Gallen-Teufen, Martinsbrücke-Eggersriet); im übrigen galten die gleichen Gesetzesbestimmungen wie oben.

1877: Fr. 279,264; hiervon ordentlicher Unterhalt Fr. 250,744, Brücken und Durchlässe Fr. 24,396, Budgetüberschreitung von Fr. 33,000 infolge von Elementarereignissen und Schneebruch; damalige Strassenlänge $76\frac{11}{16}$ Stunden (366.1 Kilometer); Kosten per Stunde Fr. 3560. 25.

1887: Fr. 268,971; hiervon ordentlicher Unterhalt Fr. 231,900, Strassen und Brücken Fr. 31,378; damalige Strassenlänge 368 Kilometer; Unterhaltskosten per Kilometer Fr. 634; im ordentlichen Unterhalt sind inbegriffen für Schneebruch Fr. 18,755, Elementarereignisse Fr. 33,918.

1897: Fr. 370,513; hiervon ordentlicher Unterhalt Fr. 260,295 (Fr. 60,000 mehr als budgetiert), Fr. 18,345 Schneebruch; Fr. 43,844 Elementarereignisse; Fr. 23,550 Brücken und Durchlässe; Fr. 8940 Verbesserungen der Strassen; Strassenlänge 426 Kilometer infolge Übernahme einer Reihe von Gemeindestrassen als Staatsstrassen; Unterhaltskosten per Kilometer Fr. 869.

Im Jahre 1889 war ein neues Strassengesetz, vom 1. Juli 1889 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 76) in Kraft getreten, mit wesentlicher Erweiterung der Aufgaben des Staates und der Gemeinden im Strassenwesen. Seither sind eine ganze Anzahl bisheriger Gemeindestrassen

vom Staate als Staatsstrassen übernommen worden gegen die gemäss Art. 58 des Strassengesetzes von den betreffenden Gemeinden in fünf jährlichen Terminen ohne Zinsvergütung zu leistenden, vom Grossen Rate jeweilen festgesetzten Auslösungssummen.

3. Ausserordentliche Strassenbauten.

1837: Fr. 16,089 Totalnettobetrag, d. h. nach Abzug einzelner Beiträge der betreffenden Gebietsteile; ausgeführt wurden damals die Korrektion am Schwarzenbacherstich (Fr. 8000), Bach- und Strassenkorrektion in Gossau (cirka Fr. 9400, mit Beitrag von Fr. 8000 von Gossau), Korrektion der Langgasse (Fr. 2300), sowie verschiedene kleinere Bauten in Wattwil, Rorschach und Bruggen.

1847: Fr. 22,065; nämlich Korrektion am Monstein (Fr. 6600), Kräzernbrücke (Fr. 3000), St. Martinsbrücke (Fr. 3000), Beitrag an Untereggen (Fr. 2000).

1857: Fr. 34,362; nämlich Verbesserung der Staatsstrassen Fr. 4403, Korrektion in Winkeln Fr. 2548, Strasse Kronbühl-Löhren Fr. 27,410.

1867: Fr. 30,255; davon Fr. 22,100 an die Hulteggstrasse, Fr. 8154 Oberbau der Biäschenbrücke.

1877: Fr. 39,947; Beitrag an die Vättiser- und Weisstannenstrasse; Fr. 26,317 Neubau der Martinsobelbrücke.

1887: Fr. 78,576; davon Fr. 15,000, VII. Rate, an die Amdener- und Quartenerstrasse, Gesamtbeitrag laut Grossratsbeschluss vom 18. November 1880 Fr. 158,000; Fr. 16,700, letzte Rate, an Ragaz-Maienfeld, Gesamtbeitrag Fr. 39,000; Fr. 14,876 Rheinbrücke Ragaz-Maienfeld; Fr. 12,000, letzte Rate, an die Sitterbrücke in Lee, Gesamtbeitrag laut Grossratsbeschluss vom 29. November 1887 Fr. 41,300; Fr. 20,000, II. Rate, an die neue Thurbrücke bei Oberbüren, Gesamtkredit laut Grossratsbeschluss vom 19. November 1885 Fr. 88,000.

1897: Fr. 88,575; hiervon Fr. 6075, IV. und letzte Rate, für Korrektion der Rorschacherstrasse, Gesamtbeitrag laut Grossratsbeschluss vom 15. Mai 1893 Fr. 53,000; Fr. 30,000, III. und letzte Rate, an die Strasse Ragaz-Valens, erster Beitrag Fr. 55,000, Nachsubvention laut Grossratsbeschluss vom 20. November 1894 Fr. 90,000; Fr. 20,000, I. Rate, an die Hembergerstrassen, Gesamtbeitrag laut Grossratsbeschluss vom 20. Mai 1896 Fr. 183,000; Fr. 14,000, I. Rate, an die Strassenkorrektion in Rheinthäl, Gesamtbeitrag laut Grossratsbeschluss vom 18. Mai 1896 Fr. 38,800; endlich Fr. 18,000 in kleineren Beiträgen an mehrere kleinere Strassenbauten.

4. Beitrag an die Kosten der Gemeindestrassen.

1897: Fr. 8800; durch Art. 10 des neuen Strassen-gesetzes vom 1. Juli 1889 ist dem Staate die Pflicht auferlegt, denjenigen politischen Gemeinden, in welchen die Kosten des Unterhalts der Gemeindestrassen neben den andern Gemeindelasten eine ausnahmsweise Höhe erreichen, ohne dass ihnen durch Erhebung einzelner Strassen zu Staatsstrassen eine Erleichterung verschafft wird, einen angemessenen Beitrag zu leisten. Die Verteilung erfolgt in der Weise, dass diejenigen Gemeinden, deren Ausgaben für das Strassenwesen einen bestimmten Normalansatz des Steuerkapitals (1897: 1.8 ‰ des Steuerkapitals) übersteigen, mit prozentualen Beiträgen (50 bis 60 ‰) bedacht werden; zu den schwerstbelasteten Gemeinden im Strassenwesen gehören Mogelsberg, Kirchberg, Pfäfers, St. Peterzell.

D. Uferbau.

1. Rheinkorrektion.

1837: Fr. 3000. Im Jahr 1837 beschränkte sich die ganze Ausgabe des Kantons an die Rheinkorrektion auf fl. 1500 als Beitrag an die wuhrpflichtigen Gemeinden; durch Verordnung vom 6. Oktober 1837 (Schlumpf, S. 1305) wurde für jede wuhrpflichtige Gemeinde die Bestellung eines „Wuhrmeisters“ vorgeschrieben; laut Amtsbericht pro 1838 hatten die Kirchgemeinden am Rhein insgesamt an daherigen Auslagen circa Fr. 126,000 zu bestreiten.

1847: Fr. 12,148; nämlich Fr. 9748 Beitrag an den Uferbau am Rhein und an der Thur: Fr. 2400 Wuhrbauten an Seewuhren bei Au; daneben hatten die Gemeinden Fr. 116,000 zu leisten.

1857: Fr. 39,248; nämlich Fr. 20,352 Förderung des Uferbaus am Rhein; Fr. 18,931 Katastervermessung des Rheingebiets; Leistungen der Wuhrgemeinden Fr. 144,777. Spezifikation siehe Amtsbericht, S. 130 bis 134 und Gesetz betreffend die Rheinkorrektion vom 19. Januar 1854 (Alte G.-S., Bd. XII, S. 258).

1867: Fr. 144,457; davon Fr. 142,857 Jahresbeitrag auf Grund des Gesetzes betreffend eine durchgreifende Rheinkorrektion, vom 21. April 1859 (G.-S., Bd. III, Nr. 97) und Grossratsbeschluss vom 20. Dezember 1861 (G.-S., Bd. III, Nr. 99), wodurch eine Staatsbeteiligung von 2 Millionen — 1867 auf 2,550,000 erhöht — dekretiert wurde.

Das Gesetz betreffend die Rheinkorrektion von 1859 verfügte in erster Linie, dass eine durchgreifende Rheinkorrektion unter spezieller, sachkundiger Aufsicht und Leitung des Staates ausgeführt werden soll, und dass in zweiter Linie mit der Korrektion des Rheines auch die Kanalisation der Binnengewässer des Rhein-

thales gemäss dem diesfallsigen Specialgesetze von 1847 angestrebt, beziehungsweise fortgesetzt werden soll.

Das Gesetz überbindet die Kosten des Korrektionswerkes in erster Linie den bisherigen Wuhrpflichtigen und in zweiter Linie dem im Überschwemmungs- und Entsumpfungsgebiete befindlichen Grundbesitz. Ferner wird ein Staatsbeitrag zugesichert und eine namhafte Bundesunterstützung in Aussicht genommen. Die Festsetzung des Beitragsverhältnisses der beiden erstgenannten Faktoren wird der Beschlussfassung des Grossen Rates überantwortet, die Regulierung des Unterhaltes des vollendeten Rheinkorrectionswerkes der künftigen Gesetzgebung anheimgestellt und endlich die Hülfeleistung und Kostendeckung bei Rheineinbrüchen reguliert.

Gestützt auf dieses Gesetz von 1859 hat der Grosse Rat in den oben citierten Beschlüssen verfügt, dass vorerst zur Rheinkorrektion zwischen der Tardisbrücke und dem Monstein geschritten werden soll. Den Wuhrpflichtigen sind an die erstlich zu Fr. 8,500,000 und später zu Fr. 11,000,000 veranschlagten Kosten Fr. 1,808,650 und dem Grundbesitz Fr. 2,971,350 als Leistung zugeschieden, aus der Staatskasse Fr. 2,550,000 zugesichert — und endlich von der Eidgenossenschaft Fr. 3,670,000 erhältlich gemacht worden. Die allfälligen Mehrkosten über Fr. 11,000,000 wurden im Verhältnis von 14 zu 23 den Wuhrpflichtigen und dem Grundbesitz überbunden. Näheres siehe im einlässlichen Berichte des Regierungsrates über die technischen und finanziellen Verhältnisse der Rheinkorrektion, Amtsblatt 1883, S. 249.

1877: Fr. 140,667; davon Fr. 140,000 als 15. ordentlicher Jahresbeitrag an die Rheinkorrektion auf Grund obiger Bestimmungen.

1887: Fr. 185,000; davon Fr. 100,000 Beitrag an die Baukosten, Fr. 75,000 an den Perimeter und Fr. 10,000 an den Uferbau unter dem Monstein; durch Grossratsbeschluss vom 24. Januar 1885 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 66) übernahm der Staat eine weitere Subvention von $\frac{1}{4}$ der 11 Millionen übersteigenden Mehrkosten der Rheinkorrektion, oder höchstens 1 Million, ferner eine Subvention von Fr. 750,000 an die Tilgung der Kapitalschuld des Perimeters; siehe Amtsblatt 1883, S. 362, und 1884, S. 665.

1897: Fr. 269,144; hiervon Fr. 12,552 für technische Oberaufsicht, Fr. 9734 Beitrag an die Katasterführung, Fr. 9815 Beitrag von 25 ‰ an den Unterhalt der Rheinkorrektion, Fr. 90,000 als IV. Rate für Amortisation der Rheinkorrektionsschuld, Fr. 80,000 als V. Rate für Amortisation der Perimeterschuld, Fr. 45,000 als V. Rate an den Rheinthalischen Binnenkanal zur Korrektion der Binnengewässer; Fr. 18,677 als VI. und

• letzte Rate an den Werdenberger Binnenkanal. Die nunmehrige Basis der Staatssubvention an die Rheinkorrektion bildet der zwischen der Schweiz und Österreich abgeschlossene Staatsvertrag vom 30. Dezember 1892 (Eidg. Ges.-Sammlung, Bd. XIII, S. 559), der Bundesbeschluss vom 27. März 1893 (ebendaselbst, Bd. XIII, S. 552) und der Grossratsbeschluss vom 16. Mai 1893 (Kant. Ges.-Sammlung, Bd. VI N. F., Nr. 72), siehe hierzu Botschaften im Amtsblatt 1893, S. 396 und 845. Nach Art. 4 und 28 des erwähnten Grossratsbeschlusses übernimmt die kantonale Staatskassa von den im Art. 2 aufgeführten Leistungen des Kantons:

- a. die Kosten der technischen Oberaufsicht;
- b. die Kosten der technischen Vorarbeiten für die Binnengewässerkorrekturen;
- c. die sämtlichen Leistungen der Rheinkorrektionsrechnung für die Objekte der Rheinregulierung, nämlich den Fussacher-Durchstich, die Zwischenstrecke, den Diepoldsauer-Durchstich, die obere Strecke, das Rinnsal im alten Rhein, die Ableitung des Diepoldsauer Wassers, die bisherigen Vorarbeiten und die Vergütung an die österreichische Regierung für den Unterhalt des auf österreichischem Gebiete befindlichen Teiles des Diepoldsauer Kanals, wovon die Jahresraten an die Rheinregulierungskommission jeweilig im Januar zu leisten sind;
- d. an die Baukosten der Rheinkorrektionsstrecke Tardisbrücke-Monstein, vom 1. Januar 1893 an gerechnet, einen Viertel oder im Maximum Fr. 300,000, beziehungsweise höchstens den Rest der am 24. Januar 1885 an diese Baukosten dekretierten zweiten Nachsubvention im Betrage von Fr. 1,000,000;
- e. einen vom Grossen Rate zu bestimmenden Beitrag an die allfälligen Mehrkosten der in litt. c und d erwähnten Objekte;
- f. auf den 1. Januar 1893 von der Schuld des Rheinperimeters an die Korrektionskassa den Betrag von Fr. 1,500,000;
- g. 25 % der Unterhaltungskosten der gesamten Rheinkorrektion, d. h. der Rheinstrecke von der Tardisbrücke bis zum Bruggerhorn, soweit deren Unterhalt dem Kanton St. Gallen obliegt, den Unterhalt des auf schweizerischem Gebiet befindlichen Teiles des Diepoldsauer Kanals inbegriffen;
- h. einen Beitrag an die Katasterführung über den Perimeter.

Art. 28. Die Staatskassa übernimmt von den zu Fr. 3,600,000 veranschlagten Baukosten des Rheinthalischen Binnenkanals nach Abzug des Bundesbei-

trages von 50 % der Baukosten oder höchstens Fr. 1,800,000

- a. die Kosten der technischen Oberaufsicht;
- b. 25 % der Baukosten oder höchstens Fr. 900,000, zahlbar entsprechend dem Fortschreiten der Bauten;
- c. 25 % der Unterhaltungskosten.

An den Werdenberger Binnenkanal (Sevelen bis Rüti) wurde durch Grossratsbeschluss vom 3. März 1891 ein Staatsbeitrag von Fr. 150,000 zuerkannt; siehe Botschaft vom 26. Februar 1891.

Über die Belastung des Bundes, des Kantons und der beteiligten Gegend durch die Rheinkorrektionskosten und die Verteilung der letztern unter die verschiedenen Kontribuenten wird seit 1894 gesonderte Repartitionsrechnung geführt. Der Rechnung pro 1897 (Amtsbl. 1898, II, S. 149) mögen folgende wesentliche Zahlen entnommen werden:

An Gesamtausgaben für Baukosten, Nettozinsen, Spesen etc. waren von 1861 bis Ende 1897 erwachsen	Fr. 19,125,844
Diesen standen an Einnahmen gegenüber	„ 16,053,155
Somit Deficit	Fr. 3,072,289

Unter den Einnahmen figurieren:	
Subventionszahlungen des Bundes . .	Fr. 4,894,000
Subventionszahlungen des Kantons . .	„ 3,481,998
Zahlungen der 22 wuhrpflichtigen Ortsgemeinden von Ragaz bis Au . .	„ 1,540,599
Zahlungen des Perimeters von Kanton und Gemeinden zusammen . . .	„ 5,835,130
(darunter Fr. 2,100,000 vom Kanton).	

Obiges Deficit von Fr. 3,072,289 setzt sich zusammen aus Zahlungsrückständen des Perimeters mit Fr. 1,632,299, der Wuhrpflicht mit Fr. 1,418,846 und des Bundes mit Fr. 21,144.

2. Wildbachverbauungen.

1867: Fr. 3368, Beitrag an die Trübbachverbauung.

1877: Fr. 12,110; verschiedene Beiträge an die Erstellung von Thalsperren an der Tamina, bei Eichberg, am Sulzbach (Gemeinde Wartau) etc.; die gesetzliche Basis bilden das Gesetz betreffend Verbauung der Wildbäche und Rufen, vom 12. August 1869 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 15) und Nachtragsgesetz vom 3. April 1877 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 32). Ersteres bestimmt in Art. 3: „Wenn die Unkosten die Kräfte der bisher Pflichtigen und des beteiligten Grundbesitzes übersteigen, so sind die betreffenden politischen Gemeinden beitragspflichtig; und wenn auch die Beihülfe der letz-

teren nicht ausreicht, so wird von Staats wegen ein Beitrag geleistet. Über das Mass der Beteiligung der politischen Gemeinden entscheidet abschliesslich der Regierungsrat und über diejenige des Staates der Grosse Rat.“

1887: Fr. 12,552; davon Fr. 6446 für Vorstudien und Bauleitung, Fr. 4803 Beiträge an Bauten (Steinach und Kaltbrunner Dorfbach), Bestimmungen wie oben.

1897: Fr. 75,940; davon Fr. 18,750, IV. Rate, an die von der Stadt St. Gallen ausgeführte und vom Grossen Rat mit Beschluss vom 15. Mai 1893 mit einer Gesamtsubvention von Fr. 150,000 bedachten Steinachkorrektur, an andere Bauten Fr. 56,789, nämlich Trübbach (Fr. 13,000), Zuzwiler Dorfbach (Fr. 9500), Steinlibach bei Thal (Fr. 8000), Schluchenbach bei Weesen (Fr. 5547) und verschiedene kleinere Unternehmungen; Bestimmungen wie oben.

3. Thurkorrektur.

1837: Fr. 800. Wuhrbauten an der Thur.

1847: Der bezügliche Beitrag ist in Ziffer 1 inbegriffen.

1857: Fr. 850.

1867: Fr. 2200.

1877: Fr. 10,000; davon Fr. 6000 für Förderung des Uferbaus längs der Thur, Fr. 4000 Beitrag an die Korrektur der Thur bei Wattwil.

Massgebend ist das Gesetz betreffend Regelung des Wuhrwesens an der Thur, vom 28. Januar 1869 (G. S., Bd. I N. F., Nr. 3), dessen Art. 2 bestimmt: „Der Staat wird den Korporationen und Privaten für planmässig ausgeführte Neubauten Prämien verabfolgen, welche jedoch den vierten Teil der wirklichen Bauauslagen nicht übersteigen dürfen.“

1887: Fr. 4468, Beiträge an 9 Korporationen und Private, Bestimmungen wie oben.

1897: Fr. 12,500; Bestimmungen wie oben; der Beitrag variiert je nach der Ausdehnung der ausgeführten Arbeiten.

4. Perimeterbeiträge.

1877: Fr. 421; Perimeterbeitrag für Grundbesitz des Staates an die Saar- und Seezkorrektur.

1887: Fr. 1175; wie oben.

1897: Fr. 1632; wie oben.

5. Bodenverbesserungen und Güterzusammenlegungen.

1887: Fr. 17,000; davon Fr. 7000, VIII. Rate, an die vom Grossen Rat mit Schlussnahme vom 11. Juni

1880 subventionierte Bodenverbesserung im Seezgebiet, Fr. 10,000 an die Güterzusammenlegung in Werdenberg. Massgebend ist der Grossratsbeschluss betreffend Förderung der Landwirtschaft, vom 22. Mai 1885 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 74), der in Art. 4 an Bodenverbesserungs- und Güterzusammenlegungsunternehmen Staatsbeiträge bis auf 30 % der Gesamtkosten vorsieht.

1897: Fr. 21,925; davon Fr. 4925 Beiträge an technische Vorarbeiten, Fr. 17,000 an Bauten (Fr. 8000 im Seezgebiet, Fr. 3400 in Schännis, Benken und Uznach, Fr. 3200 in Rieden etc.); Bestimmungen wie oben.

6. Hafen in Rorschach und Steinach.

1837: Fr. 13, Reparatur des Hafens in Rorschach.

1847: Fr. 10,000, die grösseren Auslagen wurden verursacht durch Anlage eines Absonderungsplatzes hinter dem Kaufhaus.

1857: Fr. 2845; wovon Fr. 2263 für Rorschach, Fr. 582 für Steinach.

1867: Fr. 3941.

1877: Fr. 2811.

1887: Fr. 9051, gewöhnlicher Unterhalt und Strandbodenschutz.

1897: Fr. 14,929; davon Fr. 8929 gewöhnlicher Unterhalt und Fr. 6000, II. Rate, für Installation der elektrischen Beleuchtung.

E. Wasserrechtskataster.

1897: Fr. 8047. Durch Art. 16 des Gesetzes betreffend die Benützung der Gewässer, vom 1. Januar 1894 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 1), ist die Erstellung eines kantonalen Wasserrechtskatasters vorgesehen, zur Ermittlung aller zur Zeit bestehenden Wasserrechte.

F. Geometerwesen und Vermessungen.

1837: Fr. 766 für Lithographierung der Rheinstromkarte und für Wuhrungsaugenscheine, abzüglich der Beiträge aus 7 Gemeinden an die Ausmarchung der Hauptstrassen.

1847: Fr. 10,408 für Vermessungen an der Thur, Saar und am Rhein, „Eschmannsche“ Karte und Relief.

1857: Fr. 5450 für Vermessungen im Saar- und Seezgebiet.

1867: —

1877: Fr. 3976 für Revision der topographischen Karte.

1887: Fr. 5855 für topographische Karte und Geometerwesen.

1897: Fr. 12,252; davon Fr. 4100 für topographische Karte, Fr. 7684 für Geometerwesen.

Ausgaben : Volkswirtschaft.

Tab. 13.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
<i>A. Landwirtschaft:</i>							
1. Beiträge an landwirtschaftliche Vereine	550	550	600	1,400	2,300	4,000	5,500
2. Landwirtschaftliche Schule Custerhof	—	—	—	—	—	—	24,538
3. Molkereischule Sornthal	—	—	—	—	—	7,441	—
4. Milchwirtschaft	—	—	—	—	—	1,159	1,638
5. Rindviehzucht	—	4,872	4,558	10,643	11,568	31,029	45,859
6. Pferdezuucht	—		2,183	1,350	3,458	5,636	10,200
7. Kleinviehzucht	—	—	—	—	—	—	4,109
8. Wein-, Obst- und Gemüsebau	—	—	—	—	—	950	2,105
9. Beitrag an die Hagelversicherung	—	—	—	—	—	—	6,997
10. Kurse	—	—	—	—	—	1,000	1,813
11. Stipendien	—	—	—	—	—	150	3,526
12. Beitrag an die Schule in Wädenswil	—	—	—	—	—	—	3,635
13. Beitrag an die Viehassekuranzkasse	—	—	—	15,984	—	—	—
14. Viehseuchenpolizei und Veterinärwesen	—	—	—	11,462	2,276	3,245	28,134
15. Verschiedenes	—	4,448	—	—	—	385	1,557
	550	9,870	7,880	40,839	19,602	54,995	139,610
<i>B. Alp- und Forstwirtschaft:</i>							
1. Oberforstamt (Forstinspektor)	880	3,112	3,402	3,014	5,931	6,199	7,656
2. Bezirksförster	1,357	5,571	4,296	4,425	13,859	15,394	21,504
3. Aufforstungsbeiträge	—	—	—	—	—	981	7,580
4. Beförderung der Privatschutzwaldungen	—	—	—	—	—	19,947	19,561
5. Kurse und Verschiedenes	—	—	78	58	2,542	1,212	1,259
6. Kosten der Staatswaldungen	5,473	6,010	8,636	13,228	44,385	40,576	48,627
7. Alpwirtschaft	—	—	—	—	—	513	21,091
	7,710	14,693	16,412	20,725	66,717	84,822	127,278
<i>C. Jagd und Fischerei</i>	—	—	—	—	711	4,876	12,719
<i>D. Handel, Industrie und Gewerbe:</i>							
1. Beiträge an verschiedene gewerbliche und industrielle Unternehmen laut Spezifikation	—	—	2,600	500	200	23,410	49,652
2. Beaufsichtigung der Sparkassen	—	—	—	—	—	—	965
3. Mass und Gewicht	675	—	—	729	2,425	843	1,085
4. Auslösung der Post	3,973	1,333	—	—	—	—	—
5. Statistik	—	—	—	—	—	—	3,743
	4,648	1,333	2,600	1,229	2,625	24,253	55,445
<i>Total</i>	12,908	25,896	26,892	62,793	89,655	168,946	335,052

Spezifikation.

A. Landwirtschaft.

1. Beiträge an landwirtschaftliche Vereine.

1837: Fr. 550, „Geschenk“ an die landwirtschaftliche Gesellschaft des Kantons.

1847: Fr. 550, dito.

1857: Fr. 600, „Beitrag zu landwirtschaftlichen Zwecken“.

1867: Fr. 1400; davon Fr. 1000 an die *kantonale* landwirtschaftliche Gesellschaft, Fr. 400 an *Bezirksvereine*.

1877: Fr. 2300; davon Fr. 1000 an die kantonale Gesellschaft, Fr. 800 an die Bezirksvereine, Fr. 200 an die schweizerische Milchversuchsstation in Thun, Fr. 300 an die *schweizerische* landwirtschaftliche Gesellschaft.

1887: Fr. 4000; über die Thätigkeit der kantonalen und der 28 subventionierten Bezirks- und Lokalvereine siehe Amtsbericht, S. 231—237.

1897: Fr. 5500; kantonale Gesellschaft Fr. 1100, die übrigen Vereine (siehe Amtsbericht, S. 296) zusammen Fr. 4400 in Einzelbeiträgen von Fr. 15—200.

2. Landwirtschaftliche Schule Custerhof, Rheineck.

1897: Fr. 24,538; wovon Fr. 14,538 Betriebsdeficit und Fr. 10,000 Inventarbeschaffung, I. Rate, wofür vom Grossen Rat zusammen Fr. 15,000 dekretiert wurden. An Stelle der 1896 liquidierten Molkereischule Sornthal (siehe Ziffer 3) trat auf Grund einer Schenkung von Herrn C. Custer-Ritter in Rheineck die landwirtschaftliche Schule Custerhof in Rheineck, über deren Gründung, Inbetriebsetzung und Organisation der Unterrichtsplan und das Reglement von 1896 Aufschluss geben (siehe Amtsblatt 1896, II, S. 200 und 518); die Schule steht unter der Leitung einer Aufsichtskommission; an ihr wirken der Direktor und drei Hauptlehrer nebst verschiedenen Hilfslehrern; die Schülerzahl betrug 1897 in zwei Klassen zusammen 46; Näheres siehe Amtsbericht 1897, S. 293 ff.

3. Molkereischule Sornthal.

1887: Fr. 7441; Deckung des Betriebsdeficits. Durch Grossratsbeschluss vom November 1885 wurde die Gründung einer Molkereischule in Sornthal (Gemeinde Niederbüren) beschlossen Gesamtauslagen; der Anstalt Fr. 11,675, an welche ein Bundesbeitrag von Fr. 3637 geleistet wurde; 1896 erfolgte die Liquidation der Anstalt, an deren Stelle die landwirtschaftliche Schule im Custerhof, Rheineck, mit Filiale in Uznach trat (siehe Ziffer 2 hiavor).

4. Milchwirtschaft.

1887: Fr. 1159, ausgegeben für Inspektion und Prämierung von Käsereien.

1897: Fr. 1638, zu gleichem Zweck, auf Grund des Regulativs von 1890 (Amtsblatt 1890, S. 471).

5. Rindviehzucht.

1837: —

1847: Fr. 4872, für Hornvieh- und Pferdezzucht zusammen, auf Grund der Verordnung betreffend Veredlung der Pferdezzucht, vom 2. März 1840 (Alte G.-S., Bd. VIII, S. 11), womit folgende Prämien festgestellt wurden: 4 Zuchthengste I. Klasse je fl. 132, 6 Zuchthengste II. Klasse je 70 Gulden und 20 Zuchtstuten je 11 Gulden; sowie der Verordnung betreffend Veredlung der Hornviehzucht, vom 2. März 1840 (Alte G.-S., Bd. VIII, S. 14) mit folgenden Prämienansätzen: 10 Zuchtstiere I. Klasse je 30 Gulden, 16 II. Klasse je 15 Gulden, 40 III. Klasse je 10 Gulden, 54 Rinder je 8 Gulden; für jeden Bezirk war eine bestimmte Zahl Prämien reserviert.

1857: Fr. 4558, für Hornviehzucht *allein*; auf Grund einer neuen Verordnung vom 14. Juni 1848 (Alte G.-S., Bd. IX, S. 428) mit gleichen Prämienansätzen für die verschiedenen Klassen, aber Erhöhung der Prämienzahl: I. Klasse 11 Zuchtstiere, II. Klasse 28, III. Klasse 46, Zuchtrinder 76, genau verteilt unter die einzelnen Bezirke.

1867: Fr. 10,643, auf Grund der Verordnung vom 5. September 1864 (G.-S., Bd. II, Nr. 129), welche ihrerseits an Stelle einer bezüglichen Verordnung vom 15. September 1858 getreten war. Hierbei wurden (Art. 3) genau fixierte Prämienbeträge für Zuchtstiere (zusammen Fr. 7500), Zuchtrinder (Fr. 1860) und Kühe (Fr. 650) unter 10 Schauorte verteilt, unter Festsetzung bestimmter Grundsätze für die Prämierung in Art. 4.

1877: Fr. 11,568, auf Grund des an Stelle der bisherigen Verordnung erlassenen *Gesetzes* betreffend Veredlung der Rindviehzucht, vom 11. August 1870 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 63 und 70), in Art. 10 desselben ist für Prämierungen eine Totalsumme von Fr. 10,000 fixiert; der Rest ist auf Schaukosten zurückzuführen.

1887: Fr. 31,029, auf Grund eines abermaligen neuen Gesetzes vom 3. Juli 1883 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 31) und Nachtragsgesetz vom 4. Januar 1886 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 5), wodurch (Art. 10 und 11) der Gesamtbeitrag an Prämien auf Fr. 20,000 und die Unterstützung an die öffentliche Zuchtstierhaltung der Gemeinden auf Fr. 10,000 festgesetzt wird; für die

Durchführung der Schauen ist der Kanton in Schaukreise eingeteilt und die Bestellung einer kantonalen Schaukommission vorgesehen.

1897: Fr. 45,839, wovon Fr. 29,955 an Bezirksviehschauen auf Grund des bisherigen Gesetzes; Fr. 4049 Prämierung von Zuchtbeständen; Fr. 5578 Schaukosten; Fr. 3500 Beitrag an Gemeinde- und Jungviehschauen; Fr. 1234 Herdebuch; Fr. 1542 Beitrag an Zuchtgenossenschaften.

Durch Gesetz vom 19. Juli 1899 (G.-S., Bd. VIII N. F., Nr. 8) hat die staatliche Unterstützung der Rindviehzucht eine neue Regelung gefunden mit abermaliger Beitragserhöhung — wenigstens Fr. 40,000 per Jahr.

6. Pferdezeit.

1837: —

1847: In Ziffer 5 oben inbegriffen.

1857: Fr. 2183, auf Grund der sub Ziffer 5 erwähnten Verordnung vom 2. März 1840 (Alte G.-S., Bd. VIII, S. 14).

1867: Fr. 1350, auf Grund einer neuen Verordnung betreffend Verbesserung der Pferdezeit, vom 25. Februar 1867 (G.-S., Bd. II, Nr. 132); Art. 28 setzt folgende Prämien fest: Zuchthengste 8 Prämien à Fr. 125 bis 300, Zuchtstuten 35 à Fr. 30—75, Hengstfohlen 10 à Fr. 20—40.

1877: Fr. 3458; Bestimmungen wie oben.

1887: Fr. 5636, auf Grund einer neuen Verordnung vom 2. Dezember 1881 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 110). Art. 1 überträgt die jeweilige Kreditfestsetzung dem Grossen Rate. Von obiger Summe entfallen Fr. 4000 auf Prämien, und zwar Fr. 1535 auf Hengste und Fr. 2465 auf Stuten, und Fr. 1000 auf Einfuhr von Zuchthengsten.

1897: Fr. 10,200; davon Fr. 5000 Prämien; Fr. 3000 Beitrag an die Fohlensommerung; Fr. 1600 Beitrag an die Haltung von Depothengsten und Einfuhr von Zuchtstuten; Bestimmungen wie oben.

7. Kleinviehzeit.

1897: Fr. 4109; davon Prämien Fr. 3360, Rest für Schaukosten, siehe Regulativ, Amtsblatt 1897, II, S. 185.

8. Wein-, Obst- und Gemüsebau.

1887: Fr. 950, für Obstbaustatistik und Bekämpfung der Rebenschädlinge.

1897: Fr. 2105; davon Fr. 379 für Obst- und Gemüsebau; Fr. 1726 für Bekämpfung und Kontrolle der Rebkrankheiten. Durch Gesetz betreffend Massnahmen gegen die Reblaus, vom 27. Dezember 1897

(G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 74) ist die Anlage eines Rebkatasters und Gründung eines Rebbaufonds mit Beitragsleistungen des Staates und der Rebenbesitzer vorgesehen worden.

9. Beitrag an die Hagelversicherung.

1897: Fr. 6997. Seit einer Reihe von Jahren ist vom Regierungsrat alljährlich mit der Schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft ein Vertrag abgeschlossen worden, womit der Staat den bei dieser Gesellschaft Versicherten die Beiprämien und 20 % der Normalprämien, sowie die Policekosten vergütet.

10. Kurse.

1887: Fr. 1000 für Specialkurse.

1897: Fr. 1813, dito.

11. Stipendien.

1887: Fr. 150.

1897: Fr. 3526, für Stipendien an St. Gallische Zöglinge landwirtschaftlicher Fachschulen, namentlich des Custerhofes und des eidg. Polytechnikums.

12. Beitrag an die deutschschweizerische Obst-, Wein- und Gartenbauschule in Wädenswil.

1897: Fr. 3635. Durch Vertrag vom Jahre 1890 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 101) zwischen einer Anzahl deutschschweizerischer Kantone wurde die Gründung der deutschschweizerischen Obst-, Wein- und Gartenbauschule in Wädenswil beschlossen, deren Kosten von den beteiligten Kantonen gemäss Art. 6 nach bestimmten Prozentsätzen getragen werden (Zürich 36 %, Thurgau und St. Gallen je 14½ %, Bern 10 % etc.).

13. Beitrag an die Viehassekuranzkasse.

1867: Fr. 15,984. Am 1. Dezember 1866 (G.-S., Bd. II, Nr. 133) erliess der Grosse Rat ein Gesetz betreffend das Viehversicherungswesen. Durch dieses Gesetz sollte eine kantonale Kasse gegründet werden zum Zwecke: die Eigentümer von Rindvieh, welches

- a. an gefährlichen, seuchenartigen Krankheiten zu Grunde gegangen, oder
 - b. als, von einer gefährlichen Seuche angesteckt, verdächtig oder
 - c. behufs Verhinderung der Verbreitung der Seuche oder aus andern Gründen auf polizeiliche Anordnung abgeschlachtet werden musste,
- zu entschädigen.

Als solche gefährliche seuchenartige Krankheiten wurden erklärt: der Milzbrand mit seinen Abarten, die Lungenseuche und die Rinderpest.

Die Kasse wurde alimentiert:

- a. durch Zuschuss eines Kapitals von Fr. 50,000 aus dem Salzfonds;
- b. durch einen jährlichen Beitrag der Viehbesitzer von 20 Rp. per Stück Vieh;
- c. aus einem Anteil von 15 Rp. am Ertrag der Viehgesundheitsscheine zur Taxe von 30 Rp.

Sollten die Erträge dieser Kasse zur Deckung der Unterstützungen nicht hinreichen und der Fonds von Fr. 50,000 angegriffen werden müssen, so hätte die Staatskasse den Mehrbetrag zuzuschüssen.

Die ausserordentlich hohe Belastung der Staatskasse durch dieses Gesetz — während seines Bestandes 1867—1869 hatte die Staatskasse Fr. 56,711 zu leisten — veranlasste den Grossen Rat am 27. November 1868, statt auf eine Revision des Gesetzes einzutreten, das letztere aufzuheben. Im Jahr 1869 wurde ein neues Gesetz erlassen (19. Dezember 1869). Die Entschädigungspflicht der in Aussicht genommenen kantonalen Viehversicherungskasse blieb auf Fälle von Lungenseuche, Rinderpest und Milzbrand beschränkt, doch sollte für an Milzbrand umgestandenes Vieh nur dann Entschädigung geleistet werden, wenn derselbe epidemisch auftreten würde. Dem Salzfonds sollten Fr. 100,000 statt nur Fr. 50,000 entnommen werden. Aus den allfälligen Überschüssen der ordentlichen Einnahmen sollte ein Reservefonds gegründet werden. Wenn dieser die Höhe von Fr. 300,000 erreicht haben würde, sollten weitere Überschüsse zur Unterstützung von Gemeindeviehassekuranzen verwendet werden.

Das am 18. November 1869 erlassene Gesetz wurde unterm 20. Februar 1870 vom Volke mit 17,639 gegen 8410 Stimmen verworfen. Es folgte dann das Bundesgesetz vom 3. Februar 1872 über polizeiliche Massregeln gegen Viehseuchen, welches den Viehbesitzern Anspruch auf einen angemessenen, durch die Kantone zu leistenden Beitrag an den Schaden zusichert, wenn zur Bekämpfung einer Seuche das Töten von Tieren polizeilich angeordnet wird.

Den Kantonen selbst ersetzt die Bundeskasse ihre diesfallsigen Opfer zur Hälfte, wenn dieselben aus Massregeln gegen die Rinderpest herrühren. An den Schaden aus Massregeln gegen die Lungenseuche leistet dagegen der Bund nur einen Beitrag, wenn dieselben unverhältnismässig grosse Opfer erfordern.

Zur Ausführung dieses Bundesgesetzes folgten sich am 17. Januar 1873 die bundesrätliche Verordnung betreffend polizeiliche Massregeln zur Tilgung der Maul- und Klauenseuche und am 3. März 1873 die kantonale Verordnung betreffend polizeiliche Massregeln gegen

Viehseuchen. Diese Verordnung (G.-S., Bd. II N. F., Nr. 51) schuf eine kantonale Viehseuchenkassa und bestimmte in Art. 19—21, dass dieselbe, bezw. der Kanton, den Viehbesitzern Entschädigung zu leisten habe, wenn bei Auftreten von Rinderpest oder Lungenseuche auf polizeiliche Anordnung gesunde oder kranke Tiere beseitigt werden, und setzt für beide Fälle das Mass dieser Entschädigung fest. Diese Bestimmungen sind seither durch diejenigen von 1888 (G.-S., Bd. V N. F. Nr. 55), bezw. 1895 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 28) ersetzt worden. Mit Botschaft vom 22. April 1885 (Amtsblatt 1885, S. 241) gelangte der Regierungsrat mit dem Antrage an den Grossen Rat, auf eine Petition um Einführung der obligatorischen Viehversicherung nicht einzutreten, dagegen die bestehenden freiwilligen Viehversicherungsgesellschaften aus Staatsmitteln zu unterstützen. Der Grosse Rat trat am 26. November 1885 dieser Ansicht bei (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 84) und votierte einen jährlichen Beitrag von Fr. 15,000 aus dem kantonalen Viehseuchenfonds an die Viehversicherungsgesellschaften, verteilbar nach der Anzahl der versicherten über sechs Monate alten Tiere, unter spezieller Berücksichtigung der in besonders starkem Masse von Schadensfällen betroffenen Gesellschaften. Ein zufolge Botschaft des Regierungsrates vom 4. Mai 1895 (siehe Amtsblatt 1895, I, S. 417) vom Grossen Rat erlassenes Gesetz betreffend Einführung der obligatorischen Viehversicherung mit wesentlich erhöhten kantonalen und Bundesbeiträgen — siehe Amtsblatt 1896, I, S. 445 — wurde in der Abstimmung vom 28. Juni 1896 mit 17,545 gegen 16,314 Stimmen verworfen.

14. Viehseuchenpolizei und Veterinärwesen.

1867: Fr. 11,462, einschliesslich einer Ausgabe von Fr. 9932 für Bekämpfung der Rinderpest.

1877: Fr. 2276.

1887: Fr. 3245.

1897: Fr. 28,134; davon Fr. 18,321 für Veterinärpolizei, Fr. 5674 für die vom Grossen Rat am 23. November 1892 geschaffenen Stelle des Kantonstierarztes, Fr. 1600 für Bezirkstierärzte.

15. Verschiedenes.

1847: Fr. 4448; wovon Fr. 4000 Prämien für Erstellung von Dörröfen, Fr. 350 für Ankauf amerikanischen Kartoffelsamens.

1857: Fr. 539, Kosten der Viehzählung.

1887: Fr. 385, Druckkosten.

1897: Fr. 1557.

B. Alp- und Forstwirtschaft.

1. Oberforstamt (früher Forstinspektor).

1837: Fr. 880, siehe hierüber Gesetz betreffend die Forstordnung vom 23. August 1838, Art. 4 (Schlumpf, S. 1137).

1847: Fr. 3112, Gesetz wie oben.

1857: Fr. 3402, Gesetz betreffend das Forstwesen, vom 14. August 1851 (G.-S., Bd. II, Nr. 139), Art. 3.

1867: Fr. 3014, Gesetz wie oben.

1877: Fr. 5931, wovon Fr. 4000 Gehalt; Gesetz betreffend das Forstwesen vom 15. Januar 1877 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 23), Art. 7 und 8, welche als kantonales Forstpersonal einen Oberförster und 4 Bezirksförster vorsehen.

1887: Fr. 6199, wovon Fr. 4000 Gehalt, Gesetz wie oben.

1897: Fr. 7656, wovon Fr. 5000 Gehalt, Gesetz wie oben.

2. Bezirksförster.

1837: Fr. 1357; siehe das sub Ziffer 1 citierte Gesetz; 1837 bestanden noch drei kantonale Bannwarte.

1847: Fr. 5571; Gesetz wie oben.

1857: Fr. 4296; siehe das sub Ziffer 1 citierte Gesetz, das neben dem Forstinspektor 2 Bezirksförster vorsieht.

1867: Fr. 4425; Gesetz wie oben.

1877: Fr. 13,859; siehe das bei Ziffer 1 citierte Gesetz; Gehalt der 4 Bezirksförster je Fr. 2500.

1887: Fr. 15,394; Gesetz wie oben; 4 Gehalte à Fr. 2500—3000.

1897: Fr. 21,504; Gesetz wie oben; 4 Gehalte à Fr. 4000, Rest Bureaukosten und Reiseentschädigungen.

3. Aufforstungsbeiträge.

1887: Fr. 981, Beiträge an verschiedene Gemeinden und Private.

1897: Fr. 7580, wie oben; über das Detail siehe Amtsbericht, S. 320; die Beiträge (15—50 %) verteilen sich auf 14 verschiedene Projekte mit zusammen Fr. 21,101 Kostenvoranschlag, an welche gleichzeitig Fr. 4630 Bundesbeiträge zuerkannt wurden.

4. Beförderung der Privatschutzwaldungen.

1887: Fr. 19,947; diese Ausgaben erwuchsen infolge des Nachtragsgesetzes zum Forstgesetz vom 1. Januar 1884 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 44) „zur Erleichterung der Lasten der Privatschutzwaldbesitzer“, wie der Ingress des Gesetzes sagt; siehe Botschaft im Amtsblatt von 1881, S. 906; Umfang der Privatschutzwaldungen 12,367 ha.

1897: Fr. 19,561; Gesetz wie oben; Umfang dieser Waldungen 12,227 ha.

5. Kurse und Verschiedenes.

1857: Fr. 78; für Forstfreveljuztiz.

1867: Fr. 58; für Forstfreveljuztiz.

1877: Fr. 2542; für Abhaltung eines Kreisförsterkurses.

1887: Fr. 1212; darunter Fr. 305 für Kurse und Fr. 906 für Wirtschaftspläne.

1897: Fr. 1259.

6. Kosten der Staatswaldungen.

1837: Fr. 5473 zusammen: für Fuhr- und Abholzungslohne, Administrations- und Kulturkosten, Waldstrassen- und Tratrechtsauslösungen.

1847: Fr. 6010 zusammen; für Besoldung der Bannwarte, Schlagen und Aufmachen des Holzes, Transport, Steuern etc.

1857: Fr. 8636 zusammen; für oben erwähnte Rubriken.

1867: Fr. 13,228; wie oben, entsprechend dem Anwachsen des Staatswaldareals.

1877: Fr. 44,385; davon Fr. 26,743 für Aufmachen und Transport.

1887: Fr. 40,576; davon Fr. 24,302 für Aufmachen, Fr. 13,884 für Forstverbesserungen.

1897: Fr. 48,627; davon Fr. 20,363 Holzerntekosten, Fr. 17,293 für Forstverbesserungen, Fr. 7000 an den Waldbaufonds, der im Jahre 1874 gegründet worden ist, mit der Ermächtigung an den Regierungsrat, „zum Zwecke geeigneter Arrondierung der Staatswaldungen kleinere Parzellen desselben zu veräußern, und den Erlös zum Ankauf von Waldungen in geeigneten Lagen zu verwenden“.

7. Alpwirtschaft.

1887: Fr. 513; für Prämiierung von Alpen.

1897: Fr. 21,091; davon Fr. 19,091 für Alpverbesserungen, Fr. 2000 für Inspektion und Prämiierung von Alpen, siehe Regulativ betreffend Förderung der Alpwirtschaft, vom 14. April 1892 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 32); hiernach (Art. 17) werden Staatsbeiträge von 10—40 % an die Ausführungskosten folgender Alpverbesserungen zugesichert:

- a. für Verbesserungen an Grund und Boden durch Sicherung gegen Abrutschung, Verrüfung und Lawinen, durch Entwässerung, Bewässerung, Bewaldung und Sicherung des oberen Waldsaumes, Räumen von Steinen, Säubern von Unkraut etc.;

b. für Verbesserungen in der Bewirtschaftung durch Regelung der Eigentums- und Benützungsverhältnisse, Erstellung rationeller Alpwege, Stallungen und Hütteneinrichtungen, Errichtung von Mauern oder Lebhägen an Stelle der toten Zäune, Anlegung von Alpwiesen, Wasserversorgung etc.

Daneben finden alpwirtschaftliche Kurse und alljährliche Inspektionen der Alpen durch regierungsrätlich ernannte Experten, mit nachfolgender Prämierung auf Grund der Vorschläge der letztern statt.

Die Beiträge pro 1897 verteilen sich auf 17 Projekte (20 bis 25 % der Kosten, an welche Fr. 18,876 Bundesbeiträge zuerkannt wurden).

C. Jagd und Fischerei.

1877: Fr. 711; Prämien für Vertilgung schädlicher Tiere.

1887: Fr. 4876; davon Fr. 2600 Besoldung der 2 Freibergthüter; Fr. 2045 Schussprämien und Streiftouren; Fr. 231 für Fischerei.

1897: Fr. 12,719; davon Fr. 3957 Besoldung der 3 Freibergthüter; Fr. 3570 für Schussprämien und Streiftouren; Fr. 5192 für Fischereiaufsicht und Förderung der Fischzucht.

D. Handel, Industrie und Gewerbe.

1. Beiträge an verschiedene gewerbliche und industrielle Unternehmen.

1857: Fr. 2600; Beiträge an die schweiz. Ausstellung in Bern.

1867: Fr. 500; Beiträge an Fachmänner zum Besuch der Pariser Weltausstellung.

1877: Fr. 200; Beitrag an den Gewerbeverein St. Gallen.

1887: Fr. 23,410; davon Fr. 10,000, III. Rate an den Bau des Industrie- und Gewerbemuseums St. Gallen, laut Grossratsbeschluss vom 11. November 1884, Gesamtbeitrag Fr. 75,000; Fr. 10,000, V. Rate an den Betrieb des Industrie- und Gewerbemuseums St. Gallen, laut Grossratsbeschluss vom 1. Dezember 1882, Gesamtbeitrag Fr. 50,000; Fr. 2000, IV. Rate an die toggenburgische Webschule in Wattwil, eine Schöpfung der kantonalen gemeinnützigen Gesellschaft, laut Grossratsbeschluss vom 21. November 1883, Gesamtbeitrag Fr. 10,000; Rest: kleinere Beiträge: Fr. 600 an den Gewerbeverein St. Gallen; Fr. 500 an die Korbflechterschule in Kriesseren.

1897: Fr. 49,652, davon Fr. 12,000, V. Rate der III. Staatsbeitragsserie von zusammen Fr. 60,000 an das Industrie- und Gewerbemuseum in St. Gallen, laut

Grossratsbeschluss vom 23. November 1892, frühere Subventionen Fr. 160,000, durch Grossratsbeschluss vom 16. November 1897 wurden die Jahresraten auf Fr. 17,000 erhöht; Fr. 2500, IV. Rate der II. Beitragsserie von zusammen Fr. 12,500 an die toggenburgische Webschule in Wattwil, laut Grossratsbeschluss vom 23. November 1893, frühere Beiträge Fr. 24,500; Fr. 4000, Beitrag an die Frauenarbeitschule St. Gallen, eine vom Schulrat der Stadt St. Gallen mit Kantons- und Bundessubvention geschaffene Lehranstalt; Fr. 6000 an die Stickfachschulen; Fr. 2000 an das st. gallische Gewerbewesen; Fr. 14,833, Beiträge an die in den einzelnen Gemeinden bestehenden gewerblichen Fortbildungsschulen, laut Regulativ vom 8. Januar 1892 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 29); Fr. 1000 an den kaufmännischen Verein St. Gallen; Fr. 3600 Stipendien an Zöglinge gewerblicher Fachschulen (durchschnittlich Fr. 300 per Jahr) u. s. w.

2. Beaufsichtigung der Sparkassen.

1897: Fr. 965. Durch Gesetz über die Sparkassen vom 27. Juni 1892 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 38), wurden die öffentlichen Sparkassen der staatlichen Aufsicht unterstellt und zur Leistung einer Supergarantie von 10 bzw. 110 % der eingelegten Sparkassekapitalien angehalten; obige Fr. 965 sind Kosten, die durch diese Aufsicht erwachsen sind.

3. Mass und Gewicht.

1837: Fr. 675; Anschaffung der neuen Mustermasse und Gewichte.

1847 und 1857: —

1867: Fr. 729; Gehalt des Inspektors.

1877: Fr. 2425; Gehalt des Inspektors (Fr. 600) und Verschiedenes.

1887: Fr. 843 (Fr. 600 Gehalt).

1897: Fr. 1085, wie oben.

4. Auslösung der Post.

1837: Fr. 3973; Vergütung an das kaufmännische Direktorium in St. Gallen für Auslösung des Postmaterials.

1847: Fr. 1333; Vergütung laut Vertrag, wegen der vom Kanton St. Gallen zur Besorgung übernommenen Post im Kanton Schwyz.

5. Statistik.

1897: Fr. 3743. Honorierung freiwilliger statistischer Arbeiten. Im Jahre 1887 war die vom Regierungsrat beantragte Schaffung eines kantonalen statistischen Bureaus vom Grossen Rat abgelehnt worden.

Ausgaben: Inneres und Unterstützungswesen.

Tab. 11.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Besorgung des Kommunalwesens	—	—	—	—	—	1,779	2,775
2. Civilstandswesen und Einbürgerung	—	—	736	300	—	1,256	574
3. Alkoholzehntel zur Bekämpfung des Alkoholismus	—	—	—	—	—	—	49,314
4. Beiträge an steuerbelastete Gemeinden	—	—	—	—	—	—	10,000
5. Beiträge zu humanitären Zwecken:							
a. Taubstummenanstalt St. Gallen	—	—	—	—	2,000	1,000	6,000
b. Unterstützung taubstummer und blinder Kinder	—	—	—	—	—	2,150	5,820
c. Arbeitslosenversicherung, Beitrag	—	—	—	—	—	—	3,000
d. Rettungsanstalten, Beiträge	—	—	—	—	—	3,000	5,000
e. Waisenanstalten	—	—	—	—	—	8,973	—
f. Unterstützungen an Pensionäre, Geduldete, politische Flüchtlinge etc.	14,134	12,822	4,705	2,695	787	412	—
<i>Total</i>	14,134	12,822	5,441	2,995	2,787	18,570	82,483

Spezifikation.

1. Besorgung des Kommunalwesens.

1887: Fr. 1779, Untersuchungskosten in Kommunal-sachen.

1897: Fr. 2775, wie oben; auf Grund der Gebühren-ordnung für die Bezirksämter, vom 30. Dezember 1892 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 50).

2. Civilstandswesen und Einbürgerung.

1857: Fr. 736, für Einbürgerung eines Heimatlosen.

1867: Fr. 300, wie oben.

1877: —

1887: Fr. 1256; wovon Fr. 856 Inspektionskosten für das Civilstandswesen, Fr. 400 für Einbürgerung eines Heimatlosen.

1897: Fr. 574, Inspektionskosten.

3. Alkoholzehntel zur Bekämpfung des Alkoholismus.

1897: Fr. 49,314; auf Grund von Art. 32^{bis} der Bundesverfassung und Gesetz betreffend das Alkohol-

monopol (Eidg. G.-S., Bd. VIII, 349 und X., 60). Der Grosse Rat verfügt jeweilen durch Specialbeschluss auf Antrag des Regierungsrates über den Alkoholzehntel des vorhergehenden Jahres. Für das Jahr 1897 wurde durch Grossratsbeschluss vom Mai 1897 folgende Ver-fügung festgesetzt:

1. an die Besserungsanstalt für Knaben in Ober-uzwil Fr. 12,000. —
2. zur Äufnung des Fonds für not-arme Irren „ 8,000. —
3. für Leselokale „ 3,000. —
4. für die Unterbringung von Per-sonen in Trinkerheilstätten oder in Zwangsarbeitsanstalten „ 3,000. —
5. für Versorgung verwahrloster Kinder, an Kinderhorte und Ret-tungsanstalten „ 3,500. —
6. für Schulsuppenanstalten und Ferienkolonien „ 3,000. —
7. an die Hilfsgesellschaft der Stadt St. Gallen „ 1,000. —

Übertrag Fr. 33,500. —

	Übertrag	Fr. 33,500. —
8. an die Anstalten zum „Guten Hirten“ in Altstätten u. „Iddaheim“ bei Lütisburg je Fr. 500	„	1,000. —
9. an den Baufonds der Taubstummenanstalt St. Gallen	„	4,000. —
10. an die Betriebskosten der Koch- u. Haushaltungsschule in St. Gallen	„	3,000. —
11. an Kochkurse auf dem Lande	„	1,000. —
12. zur Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen nach dem Ermessen des Regierungsrates	„	1,309. 10
Total		Fr. 43,809. 10

4. Beiträge an steuerbelastete Gemeinden.

1897: Fr. 10,000. Zuzufolge einer vom Grossen Rat am 16. Mai 1894 erheblich erklärten Motion wurde seit 1894 alljährlich ein Betrag von Fr. 10,000 (seit 1898 Fr. 15,000) ins Budget eingesetzt zur Verteilung an die mit Polizei- und Armensteuern schwer belasteten Gemeinden. 1897 participierten hieran 34 Gemeinden mit Einzelbeträgen von Fr. 200—480 in der Weise, dass für jeden eine bestimmte Normalsteuer (60 Rappen von Fr. 100) übersteigenden Steuerrappen ein entsprechender Beitrag zuerkannt wurde. Seit 1900 wird nurmehr die Belastung mit Armensteuern in Berücksichtigung gezogen.

5. Beiträge zu humanitären Zwecken.

a. Taubstummenanstalt St. Gallen.

1877: Fr. 2000 Beitrag an die bauliche Erweiterung; die Taubstummenanstalt St. Gallen ist eine Schöpfung freiwilliger Privatwohlthätigkeit, unterhalten vom „Verein für Taubstummenbildung“ und subventioniert von Staat und Gemeinde.

1887: Fr. 1000, Beitragsleistung an den Betrieb.

1897: Fr. 6000, Beitrag an die Erweiterung der Anstalt (nebst einem Beitrag von Fr. 4000 aus dem Alkoholzehntel), siehe Budgetbotschaft, Amtsblatt 1896, II, S. 418).

b. Unterstützung an die Bildungskosten taubstummer und blinder Kinder.

1887: Fr. 2150; zum erstenmal 1884, nebst Beiträgen aus den Zinsen des Kantonalarmenfonds (Fr. 1000); unterstützt wurden 31 Personen.

1897: Fr. 5820, wie oben.

c. Beitrag an die Kosten der Arbeitslosenversicherung.

1897: Fr. 3000. Durch Gesetz vom 25. Juni 1894 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 8) wurde den politischen Gemeinden das Recht eingeräumt, für sich allein oder in Verbindung mit andern Gemeinden die *obligatorische*

Versicherung aller männlichen Lohnarbeiter mit einem durchschnittlichen Tagelohn bis auf Fr. 5 einzuführen, unter finanzieller Mithilfe des Staates (Art. 8 und 9); in der Gemeinde St. Gallen bildete sich auf Grund dieses Gesetzes und zufolge Beschluss der Bürgerversammlung im Jahre 1895 eine solche Arbeitslosenversicherungskasse, die aber im Jahre 1898 wieder aufgehoben wurde; siehe hierüber die Arbeiten von Zuppinger und Dr. Hoffmann.

d. Beiträge an Rettungsanstalten.

1887: Fr. 3000; Verteilung an 5 Anstalten: Thurhof (kath.), Feldle (St. Gallen), Stauden-Grabs, Hochsteig-Wattwil und Wyden-Balgach (evang.), auf Grund des Regierungsratsbeschlusses vom 18. Oktober 1883 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 39); die Hälfte zu gleichen Teilen, die andere Hälfte nach der Zahl der Zöglinge.

1897: Fr. 5000, an die gleichen fünf Anstalten; auf Grund eines neuen Regulativs vom 24. Januar 1893 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 55): $\frac{1}{4}$ zu gleichen Teilen, $\frac{3}{4}$ nach der Zahl der Zöglinge.

e. Beiträge an Waisenanstalten.

1887: Fr. 8973; wovon Fr. 8000 an die Anstalt in Vilters, auf Grund eines speciellen Grossratsbeschlusses vom November 1886, und Fr. 973 an diejenige in Wattwil, zufolge Grossratsbeschluss vom 18. November 1885.

f. Unterstützungen an Pensionäre, Geduldete, Flüchtlinge etc.

1837: Fr. 14,134; davon Fr. 2932 an Pensionen für einen Beamten des ehemaligen Fürststabs und drei helvetische Invalide, Fr. 11,212 Unterstützungen an „Geduldete“, zufolge Gesetz betreffend heimatlose Fremde und Findelkinder, vom 11. Mai 1810, Art. 3 (Schlumpf, S. 929).

1847: Fr. 12,822; davon Fr. 12,299 Unterstützungen an „Geduldete“, auf Grund obigen Gesetzes und Fr. 522 an drei helvetische Invalide.

1857: Fr. 4705; wovon Fr. 4365 Unterstützungen an „Geduldete“, Fr. 340 Pensionen an drei helvetische Invalide.

1867: Fr. 2695; wovon Fr. 1575 Unterstützungen an „Geduldete“, Fr. 340 an zwei helvetische Invalide, Fr. 780 an politische Flüchtlinge.

1877: Fr. 787, Unterstützungen an „Geduldete“.

1887: Fr. 412, Unterstützungen an „Geduldete“.

1897: —

Zu Unterstützungszwecken verschiedener Art existieren neben den Zuwendungen aus der laufenden Rechnung eine Reihe von Specialfonds, bezüglich deren Zweckbestimmung und Verwendung auf die Ausführungen zur Tabelle 24 zu verweisen ist.

Ausgaben: Erziehungswesen.

Tab. 15.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
A. Verwaltungskosten	—	—	—	12,233	16,530	22,166	29,301
B. Volksschulwesen:							
1. Alterszulagen	—	—	—	—	—	—	63,400
2. Lehrerkonferenzen	—	—	—	1,790	2,649	3,886	4,679
3. Lehrerpensionskasse	—	—	—	2,500	9,600	10,840	18,000
4. Beiträge an Schulhausbauten	—	—	—	4,600	11,920	23,630	40,000
5. Obligatorische Lehrmittel	—	—	—	—	298	—	32,995
6. Beiträge an die Rechnungsdefi- cite und Fonds	—	—	—	25,310	50,270	60,000	100,000
7. Beiträge an die Sekundarschulen	—	—	—	9,950	12,000	22,000	55,000
8. Beiträge an die Fortbildungs- schulen	—	—	—	—	5,180	12,000	13,884
9. Beiträge an Schulerweiterungen	—	—	—	6,300	—	—	—
10. Beiträge an die Arbeitsschulen	—	—	—	—	1,860	1,802	1,600
11. Verschiedenes (Lehrerbiblio- theken etc.)	—	—	—	2,953	1,100	2,245	1,900
12. Totalbeitrag an die beiden Kon- fessionen	16,000	16,000	20,000	—	—	—	—
	16,000	16,000	20,000	53,403	94,877	136,403	331,458
C. Höhere Lehranstalten:							
Lehrerseminar	—	—	—	34,916	45,710	54,273	59,969
Kantonsschule	—	—	8,000	84,010	109,877	122,544	169,909
	—	—	8,000	118,926	155,587	176,817	229,878
D. Stipendien für höhere Studien	—	—	—	—	—	—	4,000
E. Beiträge an wissenschaftliche Vereine und Institute	—	—	—	550	2,600	4,200	5,400
Total	16,000	16,000	28,000	185,112	269,594	339,586	600,037

Spezifikation.

A. Verwaltungskosten.

1867: Fr. 12,233; davon Fr. 2328 an Erziehungs-
rat, Fr. 7262 an Bezirksschulräte, Fr. 937 an Experten,
Fr. 1705 Bureaukosten; alles auf Grund des Gesetzes
über das Erziehungswesen, vom 8. Februar 1862 (G.-S.,
Bd. II, Nr. 1).

1877: Fr. 16,530; davon Fr. 1764 an Erziehungs-
rat, Fr. 11,389 an Bezirksschulräte, Fr. 2626 Bureau-
kosten. Gesetz wie oben.

1887: Fr. 22,166; davon Fr. 2100 Erziehungsrat,
Fr. 15,688 Bezirksschulräte und Arbeitsschulinspek-
torinnen, Fr. 3222 Bureaukosten. Gesetz wie oben.

1897: Fr. 29,301; davon Fr. 3427 Erziehungsrat,

Fr. 20,283 Bezirksschulräte und Arbeitsschulinspek-
tionen, Fr. 4099 Bureaukosten.

B. Volksschulwesen.

1. Gehaltszulagen an die Lehrer.

1897: Fr. 63,400. Die Ausrichtung der Lehrer-
gehälter ist grundsätzlich Sache der Schulgemeinden
und durch Gesetz vom 15. Januar 1877 (G.-S., Bd. III
N. F., Nr. 22) sind die Minimalgehälter festgesetzt auf
Fr. 850 für Lehrer an Halbjahrschulen und auf Fr. 1300
für Lehrer an Dreivierteljahrschulen und Jahrschulen.
Durch Gesetz vom 27. Juni 1892 (G.-S., Bd. VI N. F.,
Nr. 39) sind sodann staatliche Alterszulagen von Fr. 100
für Lehrer mit 10 und mehr Dienstjahren und Fr. 200
für Lehrer mit 20 und mehr Dienstjahren per Jahr
festgesetzt worden.

2. Lehrerkonferenzen.

1867: Fr. 1790. Durch Art. 58 — 60 des Erziehungsgesetzes vom 8. Februar 1862 (G.-S., Bd. II N. F., Nr. 1) sind einerseits bezirkswise Konferenzen und anderseits eine alle zwei Jahre stattfindende kantonale Delegiertenversammlung von Abgeordneten der Bezirkskonferenzen vorgesehen, deren Teilnehmer aus der Staatskasse entschädigt werden.

1877: Fr. 2649. Wie oben.

1887: Fr. 3806. Wie oben.

1897: Fr. 4679. Wie oben.

3. Lehrerspensionskasse.

1867: Fr. 2500. Durch Art. 68 des Erziehungsgesetzes vom 2. Mai 1862 (G.-S., Bd. II, Nr. 1) wurde die Vereinigung der bisher separat bestandenen konfessionellen Lehrerspensionskassen zu einer einheitlichen kantonalen Kasse und die nachherige Unterstützung derselben durch den Staat vorgesehen.

1877: Fr. 9600. Gesetz wie oben: durch die Statuten der Lehrerspensionskasse vom 19. November 1877 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 45), Art. 6, litt. c, wurde ein Staatsbeitrag von Fr. 20 für jedes Mitglied festgesetzt.

1887: Fr. 10,840; Staatsbeitrag per Mitglied Fr. 20, laut Art. 6, litt. c, der Statuten vom 25. Oktober 1886 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 21).

1897: Fr. 18,000; Staatsbeitrag per Mitglied Fr. 30, laut Art. 4, litt. d, der Statuten vom 25. Februar 1896 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 46).

4. Beiträge an Schulhausbauten.

1867: Fr. 4600 an 4 Gemeinden: Schmerikon, Jona, Wagen und Vilters; ohne bestimmtes Regulativ.

1877: Fr. 11,920 an evangelisch Schmitter, katholisch Marbach, Warmesberg, Oberriet (Fr. 4000), Laad-Nesslau, evangelisch Hemberg, Flawil (Fr. 2500), Gossau, Andwil. Das Regulativ vom 13. November 1877, Art. 22 ff. (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 47) stipuliert Beiträge von 5—20 % der Baukosten.

1887: Fr. 23,630. Durch Regulativ vom 8. Januar 1885 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 64), Art. 24, sind Beiträge von 5—25 % vorgesehen; über die Verteilung obigen Beitrages vergleiche Amtsbericht S. 143. Die grössten Beträge fallen auf katholisch Buchen (Fr. 8800), Vättis (Fr. 4700), evangelisch Altstätten (Fr. 3500), katholisch Schmitter und Flums-Kleinberg (Fr. 2250).

1897: Fr. 40,000. Durch Regulativ vom 24. April 1893, Art. 3 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 62), sind Beiträge von 2—30 % vorgesehen in bestimmten Abstufungen. Die grössten Beiträge entfallen auf Widnau (Fr. 10,000), Eichberg (Fr. 5000), Niederbüren

(Fr. 3685), Bütschwil (Fr. 4500), Mosnang (Fr. 2038) u. s. w.; laut Amtsbericht S. 417.

5. Unentgeltliche Lehrmittelabgabe.

1897: Fr. 32,995. Durch Art. 6 der Kantonsverfassung vom 16. November 1890 ist die unentgeltliche Abgabe der obligatorischen gedruckten Lehrmittel vorgesehen (Regulativ vom 5. Februar 1891, G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 7).

6. Beiträge an die Rechnungsdeficite und Fonds.

1867: Fr. 25,310, und zwar an die Fonds (31 Schulen) Fr. 22,000 und an die Rechnungsdeficite (35 Schulen) Fr. 3310, laut Grossratsbeschluss vom 2. Dezember 1865 (G.-S., Bd. II, Nr. 12) ohne speciellies Regulativ.

1877: Fr. 50,270, und zwar an die Fonds Fr. 27,000 und an die Deficite Fr. 23,270, laut Gesetz betreffend Festsetzung der Lehrergehalte vom 30. November 1876, Art. 3 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 22), Grossratsbeschluss vom 23. November 1876 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 17) und Regulativ vom 13. November 1877 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 47); als Fondsbeiträge waren Fr. 300 per Schule, jedoch Fr. 1200 im Maximum per Schulgemeinde vorgesehen, welche letzteren ebenfalls die Pflicht zur Leistung von Fondsbeiträgen auferlegt wurde.

1887: Fr. 60,000. Neues Regulativ vom 8. Januar 1885 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 64): $\frac{2}{5}$ bis $\frac{1}{2}$ sind zur Fondsäufnung, der Rest zur Beitragsleistung an die Deficite zu verwenden; die spezielle Verteilung siehe Amtsbericht, S. 141. Von 214 Schulgemeinden erhalten 121 einen Staatsbeitrag, 18 einen Fondsbeitrag von Fr. 200—600, 66 einen Deficitbeitrag und 37 einen Doppelbeitrag an Fonds und Deficit.

1897: Fr. 100,000. Laut neuem Regulativ vom 12. Februar 1895 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 20) sind 20—25 % für Fondsbeiträge, der Rest für Deficitbeiträge, je nach der Höhe der eine bestimmte Normalsteuer übersteigenden Schulsteueransätze, zu verwenden; Verteilung siehe Amtsbericht, S. 416. Von 207 Schulgemeinden erhielten 124 einen Staatsbeitrag, 9 für den Fonds, 76 an die Deficite und 39 an Fonds und Deficit zugleich.

7. Beiträge an die Sekundarschulen.

1867: Fr. 9950. 18 Schulen. Siehe Schulordnung vom 29. Dezember 1865, Art. 127 (G.-S., Bd. II, Nr. 2); ohne speciellies Regulativ.

1877: Fr. 12,000 laut Art. 14 ff. des Regulativs vom 13. November 1877 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 47).

1887: Fr. 22,000 laut Regulativ vom 8. Januar 1885 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 64) Verteilung an

20 Realschulen, und zwar Fr. 13,600 zur Fondsäufnung und Fr. 8400 zur Deficitdeckung.

1897: Fr. 55,000. Laut Regulativ vom 12. Februar 1895, Art. 15 ff. (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 20): 19 Schulen erhielten Fondsbeiträge von Fr. 300—800, 29 Schulen Deficitbeiträge von Fr. 100—3260 und 14 Schulen Beiträge an Lateinkurse Fr. 200—300.

8. Beiträge an die Fortbildungsschulen.

1867: —

1877: Fr. 5180 laut Art. 19 ff. des Regulativs vom 13. November 1877 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 47).

1887: Fr. 12,000 laut Abschnitt III des Regulativs vom 8. Januar 1885 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 64). Zahl der Fortbildungsschulen 140.

1897: Fr. 13,884 laut Art. 19 ff. des Regulativs vom 12. Februar 1895 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 20). 75 Cts. per Lehrstunde wurden vergütet; Zahl der Schulen 179.

9. Beiträge an Schulerweiterungen.

1867: Fr. 6300; an 9 Schulen in 7 Bezirken, laut Art. 16 des Erziehungsgesetzes vom 5. Mai 1862 (G.-S., Bd. II, Nr. 1).

10. Beiträge an die Arbeitsschulen.

1867: —

1877: Fr. 1860 für Arbeitslehrerinnenkurse, laut Verordnung vom 11. Dezember 1872 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 175); 4—6 Stipendien à Fr. 2—300.

1887: Fr. 1802. Bestimmungen wie oben; Fortbildungskurs für Arbeitslehrerinnen.

1897: Fr. 1600. Bestimmungen wie oben; Fr. 600 Stipendien, Fr. 1000 Beitrag an die Frauenarbeitsschule in St. Gallen.

11. Verschiedenes (Lehrerbibliotheken u. s. w.).

1867: Fr. 2953; davon Fr. 2153 für einen Lehrerwiederholungskurs, Fr. 800 für Lehrerbibliotheken.

1877: Fr. 1100; davon Fr. 800 an Bibliotheken, Fr. 300 zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen.

1887: Fr. 2245; davon Fr. 800 an Bibliotheken, Fr. 1445 an Handarbeitskurse.

1897: Fr. 1900; davon Fr. 900 an Bibliotheken, Fr. 1000 Verschiedenes.

12. Beitrag des Kantons an das Schulwesen der Konfessionen.

1837: Fr. 16,000. Nach Art. 22 der Verfassung vom 1. März 1831 war das Schulwesen (Volksschule und höheres Bildungswesen) unter Sanktion und Aufsicht des Staates Sache der gewährleisteten Konfessionen.

Der Staat beschränkte sich auf Leistung eines Aversalbeitrages, der durch Art. 17 des konfessionellen Gesetzes vom 26. Januar 1832 (Schlumpf, S. 269) für jede Konfession auf 4000 Gulden festgesetzt war.

1847: Fr. 16,000. Bestimmungen wie oben.

1857: Fr. 20,000. Art. 17 des konfessionellen Gesetzes vom 20. August 1855 (Alte G.-S., Bd. XIII, S. 103) hatte den Staatsbeitrag für jede der beiden Konfessionen auf Fr. 10,000 erhöht.

1867: —. Mit der Verfassung von 1861 ging das Schulwesen an den Staat über, daher Wegfall dieser Beiträge.

C. Höhere Lehranstalten.

1. Lehrerseminar.

1867: Fr. 34,916; davon Fr. 18,274 Gehalte, Fr. 8000 Stipendien; siehe Gesetz betreffend Errichtung eines Lehrerseminars und einer Kantonsschule, vom 4. Februar 1864 (G.-S., Bd. II, Nr. 19), speciell betreffend finanzielle Fundierung desselben, Art. 52 des Gesetzes.

1877: Fr. 45,710; davon Fr. 23,185 Gehalte, Fr. 7926 Stipendien. Bestimmungen wie oben.

1887: Fr. 54,273; davon Fr. 28,937 Gehalte, Fr. 8000 Stipendien, Fr. 5563 Bauten und Reparaturen. Bestimmungen wie oben.

1897: Fr. 59,969; davon Fr. 30,448 Gehalte, Fr. 8000 Stipendien, Fr. 4500 Bauten und Reparaturen. Bestimmungen wie oben. Über die Netto-Ausgaben (nach Abzug der Einnahmen) siehe unter der Rubrik „Einnahmen“.

2. Kantonsschule.

1857: Fr. 8000. Staatsbeitrag an die 1856, unter Aufhebung der katholischen Kantonsschule, gegründete Vertragsschule, laut Übereinkunft vom 11. November 1856 zwischen dem Staat, den beiden Konfessionsteilen und der Stadt St. Gallen (A. G.-S., Bd. XIII, S. 437).

1867: Fr. 84,010 brutto; davon Gehalte Fr. 65,919, Lehrmittel Fr. 6569; siehe Gesetz betreffend Errichtung eines Lehrerseminars und einer Kantonsschule, vom 4. Februar 1864 (G.-S., Bd. II, Nr. 19), speciell bezüglich finanzieller Fundierung, Art. 52 desselben.

1877: Fr. 109,877 brutto; davon Fr. 87,225 Gehalte, laut Verordnung vom 29. September 1876 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 13), womit der Gehalt auf Fr. 3500 bis 4000 festgesetzt wurde; Fr. 6491 Lehrmittel, Fr. 3419 Kadettenwesen.

1887: Fr. 122,544 brutto; davon Fr. 101,156 Gehalte und Zulagen, Fr. 4340 Lehrmittel, Fr. 2335 Pensionsbeitrag. Bestimmungen wie oben.

1897: Fr. 169,909 brutto; davon Fr. 127,315 Gehalte, Fr. 6000 Beitrag an die Lehrerpensionskasse, Fr. 7000 Lehrmittel, Fr. 10,000 Bauten, Fr. 8491 Heizung und Licht etc.; Bestimmungen wie oben. Über die *Netto*-Ausgaben (nach Abrechnung der Einnahmen) siehe unter der Rubrik „Einnahmen“.

D. Stipendien für höhere Studien.

1897: Fr. 4000; gestützt auf Art. 10 der Kantonsverfassung von 1890, wonach der Staat auch „die höhere Ausbildung talentvoller aber unbemittelter Schüler auf Fach- und Hochschulen durch Stipendien unterstützt“ und Regulativ vom 16. November 1890 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 31), wonach Stipendien von Fr. 100—500 vorgesehen sind.

E. Beiträge an wissenschaftliche Vereine und Institute.

1867: Fr. 550, und zwar je Fr. 200 an den historischen und naturwissenschaftlichen Verein St. Gallen, Fr. 100 an den alpwirtschaftlichen Verein und Fr. 50 an die statistische Gesellschaft.

1877: Fr. 2600. Fr. 300 an die naturwissenschaftliche Gesellschaft, Fr. 100 Kunstverein, je Fr. 600 öffentliche Bibliotheken und städtisches Museum, Fr. 800 historischer Verein.

1887: Fr. 4200. Fr. 1200 historischer Verein und Museum, je Fr. 600 Kunstverein und öffentliche Bibliotheken, je Fr. 300 naturwissenschaftlicher Verein und kantonaler Turnverein.

1897: Fr. 5400. Fr. 1800 historischer Verein und Museum, Fr. 1200 öffentliche Bibliotheken, je Fr. 600 Kunstverein und naturhistorisches Museum etc.

Ausgaben: Sanitätswesen (Nettoauslagen der Staatskasse).

Tab. 16.

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
A. Verwaltung des Sanitätswesens. . .	5797	7199	5567	7530	12,507	25,935	29,596
B. Kranken- und Sanitätsanstalten:							
1. Kantonsspital ¹⁾	—	—	—	—	—	—	—
2. Krankenhaus Walenstadt	—	—	—	—	—	—	11,174
3. Krankenhaus Uznach	—	—	—	—	—	—	7,821
4. Heilanstalt St. Pirminsberg . . .	—	—	—	—	25,644	7,541	24,483
5. Asyl in Wil	—	—	—	—	—	—	97,526
6. Beiträge an Bezirkskrankenhäuser	—	—	—	—	—	—	9,000
7. Entbindungsanstalt	—	—	—	—	—	—	12,710
	—	—	—	—	25,644	7,541	162,714
Total	5797	7199	5567	7530	38,151	33,476	192,310

¹⁾ Zur Deckung des Betriebsdeficits werden die Nachsteuern verwendet.

Spezifikation.

A. Verwaltung des Sanitätswesens.

1837: Fr. 5797; darunter Fr. 1540 Gehalt der Sanitätskommission, Fr. 990 Gehalt der Bezirksärzte, Fr. 458 Impfkosten, Fr. 1320 Hebammenunterricht, Rest für Verschiedenes; alles laut Gesetz betreffend Organisation der Sanitätsbehörden, vom 9. August 1832 (Schlumpf, S. 1049).

1847: Fr. 7199; davon Fr. 1540 Gehalt der Sanitätskommission, Fr. 990 Gehalt der Bezirksärzte, Fr. 546

Impfkosten, Fr. 1320 Hebammenunterricht, Fr. 2461 Verschiedenes; Gesetz wie oben.

1857: Fr. 5567; davon Bezirksärzte Fr. 1050, Impfkosten Fr. 1016, Hebammenkurs Fr. 1046 etc.; Gesetz betreffend Organisation des Sanitätswesens, vom 25. Januar 1855 (G.-S., Bd. II, Nr. 66).

1867: Fr. 7530, davon Bezirksärzte Fr. 1050, Hebammenkurs Fr. 2379, Impfkosten Fr. 517; Gesetz wie oben.

1877: Fr. 12,507; davon Fr. 3000 für Bezirksärzte, Fr. 2810 Hebammenkurs, Impfkosten Fr. 583; Gesetz wie oben.

1887: Fr. 25,935; davon Fr. 7156 für das Kantonslaboratorium, geschaffen durch Grossratsbeschluss vom November 1877 und organisiert durch Reglement vom 6. Februar 1880 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 82), Fr. 3000 für Bezirksärzte, Fr. 2806 Impfkosten — das Impfen fakultativ erklärt durch Gesetz vom 4. Januar 1886 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 3) — Fr. 7042 für Hebammenkurs.

1897: Fr. 29,596; davon Fr. 4000 Bezirksärzte, Fr. 6027 Sanitätskommission, Fr. 13,525 Kantonslaboratorium, Fr. 2667 Impfkosten, Fr. 2741 Sanitätspolizei. Neues Sanitätsgesetz vom 1. Januar 1894 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 1) mit 8 statt bisher 15 Physikatkreisen und Lostrennung der Veterinärpolizei vom Sanitätswesen.

B. Kranken- und Sanitätsanstalten.

1. Kantonsspital.

Der Kantonsspital belastet die Staatsrechnung in der Regel nicht. Durch Grossratsbeschluss vom 6. Juni 1866 (G.-S., Bd. II, Nr. 91) wurden aus dem damals Fr. 435,000 betragenden Kantonalarmenfonds Fr. 300,000 als Fonds für eine oder mehrere kantonale Krankenanstalten ausgeschieden und die bisher dem Kantonalarmenfonds zugeflossenen Einnahmen an Nachsteuern zu $\frac{2}{3}$, laut Beschluss des Grossen Rates vom 8. Juni 1869 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 11) jedoch in vollem Umfang dem Kantonsspital zugewendet. Durch letztern Beschluss und Vertrag mit der Stadt St. Gallen über Erweiterung ihres Gemeindekrankenhauses in einen Kantonsspital (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 10) vollzog sich sodann die Errichtung des letztern; die erste Organisation desselben vom 31. Dezember 1872 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 179) ist seither ersetzt worden durch die Organisation vom 25. Oktober 1887 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 40), welche heute noch zu Recht besteht. In finanzieller Hinsicht bestimmen Art. 35—37:

Art. 35. Das Vermögen des Kantonsspitals besteht aus

- a. den demselben zugewiesenen Gebäuden und Liegenschaften (1897: Fr. 1,701,500);
- b. dem Inventar (1897: Fr. 243,199);
- c. dem Kantonsspitalfonds (Bestand 1897 Fr. 617,724);
- d. dem Freibettenfonds (1897: Fr. 154,698);
- e. den verschiedenen Specialfonds (zusammen 1897: circa Fr. 85,000).

Art. 36. Zur Äufnung des Vermögens des Kantonsspitals sind bestimmt:

- a. die allfälligen Jahresüberschüsse des Betriebes;
- b. Schenkungen und Vermächtnisse;

- c. der Ertrag einer jährlich in allen Gemeinden des Kantons zu veranstaltenden Kollekte, jetzt gemeinsam mit den andern staatlich subventionierten Krankenanstalten nach der Zahl ihrer Krankentage.

Art. 37. Die Bedürfnisse der Anstalt werden bestritten aus:

- a. den Zinsen des Kapitalvermögens;
- b. dem Ertrage der Liegenschaften;
- c. den Wochenbeiträgen des Versicherungsverbandes der politischen Gemeinde St. Gallen;
- d. den Verpflegungsgeldern der Patienten, abgestuft nach Vermögen und Einkommen;
- e. den dem Staate zufallenden *Nachsteuern*, soweit die obigen Einkünfte nicht hinreichen.

1897 betragen die Betriebsausgaben Fr. 294,835, wovon Fr. 236,227 durch Betriebseinnahmen und Fr. 58,608 durch Nachsteuern gedeckt wurden.

2. Krankenhaus Walenstadt.

1897: Fr. 11,174, Deficitdeckung durch die Staatskasse. Das Krankenhaus in Walenstadt, aus einer Schenkung von Herrn Faktor Huber in Walenstadt hervorgegangen (siehe Amtsblatt 1890, S. 281), ist geregelt durch Organisation und Reglement vom 6. Dezember 1895 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 39 und 40) in der Weise, dass Ausgabenüberschüsse der Betriebsrechnung durch die Staatskasse gedeckt werden. Die Betriebsrechnung pro 1897 weist an Ausgaben Fr. 29,951, an Einnahmen Fr. 18,777 auf.

3. Krankenhaus Uznach.

1897: Fr. 7821, Deficitdeckung durch die Staatskasse. Das Krankenhaus in Uznach basiert auf einer Schenkung der Spar- und Leihanstalt in Uznach (siehe Amtsblatt 1893, S. 497 und 1177) und ist geregelt durch Organisation vom 5. Februar und 24. November 1895 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 19 und 40). Die Betriebsrechnung pro 1897 erzeugt an Ausgaben Fr. 15,892, an Einnahmen Fr. 8072.

4. Irrenanstalt St. Pirminsberg.

1877: Fr. 25,644; davon Fr. 11,800 Beitrag an die Verzinsung der Bauschuld, Fr. 13,844 Jahresdeficit durch die Staatskasse gedeckt.

Durch Grossratsbeschluss vom 14. November 1845 wurde verfügt, in den Gebäulichkeiten des 1839 säkularisierten Klosters Pfäfers eine Irrenanstalt zu errichten, die unterm 16. November 1846 (G.-S., Bd. II, Nr. 72) ihre erste Organisation erhielt, wobei in Art. 3 zum Unterhalt der Anstalt angewiesen wurden: Der Ertrag der ihr einverleibten Grundstücke, die Zinsen

des Stiftungskapitals (pro 1847 Fr. 289,757), die Verpflegungsgelder der Kranken und der Arbeitsverdienst derselben. Bezüglich der durch bauliche Erweiterung der Anstalt Ende der 60er Jahre erwachsenen Bauschuld (1870 Fr. 585,769) wurde durch Grossratsbeschluss vom 23. November 1870 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 85) verfügt, dass, soweit 90 % der reinen Jahreserträge der Anstalt zur Verzinsung und Amortisation nicht ausreichen, zu diesem Zwecke angewiesen seien: die erlöschenden Pensionen der ehemaligen Pfäferser Kapitularen und der allfällige Rest aus der Staatskasse. Zum Zwecke allmählicher Amortisation der Schuld wurden verwendet: Die eingehenden Bürgerrechtseinkaufstaxen und der jährliche Zinsgewinn von Fr. 600,000, II. Pfandtitel auf der ehemaligen, 1865 an Herrn B. Simon auf 100 Jahre konzessionsweise verkauften Domäne Ragaz.

1887: Fr. 7541; Deckung des Jahresdeficits der Betriebsrechnung, welche an Ausgaben Fr. 203,469 und an Einnahmen Fr. 195,928 erzeugte. Bezüglich Amortisierung der Bauschuld von St. Pirminsberg wurde durch Grossratsbeschluss vom 17. November 1886 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 23) verfügt, dass an Stelle der dem Asyl zugewandten Bürgerrechtstaxen der Regierungsrat aus der Rechnung des säkularisierten Klosters Pfäfers die nötigen Mittel ausscheiden solle.

1897: Fr. 24,483; Deckung des Jahresdeficits der Betriebsrechnung, welche Fr. 176,356 Ausgaben und Fr. 151,873 Einnahmen aufweist. Die Organisation von 1846 ist ersetzt durch Organisation vom 15. Februar 1895 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 21), welche in finanzieller Hinsicht in Art. 4 bestimmt:

Art. 4. Die Anstalt wird unterhalten:

- a. aus dem Ertrage der Gutswirtschaft;
- b. aus den Zinsen des Anstaltsfondes;
- c. aus den von den Kranken zu leistenden Verpflegungsgeldern;
- d. aus dem Arbeitsverdienste der Insassen der Anstalt;
- e. aus den Zuschüssen des Staates.

Die Verpflegungstaxen sind, wie bei den andern Krankenanstalten, abgestuft nach Vermögen und Einkommen, geregelt durch Reglement vom 1. Juni 1895 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 30).

5. Asyl für Altersschwache und Unheilbare in Wil.

1897: Fr. 97,526; Deckung des Jahresdeficits bei Fr. 219,766 Betriebsausgaben und Fr. 161,297 Betriebs-einnahmen, somit Fr. 58,468 Betriebsdeficit, wozu noch Fr. 39,158 Bauschuldverzinsung kommen.

Unterm 20. November 1884 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 60) beschloss der Grosse Rat die Gründung eines

Asyls für Altersschwache und Unheilbare und Äufnung des Fonds durch Zuweisung verschiedener Vermächtnisse. Durch Grossratsbeschluss vom 21. November 1889 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 82) wurde sodann auf Grund der regierungsrätlichen Plan- und Projektvorlagen (siehe Amtsblatt 1889, S. 661) die Ausführung der Bauten für das Asyl in Wil im Kostenvoranschlage von Fr. 1,690,000 angeordnet, und für die Deckung des Betriebsdeficits vom 1. Januar 1891 an zunächst der Anteil des Kantons vom Ertrag des Alkoholmonopols in Anspruch genommen, nachdem bereits durch Grossratsbeschluss vom 17. November 1886 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 23) behufs Äufnung des Asylfonds dem letzteren aus dem Vermögensbestand des Klosters Pfäfers ein Betrag von einer halben Million zugeschieden und zugleich auch die kantonalen Bürgerrechtstaxen, vom 1. Januar 1887 an, zugewiesen worden waren. Unterm 24. November 1894 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 14) beschloss der Grosse Rat eine jährliche Abzahlung von *mindestens* Fr. 50,000 aus der Staatskasse an die Asylbauschuld. Mit weiterer Schlussnahme vom 24. Mai 1898 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 83) wurde dem Regierungsrate behufs Erweiterung des Asyls ein Kredit von Fr. 1,769,500 gewährt (siehe Amtsblatt 1898, I, S. 221) und zur allmählichen Tilgung der erhöhten Bauschuld die alljährliche Aufnahme von wenigstens Fr. 50,000 in das Budget, sowie die Zuweisung der durch den Kantonsspital nicht beanspruchten Nachsteuern und des Bestandes des Nachsteuercontos pro 1897 beschlossen.

Massgebend für die Anstalt ist die Organisation vom 20. November 1891 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 24), welche durch Art. 4 in finanzieller Hinsicht bestimmt:

Art. 4. Die Anstalt wird unterhalten:

- a. aus dem Ertrag der Gutswirtschaft;
- b. aus den Zinsen von Geschenken und Vermächtnissen;
- c. aus den von den Pflegelingen zu entrichtenden Verpflegungsgeldern;
- d. aus den Zinsen desjenigen Vermögens, welches dem Staate nach Massgabe des Erbrechts zufällt;
- e. aus dem Ertrage des durch die arbeitsfähigen Pflegelinge zu erzielenden Arbeitsverdienstes;
- f. aus den Zuschüssen des Staates.

Wenn Schenkungen und Vermächtnisse zu besondern Zwecken gemacht werden, so sind die Verfügungen des Schenkers, bez. Testators ausschliesslich massgebend. Die übrigen Geschenke und Vermächtnisse sind zu gunsten eines zu gründenden Stiftungsfonds zu kapitalisieren, welchem auch die dem Staate zufallenden Erbbetreffnisse einzuverleiben sind. Die Verpflegungstaxen sind wie bei den andern Anstalten,

abgestuft nach Vermögen und Einkommen, durch Reglement vom 8. März 1892 (G.-S., Bd. VI N. F., Nr. 30) geregelt.

6. Beiträge an die Bezirkskrankenhäuser.

1897: Fr. 9000; und zwar an Wattwil Fr. 6000, Flawil und Altstätten je Fr. 1500. — Krankenanstalten, von denen die beiden erstern mit kantonaler Subvention von den betreffenden politischen Gemeinden neu erbaut worden sind, während diejenige in Altstätten wesentlich auf einer mildthätigen Stiftung (Marolani), unter Mithilfe der Gemeinde, beruht.

7. Kantonale Entbindungsanstalt.

1897: Fr. 12,710; Deckung des Betriebsdeficites der Jahresrechnung, welche Fr. 28,148 Ausgaben und Fr. 15,438 Einnahmen aufweist.

Die 1887 neu erbaute Entbindungsanstalt bildet eine vom Kantonsspital getrennte besondere Staatsanstalt mit gesonderter Rechnungsführung, steht aber in Bezug auf die Hausordnung unter der Direktion des Kantonsspitals; für dieselbe sind die Organisation vom 21. Februar 1888 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 49) und die Taxverordnungen vom 21. Februar 1888 und 27. Juni 1890 (ebendasselbst, Nr. 50 und 100) massgebend.

Tab. 17. **Betreffnis der Gesamt-Einnahmen und -Ausgaben per Kopf der Bevölkerung.**

Rubriken	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
Bevölkerungszahl	158,853	¹⁾ 168,014	¹⁾ 177,175	¹⁾ 187,595	¹⁾ 204,006	¹⁾ 225,867	¹⁾ 247,976
I. Einnahmen.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Ertrag des Staatsgutes . . per Kopf	1.24	0.49	0.41	0.54	1.30	1.95	2.02
Ertrag der Staatsanstalten	0.18	0.64	4.29	2.09	3.54	3.09	3.26
Regalien und Monopole	0.94	0.89	1.58	1.58	0.50	0.52	2.62
Indirekte Abgaben	1.60	1.59	1.69	1.74	1.22	1.85	2.74
Direkte Steuern	0.53	0.77	1.31	3.22	4.59	4.64	6.37
Total der Einnahmen	4.49	4.38	9.28	9.17	11.15	12.05	17.01
II. Ausgaben.							
A. Unproduktive Ausgaben.							
1. Allgemeine Verwaltung . per Kopf	0.72	0.73	0.79	0.99	0.95	1.03	1.16
2. Finanzwesen	0.27	1.55	2.08	0.66	1.25	1.13	1.12
3. Rechtspflege	0.26	0.38	0.33	0.42	0.46	0.49	0.61
4. Polizei- u. Gefängniswesen	0.36	0.85	1.01	1.25	1.69	1.50	1.44
5. Militärwesen	0.39	0.89	2.41	1.71	1.29	1.27	1.45
.	2.00	4.40	6.62	5.03	5.64	5.42	5.78
B. Produktive Ausgaben.							
6. Bauverwaltung per Kopf	1.10	1.22	1.62	2.07	2.80	3.25	5.56
7. Volkswirtschaft	0.08	0.15	0.15	0.34	0.45	0.75	1.35
8. Innere Verwaltung	0.09	0.07	0.03	0.02	0.02	0.09	0.33
9. Erziehungswesen	0.10	0.10	0.16	0.99	1.34	1.50	2.40
10. Sanitätswesen (netto)	0.04	0.04	0.03	0.04	0.19	0.15	0.78
.	1.41	1.58	1.99	3.46	4.80	5.74	10.42
Zusammenstellung.							
Unproduktive Ausgaben . . per Kopf	2.00	4.40	6.62	5.03	5.64	5.42	5.78
Produktive Ausgaben	1.41	1.58	1.99	3.46	4.80	5.74	10.42
Zusammen	3.41	5.98	8.61	8.49	10.44	11.16	16.20

¹⁾ Nach approximativer Berechnung.

[illegible]

Einnahmen und Ausgaben der Jahre 1837, 1867 und 1897, verglichen nach ihrem prozentualen Verhältnis unter sich und per Kopf der Bevölkerung.

Tab. 19.

Rubriken	1837		1867		1897	
	Prozentuales Verhältnis	Per Kopf der Bevölkerung	Prozentuales Verhältnis	Per Kopf der Bevölkerung	Prozentuales Verhältnis	Per Kopf der Bevölkerung
	%	Fr.	%	Fr.	%	Fr.
Einnahmen.						
Ertrag des Staatsgutes (inkl. Kontokorrentzinse)	26.8	1.24	5.9	0.54	11.9	2.02
Ertrag der Staatsanstalten (ohne Krankenanstalten) und Einrichtungen	4.3	0.18	22.8	2.09	19.2	3.26
Regalien und Monopole	21.2	0.94	17.2	1.58	15.2	2.62
Indirekte Abgaben	35.7	1.60	19.0	1.74	16.2	2.74
Direkte Abgaben	12.0	0.53	35.1	3.22	37.5	6.37
	100.0	4.49	100.0	9.17	100.0	17.01
Ausgaben.						
A. Unproduktive.						
1. Allgemeine Verwaltung	21.1	0.72	11.6	0.99	7.2	1.16
2. Finanzwesen (inkl. Kontokorrentzinse) .	7.9	0.27	7.9	0.66	6.9	1.12
3. Rechtspflege	7.7	0.26	4.8	0.42	3.8	0.61
4. Polizei- und Gefängniswesen	10.5	0.36	14.8	1.25	8.7	1.44
5. Militärwesen	11.5	0.39	20.2	1.71	8.9	1.45
	58.7	2.00	59.3	5.03	35.5	5.78
B. Produktive.						
6. Bauverwaltung	32.3	1.10	24.5	2.07	34.3	5.56
7. Volkswirtschaft	2.4	0.08	3.9	0.34	8.3	1.35
8. Innere Verwaltung	2.6	0.09	0.2	0.02	2.1	0.33
9. Erziehungswesen	2.9	0.10	11.6	0.99	14.9	2.40
10. Sanitätswesen (netto)	1.1	0.04	0.5	0.04	4.8	0.78
	41.3	1.41	40.7	3.46	64.5	10.42
Zusammenstellung der Ausgaben.						
Unproduktive Ausgaben	58.7	2.00	59.3	5.03	35.5	5.78
Produktive Ausgaben	41.3	1.41	40.7	3.46	64.5	10.42
	100.0	3.41	100.0	8.49	100.0	16.20

Tab. 20.

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben von 1837—1897.

Rubriken	1837	1867	1897	Zunahme von 1837—1867		Zunahme von 1867—1897		Zunahme von 1837—1897	
				Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%
Einnahmen.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.		Fr.		Fr.	
Ertrag des Staatsgutes (inkl. Kontokorrentzinse)	191,658	102,010	500,131	— 89,658 ¹⁾	— 46.7 ¹⁾	398,121	390.3	308,473	160.9
Ertrag der Staatsanstalten und staatlichen Einrichtungen (ohne Krankenanstalten) . . .	29,995	392,616	808,510	362,621	1208.9	415,894	105.9	778,515	2595.5
Ertrag der Monopole und Regalien	150,911	295,918	649,613	145,007	96.1	353,695	119.5	498,702	330.4
Ertrag der indirekten Abgaben	254,610	327,180	680,013	72,570	28.5	352,833	107.9	425,393	167.1
Ertrag der direkten Steuern	85,526	604,191	1,579,689	518,665	606.4	975,498	161.4	1,494,163	1747.0
<i>Total</i>	712,700	1,721,915	4,217,956	1,009,215	141.6	2,496,041	144.9	3,505,256	491.8
Ausgaben.									
A. Unproduktive.									
1. Allgemeine Verwaltung	114,005	184,975	288,876	70,970	62.2	103,901	56.2	174,871	153.4
2. Finanzwesen (inkl. Kontokorrentzinse) . .	43,029	125,033	279,623	82,004	190.6	154,590	123.6	236,594	549.9
3. Rechtspflege	41,456	77,955	151,565	36,499	88.0	73,610	94.4	110,109	268.0
4. Polizei- und Gefängniswesen	56,752	235,756	348,589	179,004	315.4	112,833	47.9	291,837	514.2
5. Militärwesen	62,200	320,906	360,180	258,706	415.9	39,274	12.2	297,980	479.1
<i>Total</i>	317,442	944,625	1,428,833	627,183	196.2	484,208	51.2	1,111,391	350.1
B. Produktive.									
6. Bauverwaltung	174,800	389,809	1,379,739	215,009	123.0	989,930	202.6	1,204,939	689.3
7. Volkswirtschaft	12,908	62,793	335,052	49,885	386.5	272,259	433.6	322,954	2501.9
8. Innere Verwaltung	14,135	2,995	82,483	¹⁾ —11,139	— 78.8 ¹⁾	79,488	2563.9	68,348	483.5
9. Erziehungswesen	16,000	185,112	600,037	169,112	1056.9	414,929	224.1	584,037	3650.2
10. Sanitätswesen (netto)	5,797	7,530	192,310	1,733	29.9	184,780	2453.8	186,513	3220.9
<i>Total</i>	223,639	648,239	2,589,621	424,600	189.4	1,905,382	293.9	2,365,982	1057.9
<i>Total der Gesamtausgaben</i>	541,081	1,592,864	4,018,454	1,051,783	194.4	2,425,590	152.8	3,477,373	642.7

¹⁾ Verminderung.

Werden, auf Grund vorstehender Tabelle, die einzelnen Einnahme- und Ausgaberrubriken der Verwaltungsrechnungen der Jahre 1837, 1867 und 1897, also in Intervallen von je 30 Jahren, nach der relativen, prozentualen Grösse ihres Anwachsens zusammengestellt, so ergibt sich nachstehende Reihenfolge:

1. Von 1837—1867.

Einnahmen:

Der Ertrag des Staatsgutes erzeugt eine Verminderung um	46.7 %
Der Ertrag der indirekten Abgaben erzeugt eine Vermehrung um	28.5 „
Der Ertrag der Regalien und Monopole erzeugt eine Vermehrung um	96.1 „
Der Ertrag der direkten Steuern erzeugt eine Vermehrung um	606.4 „
Der Ertrag der Staatsanstalten erzeugt eine Vermehrung um	1208.9 „

Ausgaben:

Inneres und Unterstützungswesen erzeugen eine Verminderung von	78.8 %
Sanitätswesen erzeugt eine Vermehrung von	29.9 „
Allgemeine Verwaltung erzeugt eine Vermehrung von	62.2 „
Rechtspflege erzeugt eine Vermehrung von	88.0 „
Bauverwaltung „ „ „ „	123.0 „
Finanzwesen „ „ „ „	190.6 „
Polizei- und Gefängniswesen erzeugt eine Vermehrung von	315.4 „
Volkswirtschaft erzeugt eine Vermehrung von	386.5 „
Militärwesen „ „ „ „	415.9 „
Erziehungswesen „ „ „ „	1056.9 „

2. Von 1867—1897.

Einnahmen:

Der Ertrag der Staatsanstalten erzeugt eine Vermehrung um	105.9 %
Der Ertrag der indirekten Abgaben erzeugt eine Vermehrung um	107.9 „
Der Ertrag der Regalien und Monopole erzeugt eine Vermehrung um	119.5 „
Der Ertrag der direkten Steuern erzeugt eine Vermehrung um	161.4 „
Der Ertrag des Staatsgutes erzeugt eine Vermehrung um	390.3 „

Ausgaben:

Das Militärwesen erzeugt eine Vermehrung um	12.2 %
Das Polizei- und Gefängniswesen erzeugt eine Vermehrung um	47.9 „
Allgemeine Verwaltung erzeugt eine Vermehrung um	56.2 „
Rechtspflege erzeugt eine Vermehrung um	94.4 „
Finanzwesen „ „ „ „	123.6 „
Bauverwaltung „ „ „ „	202.6 „
Erziehungswesen erzeugt eine Vermehrung um	224.1 „
Volkswirtschaft erzeugt eine Vermehrung um	433.6 „
Sanitätswesen „ „ „ „	2453.8 „
Inneres und Unterstützungswesen erzeugt eine Vermehrung um	2563.9 „

3. Von 1837—1897.

Einnahmen:

Der Ertrag des Staatsgutes erzeugt eine Vermehrung um	160.9 %
Der Ertrag der indirekten Abgaben erzeugt eine Vermehrung um	167.1 „
Der Ertrag der Regalien und Monopole erzeugt eine Vermehrung um	330.4 „
Der Ertrag der direkten Steuern erzeugt eine Vermehrung um	1747.0 „
Der Ertrag der Staatsanstalten erzeugt eine Vermehrung um	2595.5 „

Ausgaben:

Die Allgemeine Verwaltung erzeugt eine Vermehrung um	153.4 %
Rechtspflege erzeugt eine Vermehrung um	268.0 „
Militärwesen „ „ „ „	479.1 „
Inneres und Unterstützungswesen erzeugt eine Vermehrung um	483.5 „
Polizei- und Gefängniswesen erzeugt eine Vermehrung um	514.2 „
Finanzwesen	549.9 „
Bauverwaltung erzeugt eine Vermehrung um	689.3 „
Volkswirtschaft „ „ „ „	2501.9 „
Sanitätswesen „ „ „ „	3220.9 „
Erziehungswesen „ „ „ „	3650.2 „

Es sind also ganz vorwiegend die Ausgaben *produktiver* Art, welche eine zum Teil ausserordentlich intensive Steigerung aufweisen, während die unproduktiven Ausgaben nicht im gleichen Massstab angewachsen sind.

Tab. 21 a.

Einnahmen laut Verwaltungsrechnungen 1880—1898, in Abständen von zwei Jahren.

Rubriken	1880	Per Kopf (209,719)	1882	1884	1886	1888	1890	Per Kopf (230,743)	1892	1894	1896	1898	Per Kopf (250,283)
I. Ertrag des Staatsgutes.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Aktivsaldo (Anfangssaldo)	279,857		3,728	112,462	122,809	202,403	192,013		256,882	238,155	102,936	199,456	
2. Ertrag des Staatsgutes (Domänen, Kapitalien, Kontokorrentzinse, Waldungen)	181,916		246,198	254,289	242,749	263,097	250,514		200,873	245,926	312,830	298,388	
	461,773	2.21	249,926	366,751	365,558	465,500	442,527	1.92	457,755	484,081	415,766	497,844	1.99
II. Ertrag der Staatsanstalten und staatlichen Einrichtungen (Brutto-Erträge).													
1. Kornhaus	93,552		102,806	68,070	63,163	75,352	65,632		54,866	60,152	64,337	31,566	
2. Kantonallbank	90,000		60,000	10,000	25,000	39,000	90,000		50,000	25,000	45,000	58,000	
3. Eisenbahnconto	—		—	—	24,894	63,128	94,285		15,415	83,838	—	56,226	
4. Land- und Forstwirtschaft (Bundesbeiträge)	—		—	—	—	165	—		—	8,224	8,133	8,771	
5. Erziehungswesen	105,720		82,398	76,490	75,711	76,632	69,773		32,252	33,222	32,870	40,829	
6. Rechtspflege	39,388		50,942	57,738	48,499	44,640	53,476		61,946	61,137	67,387	64,579	
7. Sanitätswesen (ohne Krankenanstalten)	2,696		1,215	1,761	3,388	2,345	3,244		3,545	5,345	5,756	6,991	
8. Polizei- und Gefängniswesen	123,014		124,701	124,386	104,167	110,702	102,768		144,368	109,945	130,210	132,737	
9. Militär	254,459		263,440	268,927	308,575	308,829	321,567		332,969	344,055	362,478	373,584	
10. Verschiedenes	21,550		29,836	25,413	26,177	25,880	26,793		30,318	35,348	27,506	28,104	
	730,379	3.48	715,338	632,785	679,574	746,673	827,538	3.59	725,679	766,266	743,677	801,387	3.20
III. Regalien und Monopole.													
a. Kantonale (Salz, Jagd und Fischerei)	113,107		112,124	121,127	119,062	117,909	145,181		143,458	146,200	160,339	159,123	
b. Anteil am Alkoholmonopol	—		—	—	—	—	439,000		402,657	348,318	438,318	504,607	
	113,107	0.54	112,124	121,127	119,062	117,909	584,181	2.52	546,115	494,518	598,657	663,730	2.65
IV. Indirekte Abgaben.													
1. Banknotensteuer	55,190		75,600	89,303	101,943	102,000	116,169		134,358	156,112	158,717	197,400	
2. Erbschafts- und Schenkungssteuer	—		—	—	—	—	—		—	150,099	164,833	130,442	
3. Stempel	44,802		39,893	40,644	52,260	50,554	51,980		51,302	143,187	162,039	159,933	
4. Wirtschafts- und Kleinverkaufspatente	70,294		60,652	55,585	177,072	92,822	100,661		95,698	107,181	192,666	124,639	
5. Getränkeabgabe	126,976		122,645	121,132	125,580	133,065	—		—	—	—	—	
6. Hausier- und Gewerbspatente und für Handelsreisende	30,344		28,723	26,365	32,840	40,991	57,288		54,553	70,930	77,602	90,567	
7. Gebühren kantonaler Behörden	7,445		6,478	6,295	4,348	3,825	4,641		4,884	5,235	6,544	6,909	
	335,051	1.59	333,991	339,325	494,043	423,257	330,739	1.44	340,795	632,744	762,401	709,890	2.84
V. Direkte Steuern.	1.8 ‰		1.8 ‰	1.8 ‰	2.4 ‰	2.3 ‰	2.3 ‰		2.5 ‰	3.2 ‰	3.2 ‰	3.2 ‰	
1. Vermögenssteuer	546,998		554,111	569,192	777,575	762,726	789,146		845,637	1,072,332	1,078,149	1,091,653	
2. Einkommenssteuer	115,288		66,439	139,882	201,967	195,866	231,203		250,372	316,634	324,880	350,341	
3. Steuer der anonymen Gesellschaften	54,366		67,190	75,606	101,900	88,865	145,219		87,567	94,087	114,635	136,284	
4. Ratasteuern und Nachzahlungen	1,196		2,291	1,085	1,544	10,229	3,848		11,361	6,494	9,122	8,230	
	717,848	3.42	690,031	785,765	1,082,986	1,057,686	1,169,416	5.07	1,194,937	1,489,547	1,526,786	1,586,508	6.34
Rekapitulation.													
I. Ertrag des Staatsgutes	461,773	2.21	249,926	366,751	365,558	465,500	442,527	1.92	457,755	484,081	415,766	497,844	1.99
II. Ertrag der Staatsanstalten und staatlichen Einrichtungen	730,379	3.48	715,338	632,785	679,574	746,673	827,538	3.59	725,679	766,266	743,677	801,387	3.20
III. Regalien und Monopole	113,107	0.54	112,124	121,127	119,062	117,909	584,181	2.52	546,115	494,518	598,657	663,730	2.65
IV. Indirekte Abgaben	335,051	1.59	333,991	339,325	494,043	423,257	330,739	1.44	340,795	632,744	762,401	709,890	2.84
V. Direkte Steuern	717,848	3.42	690,031	785,765	1,082,986	1,057,686	1,169,416	5.07	1,194,937	1,489,547	1,526,786	1,586,508	6.34
	2,358,158	11.24	2,101,410	2,245,753	2,741,223	2,811,025	3,354,401	14.54	3,265,281	3,867,156	4,047,287	4,259,359	17.02

Ausgaben laut Verwaltungsrechnungen 1880—1898, in Abständen von zwei Jahren.

Tab. 21 b.

A. Unproduktive.

Rubriken	1880	Per Kopf (209,719)	1882	1884	1886	1888	1890	Per Kopf (230,743)	1892	1894	1896	1898	Per Kopf (250,283)
I. Allgemeine Verwaltung.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Ordentliche Verwaltung: Grosser Rat, Regierungsrat, Staatskanzlei, Archiv, Verwaltung im Regierungsgebäude, Ständerat, Bezirksämter	184,291		188,230	187,665	203,844	210,128	200,742		226,867	235,436	237,714	244,459	
2. Unvorhergesehenes	2,397		2,349	175	5,542	3,153	16,632		17,315	1,942	9,764	7,141	
(Verfassungsrevision)	—		—	—	—	—	33,357		—	—	—	—	
	186,688	0.84	190,579	187,840	209,386	213,281	250,731	1.09	244,182	237,378	247,478	251,600	1.01
II. Finanzverwaltung.													
1. Allgemeines (Sekretariat, Staatskasse, Geldverkehr der Kantonalbank, Bezug der Abgaben)	47,286		56,150	59,149	65,130	66,652	63,375		63,683	87,193	85,221	94,461	
2. Zinse von Kontokorrent-Schulden	70,418		91,235	112,763	121,850	146,910	124,243		99,043	140,879	151,694	161,905	
3. Kornhaus- und Hafenverwaltung in Rorschach	76,120		76,057	51,260	48,001	54,520	48,729		44,768	44,426	46,350	33,955	
4. Eisenbahnconto	120,564		70,000	—	—	—	—		—	—	26,895	—	
5. Feuerwehrwesen	3,249		1,977	1,944	—	—	—		—	—	—	—	
	317,637	1.52	295,419	225,116	234,981	268,082	236,347	1.02	207,494	272,498	310,160	290,321	1.16
III. Rechtspflege.													
1. Allgemeine Justizverwaltung (Justizsekretariat)	2,500		3,081	2,943	3,223	3,251	3,218		3,705	4,186	4,086	4,114	
2. Kosten der Gerichte, einschliesslich Schuld- betreibungs- und Konkurswesen und Handels- register	29,495		31,209	30,074	31,918	33,247	34,977		48,054	50,276	56,074	71,216	
3. Strafrechtspflege (einschliesslich Bitzi)	73,209		82,400	81,304	77,688	74,539	79,190		93,120	96,624	97,596	97,807	
	105,204	0.51	116,690	114,321	112,829	111,037	117,385	0.51	144,879	151,086	157,756	173,137	0.69
IV. Polizeiverwaltung.													
1. Sekretariat	2,500		3,040	3,221	3,728	3,567	3,705		3,200	3,200	3,200	3,500	
2. Landjägercorps und Polizeidienst	172,440		171,007	164,586	172,798	188,994	193,095		223,015	225,423	226,854	235,797	
3. Strafanstalten, einschliesslich Versorgung jugendlicher Delinquenten	177,522		171,076	173,638	171,536	170,956	160,521		195,529	153,283	175,763	174,937	
	352,462	1.69	345,123	341,445	348,062	363,517	357,321	1.55	421,744	381,906	405,817	414,234	1.63
V. Militär.													
Gesamte Ausgaben der Militärverwaltung	259,301	1.25	248,850	274,371	298,767	338,770	344,603	1.49	286,969	305,734	331,475	401,993	1.60
Rekapitulation.													
I. Allgemeine Verwaltung	186,688	0.84	190,579	187,840	209,386	213,281	250,731	1.09	244,182	237,378	247,478	251,600	1.01
II. Finanzverwaltung	317,637	1.52	295,419	225,116	234,981	268,082	236,347	1.02	207,494	272,498	310,160	290,321	1.16
III. Rechtspflege	105,204	0.51	116,690	114,321	112,829	111,037	117,385	0.51	144,879	151,086	157,756	173,137	0.69
IV. Polizeiverwaltung	352,462	1.69	345,123	341,445	348,062	363,517	357,321	1.55	421,744	381,906	405,817	414,234	1.63
V. Militär	259,301	1.25	248,850	274,371	298,767	338,770	344,603	1.49	286,969	305,734	331,475	401,993	1.60
	1,221,292	5.81	1,196,661	1,143,093	1,204,025	1,294,687	1,306,387	5.66	1,305,268	1,348,602	1,452,686	1,531,285	6.11

Ausgaben laut Verwaltungsrechnungen 1880—1898 in Abständen von zwei Jahren.

Tab. 21 c.

B. Produktive.

Rubriken	1880	Per Kopf (209,719)	1882	1884	1886	1888	1890	Per Kopf (230,743)	1892	1894	1896	1898	Per Kopf (250,283)
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
VI. Bauverwaltung.													
1. Verwaltung (Sekretariat)	2,500		2,860	3,566	3,628	3,954	5,331		6,057	8,277	8,292	8,473	
2. Domänen und Gebäude	147,881		38,356	82,780	125,954	123,894	354,107		225,482	238,419	235,665	312,715	
3. Strassen und Brücken	280,063		289,553	299,878	370,854	420,054	473,763		421,000	453,355	552,492	588,130	
4. Uferbau	147,270		51,911	39,219	235,075	210,359	240,898		342,695	406,279	396,689	420,622	
5. Geometerwesen	—		—	—	—	—	55		30	4,855	7,088	7,318	
6. Wasserrechtskataster	—		—	—	—	—	—		—	—	3,915	9,824	
7. Verschiedenes	7,282		8,248	4,415	4,909	5,750	7,938		4,520	4,504	4,541	4,568	
	584,996	2.79	390,928	429,858	740,420	764,011	1,082,092	4.89	999,784	1,115,689	1,208,682	1,351,650	5.40
VII. Volkswirtschaft.													
1. Sekretariat	—		—	—	—	—	—		3,810	4,513	4,668	5,764	
2. Landwirtschaft und Viehseuchenpolizei	23,899		30,613	44,545	52,549	69,358	75,810		102,670	110,368	143,727	160,629	
3. Forstwesen	57,404		58,851	89,496	90,694	87,919	89,964		88,537	101,105	105,536	95,536	
4. Alpwirtschaft	300		—	—	500	500	500		4,989	10,373	16,540	30,321	
5. Jagd und Fischerei	3,434		4,387	5,075	5,179	5,286	8,758		9,894	13,664	12,520	12,360	
6. Handel und Industrie, Sparkassen, Mass und Gewicht, Statistik	3,131		10,768	13,459	23,425	25,271	31,542		32,867	36,111	53,325	65,713	
	88,168	0.44	104,619	152,575	172,347	188,334	206,574	0.89	242,767	276,134	336,316	370,323	1.48
VIII. Innere Angelegenheiten.													
1. Sekretariat, Civilstand, Grenzmarken	2,656		4,878	4,837	4,801	6,997	5,227		6,068	6,410	5,533	6,308	
2. Beiträge an humanitäre Anstalten, inklusive Rettungsanstalten (ohne Alkoholzehntel)	2,300		3,020	5,000	1) 60,708	6,150	19,500		10,100	10,750	25,330	27,700	
3. Alkoholzehntel	—		—	—	—	—	43,900		40,266	34,832	43,809	50,461	
	4,956	0.02	7,898	9,837	65,509	13,147	68,627	0.29	56,434	51,992	74,672	84,469	0.34
IX. Erziehungswesen.													
1. Allgemeine Verwaltung	18,727		23,261	24,284	26,073	28,391	28,376		28,295	29,704	30,465	33,303	
2. Volksschulwesen	111,126		123,638	135,739	133,039	153,519	174,858		249,853	315,429	309,446	332,342	
3. Höhere Lehranstalten (Kantonsschule und Seminar) und Stipendien	154,607		159,799	164,248	174,545	181,796	193,103		200,673	219,414	229,030	232,454	
4. Beiträge an wissenschaftliche Vereine	4,500		3,900	3,700	4,000	4,000	4,000		4,800	4,600	5,200	5,200	
	288,960	1.35	310,598	327,971	337,657	367,706	400,337	1.74	483,621	569,147	574,141	603,299	2.41

1) Asyl Fr. 40,000.

Produktive Ausgaben 1880—1898. (Fortsetzung.)

Rubriken	1880	Per Kopf (209,719)	1882	1884	1886	1888	1890	Per Kopf (230,743)	1892	1894	1896	1898	Per Kopf (250,283)
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
X. Sanitätswesen.													
1. Allgemeine Sanitätsverwaltung	16,424		13,345	16,124	20,588	22,624	19,367		23,458	30,807	27,504	28,696	
2. Leistungen an Kranken- u. Sanitätsanstalten:													
Deficitdeckungen durch die Staatskasse.													
a. Kantonsspital	1) 40,459		1) 41,061	{ 9,906 1) 36,871	{ 47,737 1) 88,333	{ 24,859 1) 47,169			13,325 1) 57,386	10,360 1) 54,645	{ 59,018 1) 59,311		
b. Heilanstalt St. Pirminsberg	24,744		18,260	16,372	13,587	18,979	42,327		57,322	30,269	19,392	29,703	
c. Asyl in Wil	—		—	—	—	—	—		59,005	99,973	102,372	81,667	
d. Krankenhaus Walenstadt	—		—	—	—	—	—		10,493	10,900	11,601	14,712	
e. Krankenhaus Uznach	—		—	—	—	—	—		—	—	16,739	9,673	
f. Entbindungsanstalt	2,778		3,825	5,577	6,189	14,607	16,218		15,847	19,006	13,871	12,963	
g. Beiträge an Bezirkskrankenhäuser	—		—	—	—	—	13,028		18,000	18,500	9,000	9,000	
	43,946	0.22	35,430	47,979	40,364	56,210	115,799	0.51	197,450	219,815	200,479	186,414	0.74
Rekapitulation.													
VI. Bauverwaltung	584,996	2.79	390,928	429,858	740,420	764,011	1,082,092	4.69	999,784	1,115,689	1,208,682	1,351,650	5.40
VII. Volkswirtschaft	88,168	0.44	104,619	152,575	172,347	188,334	206,574	0.89	242,767	276,134	336,316	370,323	1.48
VIII. Innere Angelegenheiten	4,956	0.02	7,898	9,837	65,509	13,147	68,627	0.29	56,434	51,992	74,672	84,469	0.34
IX. Erziehungswesen	288,960	1.35	310,598	327,971	337,657	367,706	400,337	1.74	483,621	569,147	574,141	603,299	2.41
X. Sanitätswesen	43,946	0.22	35,430	47,979	40,364	56,210	115,799	0.51	197,450	219,815	200,479	186,414	0.74
	1,011,026	4.82	849,473	968,220	1,356,297	1,389,408	1,873,429	8.12	1,980,056	2,232,777	2,394,290	2,596,155	10.37
Ausgaben, unproduktive	1,221,292	5.81	1,196,661	1,143,093	1,204,025	1,294,687	1,306,387	5.66	1,305,268	1,348,602	1,452,686	1,531,285	6.11
Ausgaben, produktive	1,011,026	4.82	849,473	968,220	1,356,297	1,389,408	1,873,429	8.12	1,980,056	2,232,777	2,394,290	2,596,155	10.37
	2,232,318	10.64	2,046,134	2,111,313	2,560,322	2,684,095	3,179,816	13.78	3,285,324	3,581,379	3,846,976	4,127,440	16.48

1) Nicht aus der Staatskasse, sondern durch Ertragnisse der Nachsteuer gedeckt.

B. Vermögensrechnung.

Über den Stand des *allgemeinen* Staatsvermögens, dessen Aktiven und Passiven, sowie über den *Netto-*bestand der *speciellen*, öffentlichen Zwecken zudienenden und der Verwaltung des Staates unterstellten *Fonda-*tionen geben folgende Tabellen Aufschluss:

Tab. 22.

Allgemeines Staatsvermögen, Aktiva, je per 31. Dezember.

	1837 ¹⁾	1847 ¹⁾	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Domänen und Gebäude: Zinstragende	183,485	108,075	194,150	286,100	277,800	386,300	531,200
Nichtzinstragende	435,166	603,273	601,700	1,133,250	1,702,200	2,510,700	3,911,100
Waldungen	407,003	407,003	453,974	500,000	1,000,000	1,000,000	1,330,000
Steinbrüche	—	27,575	17,000	6,000	6,000	6,000	6,000
Militärinventar	339,394	350,000	710,909	971,351	1,452,448	2,238,115	446,363
Strafanstaltinventar	5,859	48,120	75,598	90,932	87,648	76,110	27,991
Gerätschaften und Mobiliar	27,723	52,651	85,388	213,566	202,775	168,279	177,279
Magazine und Bibliotheken						72,438	93,792
Postverwaltung	29,697	79,710	—	—	—	—	—
Kellereien samt Inhalt	16,526	—	—	—	—	—	—
Kantonalbank, Dotation	—	—	—	2,000,000	4,000,015	6,000,000	7,000,000
Eisenbahnpapiere	—	—	6,100,000	9,008,376	12,051,176	11,597,100	11,200,100
Diverse Kapitaldebitoren (Anlage ohne Titel)	—	—	—	—	—	2,358,000	3,200,000
Kassen	—	—	—	—	—	358,052	560,567
Diverse Debitoren	—	—	—	—	—	737,742	565,963
Verrechnungsconto der Zweigverwaltungen	—	—	—	—	—	—	22,024
Kontokorrentguthaben	—	—	—	—	—	3,681,485	2,277,506
Zu amortisierende Ausgaben	—	—	—	—	—	—	2,284,216
Staatskassaverwaltung (Hypothekartitel)	923,641	849,075	553,295	729,238	813,453	39,104	39,889
Amortisationsfonds für Eisenbahnstaatsschuld	—	—	262,419	361,873	425,182	²⁾ 700,000	²⁾ 700,000
Rheinkorrektionsconto	—	—	—	352,986	3,775,582	—	—
Salzverwaltung	217,316	245,018	341,509	335,652	386,101	²⁾ 186,319	²⁾ 187,123
Bürgerrechtstaxenfonds	42,437	43,208	142,274	176,504	206,801	²⁾ 206,351	²⁾ 206,351
<i>Total der Aktiven</i>	2,628,247	2,813,708	9,538,216	16,165,828	26,387,181	31,229,425	33,673,990

¹⁾ Der Gulden zu Fr. 2. 10 berechnet.

²⁾ Nicht hier, sondern unter den Specialfonds verrechnet.

Zu einigen obiger Angaben mögen folgende erläuternde Bemerkungen angebracht werden:

Domänen und Gebäude.

Unter den *zinstragenden* (produktiven) sind wesentlich folgende angeführt:

1837: Fr. 183,485, darunter Domäne in Espen, Tablat, Fr. 12,000; Besitzungen in Steinach und Rorschach (aber ohne das Kornhaus in Rorschach) Fr. 30,200; in Thal und Rheineck Fr. 86,000; in Wil, Schwarzenbach und Oberbüren Fr. 41,400; endlich Reben in Graubünden.

1847: Von Fr. 108,075 fallen Fr. 31,000 auf das alte Zeughaus und das alte Theater in St. Gallen, Fr. 12,000 auf die Domäne in Espen, Tablat, Fr. 41,800 auf diejenigen in Rorschach und Steinach.

1857: Totalbetrag Fr. 194,150, wovon nun der Hauptteil auf das Kornhaus in Rorschach mit Fr. 164,000 fällt, Rest in Tablat und Unterrheinthal.

1867: Total Fr. 286,000, wovon Fr. 261,000 Korn- und Kaufhaus in Rorschach.

1877: Total Fr. 278,800, wovon Fr. 257,800 Korn- und Kaufhaus.

1887: Total Fr. 386,300, wovon Fr. 326,300 Kornhaus, Rest Domänen in St. Gallen und Tablat.

1897: Total Fr. 531,200, wovon Fr. 382,100 Kornhaus in Rorschach, daneben einige vom Staate neu erworbene Liegenschaften in St. Gallen.

Unter den *nichtzinstragenden* sind als die hauptsächlichsten das Regierungsgebäude in St. Gallen mit seinen Dependenzen, die Strafanstalt, die Militäranstalten, das Kantonsschulgebäude, in Rorschach das

Lehrerseminar Mariaberg, daneben in vielen Rheingemeinden Wachthäuser und Werkzeugschuppen anzuführen.

Bezüglich der **Staatswaldungen** siehe die Angaben beim Abschnitt Einnahmen, Ertrag des Staatsgutes.

Bezüglich der **Kantonalbank** siehe Abschnitt Einnahmen, Ertrag der Staatsanstalten.

Die **Eisenbahn-papiere** des Staates spezifizieren sich wie folgt:

1837 und 1847: —

1857: Fr. 6,100,000, davon Aktien der Vereinigten Schweizerbahnen Fr. 350,000, Obligationen derselben Fr. 5,750,000.

1867: Fr. 9,008,376, nämlich Papiere der Vereinigten Schweizerbahnen für Fr. 8,998,376, Fr. 10,000 Aktien vom Lustenauer Komitee.

1877: Fr. 12,051,176, hiervon Fr. 464,300 Kassasaldo, Fr. 8,826,876 Papiere der Vereinigten Schweizerbahnen, Fr. 2,500,000 Aktien der Toggenburgerbahn, Fr. 20,000 Gossau-Sulgen, Fr. 60,000 Zürichsee-Gottthard-Bahn.

1887: Fr. 11,597,100 (Nominalwert Fr. 12,788,600), nämlich 4 % Obligationen der Vereinigten Schweizerbahnen, I. und II. Hypothek, 3800 Prioritätsaktien der Vereinigten Schweizerbahnen, 5000 Aktien der Toggenburgerbahn, 360 Aktien der Zürichsee-Gottthard-Bahn, 61 Aktien der Strassenbahn Frauenfeld-Wil.

1897: Fr. 11,200,100 (Nominalwert Fr. 12,250,600), nämlich 4 % Obligationen der Vereinigten Schweizerbahnen, I. und II. Hypothek, 3800 Prioritätsaktien der Vereinigten Schweizerbahnen, 5000 Toggenburgerbahn, 40 Südostbahn, 61 Frauenfeld-Wil.

Diverse Kapitaldebitoren (Anlagen ohne Titel).

1887: Fr. 2,358,000, nämlich Fr. 158,000 Buchschuld der Verwaltung des säkularisierten Klosters Pfäfers, Fr. 2,900,000 Rheinkorrektion (Staatsanleihen), Fr. 200,000 Heil- und Pflegeanstalt St. Pirminsberg (Staatsanleihen).

1897: Fr. 3,200,000, nämlich Fr. 500,000 Anleihen bei der Rentenanstalt für die Rheinkorrektion, Fr. 2,000,000 Anleihen für die Rheinkorrektion, Fr. 700,000 Anleihen für das Asyl in Wil.

Kassen.

1887: Fr. 358,052, nämlich bei der Kantonalbank Fr. 291,372 und bei diversen Betriebskassen Fr. 66,680.

1897: Fr. 560,567, nämlich bei der Kantonalbank Fr. 491,063, Kasse der Centralverwaltung Fr. 18,244, diverse Betriebskassen Fr. 51,260.

Kontokorrentguthaben.

1887: Fr. 3,681,485, nämlich Fr. 2,958,430 bei der Rheinkorrektion, Rest bei diversen Conti.

1897: Fr. 2,277,506, nämlich Fr. 1,169,841 beim Rheinkorrektionsconto, Fr. 568,960 beim Rheinthalbinnenkanal, Fr. 411,632 bei der Verwaltung des säkularisierten Klosters Pfäfers, Rest bei Diversen.

Zu amortisierende Ausgaben.

Dieses Specialconto, früher in demjenigen der „Diversen Debitoren“ inbegriffen, existiert seit 1891 (siehe Amtsbericht 1891, Seite 151) und umfasst diejenigen Ausgabeposten, welche von der Staatskasse bereits verausgabt, durch Amortisationsraten jedoch wieder refundiert werden.

1897: Fr. 2,284,216, nämlich Fr. 100,826 Ankauf des Ostflügels des Kantonsschulgebäudes, Fr. 1,371,513 Perimeterschuld, welche von der Rheinkorrektion übernommen worden ist, Fr. 415,083 kantonale Subvention der Rheinregulierung und Rheinkorrektion, Fr. 233,465 kantonale Subvention des Rheinthalers Binnenkanals, Rest Diverses.

Staatskassaverwaltung (Anlagen auf Titel).

1837: Fr. 923,641, darunter Fr. 395,907 angelegte Kapitalien und rückständige Zinse, Fr. 44,036 Grundzinskapitalien, Fr. 299,264 Zehntkapitalien in Thal, Rheineck und St. Margrethen, und Fr. 131,653 Kassasaldo Ende des Jahres.

1847: Fr. 849,075, nämlich Fr. 285,875 angelegte Kapitalien, Fr. 131,294 Vorschuss des doppelten Geldkontingents an die eidg. Kriegskassa, Fr. 277,233 Zehntkapitalien in den obengenannten Rheingemeinden, Fr. 73,827 Kassasaldo am Ende des Jahres, Rest Grundzinskapitalien und rückständige Zinse.

1857: Fr. 553,295, nämlich Fr. 414,901 angelegte verzinsliche und unverzinsliche Kapitalien, Fr. 120,376 Kassasaldo, Fr. 15,674 Grundzinskapitalien, Rest rückständige Zinse.

1867: Fr. 729,238, nämlich Fr. 456,353 angelegte Kapitalien, Fr. 129,029 Kassasaldo, Fr. 60,374 Postrestanzforderung bei der Eidgenossenschaft, Fr. 53,912 Vorschüsse beim Bankkonto, Rest Grundzinskapitalien und rückständige Zinse.

1877: Fr. 813,453, nämlich Fr. 623,308 angelegte Kapitalien, Fr. 182,982 Kassasaldo, Rest Verschiedenes.

1887: Fr. 39,104, hypothekarisch sichergestellte Anlagen.

1897: Fr. 39,889, ebenso.

Amortisationsfonds für die Eisenbahnschuld.

Bezüglich der Entstehung und Entwicklung dieses Fonds ist bereits bei der Verwaltungsrechnung unter der Rubrik „Einnahmen der staatlichen Einrichtungen und Ausgaben im Finanzwesen“ das Nähere ausgeführt. Seit 1882 figurirt dieser Fonds nicht mehr unter dem allgemeinen Staatsvermögen, sondern unter den Specialfonds und Verwaltungen.

Rheinkorrektionsconto.

Siehe hierüber im allgemeinen das unter der Rubrik Ausgaben, Bauverwaltung, Gesagte.

1867: Fr. 352,986; hierunter figurieren Fr. 325,209 als Guthaben bei den wuhrpflichtigen Ortsgemeinden und auf dem Privatgrundbesitz des Inundationsgebietes; Fr. 27,777 als Inventar der Geräte etc.

1877: Fr. 3,775,582: nämlich Fr. 3,670,326 Guthaben bei der Eidgenossenschaft, beim Kanton, bei den wuhrpflichtigen Gemeinden und beim Perimeter; Fr. 105,256 Inventar an Geräten.

Salzverwaltung.

Der Salzhandel ist seit dem Bestande des Kantons (siehe Zollikofer, S. 638) als staatliches Regal behandelt und separat verwaltet worden; siehe hierüber näheres unter der Rubrik Einnahmen, Regalien. Gemäss Art. 52, Ziffer 5, des Gesetzes über Errichtung eines Lehrerseminars und einer Kantonsschule vom 4. Februar 1864 (G.-S., Bd. II, Nr. 19) sind die Zinsen des Salzfonds speciell für den Unterhalt dieser beiden Lehranstalten reservirt. 1867 erfolgte sodann eine Entnahme von Fr. 50,000 zu gunsten der Viehseuchenkasse, laut Gesetz vom 1. Dezember 1866 (G.-S., Bd. II, Nr. 133).

Seit 1882 figurirt auch dieser Fonds in der Staatsrechnung nicht mehr im allgemeinen Staatsvermögen, sondern unter den Specialfonds. Die Höhe des Salzfonds in den einzelnen Jahren erzeigt sich aus vorstehender Tabelle; die intensive Reduktion desselben von Fr. 386,101 im Jahr 1877 auf Fr. 186,319 im Jahr 1887 ist zurückzuführen auf die durch Grossratsbeschluss vom 23. November 1882 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 23) verfügte Entnahme von Fr. 200,000 für die Erweiterung der Strafanstalt St. Jakob.

Bürgerrechtstaxenfonds.

Durch Gesetz vom 24. Juni 1817 (Zollikofer, S. 376), betreffend Erwerbung des Kantonsbürgerrechtes, war für einen vom Grossen Rat in das Kantonsbürgerrecht aufgenommenen Bewerber, der sich sogleich im Kanton niederliess, eine Einkaufstaxe von mindestens 330 Gulden und für einen solchen, der sich nicht sogleich im Kanton niederliess, eine Taxe von wenigstens 1100 Gulden festgesetzt. Durch Dekret vom 25. Juni 1824 (Schlumpf, S. 1418) beschloss der Grosse Rat, „um einen Fonds zu sammeln, aus dem einst, in Verbindung mit andern milden Fonds, eine wohlthätige Kantonalanstalt gegründet und eingerichtet werden könne“, an Stelle der bisherigen gesetzlichen Verwendung der Bürgerrechtstaxen (zu Erziehungs- und Militärzwecken) die Gründung eines durch diese letzteren und die erlaufenden Zinsen zu alimentierenden Fonds. Durch Gesetz vom 23. April 1835 (G.-S., Bd. IV, Nr. 1), Art. 13, wurden die Einbürgerungstaxen für Schweizerbürger auf 200—500 Gulden, für Ausländer auf 500—1500 Gulden normiert, welche hohen Taxansätze erst in neuerer Zeit, durch Art. 36 der Kantonsverfassung vom 16. November 1890, reduziert wurden in dem Sinne, dass Schweizerbürger für Erteilung des Kantonsbürgerrechtes lediglich eine Kanzleitaxe (von Fr. 20), Ausländer dagegen eine billige Einkaufstaxe (je nach Vermögens- und Familienverhältnissen Fr. 50—400), unter Umständen auch nur jene Kanzleigebühr zu entrichten haben.

Die im Grossratsbeschluss vom Jahre 1824 vorgesehene Verwendung des Fonds für eine wohlthätige kantonale Anstalt ist seither dadurch erfolgt, dass gemäss Art. 52, Ziffer 5, des Kantonsschulgesetzes von 1864 (G.-S., Bd. II, Nr. 19) die Zinsen dieses Fonds mit denjenigen des Salzfonds für den Unterhalt von Kantonsschule und Lehrerseminar, die neu eingehenden Einbürgerungstaxen dagegen seit 1871 laut Grossratsbeschluss vom 23. November 1870 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 85) zur Tilgung der Bauschuld der Irrenanstalt St. Pirminsberg und seit 1887, laut Grossratsbeschluss vom 17. November 1886 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 23), dem Fonds des kantonalen Asyls in Wil abgegeben werden (1897: Fr. 3200); der Fonds, der seit 1882 ebenfalls unter den „Separatfonds“ zur Verrechnung gelangt und dessen jeweilige Höhe aus der Tabelle zu ersehen ist, bleibt daher stationär.

Allgemeines Staatsvermögen, Passiva, je per 31. Dezember.

Tab. 23.

	1837 ¹⁾	1847 ¹⁾	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Kompetenzlasten	30,121	—	—	—	—	—	—
Staatsanleihen	—	502,727	6,153,700	10,826,200	17,880,000	19,429,910	22,400,000
Verwaltungsrechnung (Vortrag des Jahres- ergebnisses)	—	—	—	—	—	202,403	199,457
Obligationen- und Couponeinlösung	—	—	—	—	—	150,697	150,079
Vorschüsse der Kantonalbank	—	—	—	—	—	6,739	200,459
Diverse Kreditoren	—	—	—	—	—	622,413	653,969
Verrechnung der Zweigverwaltungen	—	—	—	—	—	—	7,805
Nachsteuerreserve	—	—	—	—	—	—	48,455
Kauf-, resp. Hypothekarschulden auf Liegen- schaften	—	—	—	22,929	48,000	20,000	—
Kreditreserven	—	—	—	—	—	—	24,335
Kontokorrentschulden an Specialverwaltungen und Fonds zusammen	—	—	—	—	—	3,145,647	2,305,534
Diverse Betriebskassen	—	—	—	—	—	3,811	—
Bankdotationsconto (ohne Staatsanleihen) . .	—	—	—	53,973	—	—	—
Rheinkorrektionsconto (ohne Staatsanleihen) .	—	—	—	325,209	1,670,326	—	—
<i>Total der Passiven</i>	30,121	502,727	6,153,700	11,228,311	19,598,326	23,581,620	25,990,093

¹⁾ Der Gulden zu Fr. 2.10 berechnet.

Hierzu mögen folgende Erläuterungen beigelegt werden:

Kompetenzlasten.

1837: Fr. 30,121; hiervon 13,000 Gulden im Bezirk Unterrheinthal und 1200 Gulden in den Bezirken Werdenberg und Sargans.

Staatsanleihen.

1837: —

1847: Fr. 502,727, bei 4 Kreditoren.

1857: Fr. 6,153,700; hiervon Fr. 53,700 zum Zwecke der Schuldentilgung von der Münzeinschmelzung, Fr. 6,100,000 für Eisenbahnunternehmungen.

1867: Fr. 10,826,200, nämlich Fr. 2,000,000 für Dotation der Kantonalbank und Fr. 8,826,200 für Eisenbahnzwecke.

1877: Fr. 17,880,000, wovon 4,000,000 für die Kantonalbank, Fr. 11,880,000 für Eisenbahnzwecke und Fr. 2,000,000 für die Rheinkorrektion.

1887: Fr. 19,429,910 und zwar Fr. 10,950,000 für Eisenbahnzwecke, Fr. 6,000,000 für die Kantonalbank, Fr. 2,000,000 für die Rheinkorrektion, Fr. 200,000 für St. Pirminsberg und Fr. 279,910 für die Strafanstalt St. Jakob.

1897: Fr. 22,400,000, nämlich Fr. 10,700,000 für Eisenbahnzwecke, Fr. 7,000,000 für die Kantonalbank, Fr. 2,500,000 für die Rheinkorrektion, Fr. 700,000 für das Asyl in Wil und Fr. 1,500,000 für die zu amortisierenden Ausgaben der Staatskasse.

Die übrigen Posten dieser Tabelle bedürfen wohl keiner nähern Erörterung und Specifikation.

Tab. 24. Vermögensbestand der Specialverwaltungen und Fonds, je per 31. Dezember.

	1837 ¹⁾	1847 ¹⁾	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
I. Fonds zu allgemeinen und Armenunterstützungszwecken.							
Liebesgabenfonds (Wasserbaufonds)	—	—	—	—	94,704	44,084	50,783
Kantonalararmenfonds	240,487	126,736	126,232	173,653	104,102	110,095	126,645
Kantonshülfskasse	76,619	59,417	99,021	205,182	165,124	209,369	353,900
Vermächtnis von Witwe Rochat	—	—	—	—	—	—	13,735
Unterstützungsfonds für notarme Irren	—	—	51,860	61,338	70,226	80,882	150,337
Verwaltung des säkul. Klosters Pfäfers	—	705,460	166,663	216,516	811,524	506,119	250,370
Armenbadkapital	—	—	—	—	—	6,250	6,250
Badarmenanstalt Pfäfers	—	9,266	15,841	22,876	30,751	40,088	49,453
Bartholmescher Badarmenfonds	—	—	—	—	—	33,249	33,133
Fonds für Kinder- und Waisenversorgung	—	—	—	—	—	—	11,286
Alkoholzehntel	—	—	—	—	—	—	64,750
Vermächtnis von Herrn K.-R. Broder	—	—	—	—	—	—	60,115
	317,106	900,879	459,617	679,565	1,276,431	1,030,136	1,170,757
II. Fonds zu volkswirtschaftlichen Zwecken.							
Eisenbahn-Amortisationsfonds	—	—	²⁾ (262,419)	²⁾ (361,873)	²⁾ (425,182)	700,000	700,000
Rheinkorrektion, Fondsvermögen	—	—	—	—	—	218,728	—
„ Rheinauen	—	—	—	—	—	—	54,329
Viehseuchenkasse	—	—	—	50,000	102,836	318,594	480,165
Assekuranzanstalt, Reservefonds	253,856	50,259	407,798	590,366	599,363	376,335	1,305,301
„ Specialfonds für Unterstützung des Feuerlöschwesens	—	—	—	—	—	27,728	45,582
	253,856	50,259	407,798	640,366	702,199	1,641,385	2,585,377
III. Pensions- und ähnliche Unterstützungsfonds.							
Rheinthal Binnenkanal, Kranken- u. Unfallkasse	—	—	—	—	—	—	51,978
Rheinkorrektion, Kranken- und Unfallkasse	—	—	—	—	—	—	42,887
Landjägerinvalidenfonds, Fonds	—	12,857	27,951	45,497	58,632	103,702	151,705
„ Decompte	—	—	—	—	—	3,640	3,880
Allgemeine Lehrerunterstützungskasse	—	—	—	—	54,540	436,783	618,272
Katholische „	—	—	—	—	—	33,647	40,264
Evangelische „	—	—	—	—	—	17,455	21,941
Krankenkasse des Lehrerseminars	—	—	—	669	1,813	4,240	5,696
Armenkasse der Strafanstalt St. Jakob	—	—	—	—	1,400	2,051	2,879
Unterstützungsfonds für entlassene Sträflinge	—	—	—	—	693	1,565	2,227
Conducteur- und Postillonfonds	—	—	9,443	8,606	11,663	—	—
	—	12,857	37,394	54,772	128,741	603,083	941,729
IV. Fonds und Specialverwaltungen zu Sanitätszwecken.							
Kantonsspital, Allgemeines Fondsvermögen	—	—	—	366,912	1,740,681	92,059	617,724
„ diverse Specialfonds	—	—	—	—		2,104,030	239,843
„ Betriebsvermögen	—	—	—	—		18,376	1,957,607
Entbindungsanstalt, Fonds	—	4,460	6,468	8,407	11,654	—	319
„ Betriebsvermögen	—	—	—	—	—	—	152,880
Krankenhaus Walenstadt, Fonds	—	—	—	—	—	—	60,600
„ „ Freibettenfonds	—	—	—	—	—	—	1,742
„ „ Betriebsvermögen	—	—	—	—	—	—	129,230
Krankenhaus Uznach, Betriebsvermögen	—	—	—	—	—	—	192,684
Irrenanstalt St. Pirminsberg	—	307,318	436,761	498,063	1,106,275	200,000	96,182
„ „ Betriebsvermögen	—	—	—	—	—	1,352,502	1,505,058
Asyl in Wil, Allgemeiner Fonds	—	—	—	—	—	742,091	127,828
„ „ „ Unfallversicherungsfonds	—	—	—	—	—	—	4,776
„ „ „ Betriebsvermögen	—	—	—	—	—	—	1,904,016
	—	311,778	443,229	873,382	2,858,610	4,509,058	6,990,489

¹⁾ Der Gulden zu Fr. 2.10 berechnet.

²⁾ Nicht hier, sondern im *allgemeinen* Vermögensausweis verrechnet.

Vermögensbestand der Specialverwaltungen und Fonds, je per 31. Dezember. (Fortsetzung.)

	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
V. Fonds zu Erziehungs- und Schulzwecken.							
Kantonsbürgerrechtstaxenfonds	¹⁾ (42,437)	¹⁾ (43,208)	¹⁾ (142,274)	¹⁾ (176,504)	¹⁾ (206,801)	206,351	206,351
Stipendien- u. Krankenkasse der Kantonsschule	—	—	—	4,951	27,193	55,451	76,466
Bibliothekfonds der Kantonsschule	—	—	—	186	476	1,312	1,928
Munitionsfonds der Kadettenartillerie	—	—	—	—	—	1,862	2,091
Custerhof, Stipendien- und Betriebsfonds	—	—	—	—	—	—	30,000
„ Betriebsvermögen	—	—	—	—	—	—	134,630
	—	—	—	5,137	27,669	264,976	451,466
VI. Fonds zu allgemein finanziellen Zwecken.							
Waldbaufonds	—	—	—	—	—	6,871	7,054
Salzverwaltung	¹⁾ (217,316)	¹⁾ (245,018)	¹⁾ (341,509)	¹⁾ (335,652)	¹⁾ (386,101)	186,319	187,123
	—	—	—	—	—	193,190	194,177
Rekapitulation.							
I. Fonds zu allgemeinen und Armenunterstützungszwecken	317,106	900,879	459,617	679,565	1,276,431	1,030,136	1,170,757
II. Fonds zu volkswirtschaftlichen Zwecken	253,856	50,259	407,798	640,366	702,199	1,641,385	2,585,377
III. Pensions- und ähnliche Unterstützungsfonds	—	12,857	37,394	54,772	128,741	603,083	941,729
IV. Fonds zu Sanitätszwecken	—	311,778	443,229	873,382	2,858,610	4,509,058	6,990,489
V. Fonds zu Erziehungs- und Schulzwecken	—	—	—	5,137	27,669	264,976	451,466
VI. Fonds zu allgemein finanziellen Zwecken	—	—	—	—	—	193,190	194,177
<i>Total</i>	570,962	1,275,773	1,348,038	2,253,222	4,993,650	8,241,828	12,333,995

¹⁾ Nicht hier, sondern im *allgemeinen* Vermögensausweis verrechnet.

Zu obigen Angaben seien folgende nähere Erläuterungen beigelegt:

I. Fonds zu allgemeinen und Armenunterstützungszwecken.

Liebesgabenfonds (Wasserbaufonds).

Dieser Fonds, zum erstenmal in der Staatsrechnung pro 1877 erscheinend, ist zurückzuführen auf den Schlussbericht über die eingegangenen Liebesgaben zu gunsten der durch die Rheinkatastrophen von 1868 und 1871 schwer geschädigten Landesteile, wonach der übrig bleibende Rest von Fr. 88,291 per 1. Juli 1877 zu einem Fonds angelegt werden sollte, um je- weilen kleinere Unternehmungen zum Schutze der durch Hochwasser bedrohten Gegenden subventionieren zu können.

Kantonalarmenfonds.

Der Bestand dieses Fonds reicht beinahe bis an das Gründungsjahr des Kantons zurück; er figurirt

zum erstenmal in der Staatsrechnung pro 1812/1813 mit einem Kapitalbetrag von 33,000 Gulden. In das Rechnungsjahr 1847 fällt zunächst die Entnahme eines Betrages von 92,796 Gulden zur Dotation und Einrichtung der 1845 gegründeten Irrenanstalt St. Pirmins- berg.

In der Regel nur durch die zuwachsenden Zins- erträge geäußert, erhielt der Kantonalarmenfonds laut Grossratsbeschluss vom 10. November 1852 vermehrten Zuwachs durch Zuweisung der Nachvergütungen von Staatssteuern. Zuzugle Grossratsbeschlusses vom 3. April 1857 (G.-S. Bd. II, Nr. 110) wurden dem Fonds Fr. 50,000 als Dotationsfonds für Unterstützung not- armer Irren in ärmeren Gemeinden und sodann durch Grossratsbeschluss vom 6. Juni 1866 (G.-S. Bd. II, Nr. 91) dem damals Fr. 435,057 betragenden Fonds weitere Fr. 300,000 als primitiver Spitalfonds für Grün- dung einer oder mehrerer kantonalen Krankenanstalten entnommen und gleichzeitig diesem Spitalfonds die Staats- steuer-Nachvergütungen („Nachsteuern“) zuerst zu $\frac{2}{3}$ — $\frac{1}{3}$ blieb dem Kantonalarmenfonds — mit Gross-

ratsbeschluss vom 8. Juni 1869 (G.-S. Bd. I N. F., Nr. 11) jedoch in ihrem *vollen* Betrage dem aus dem städtischen Gemeindekrankenhaus hervorgegangenen Kantonsspital zugewendet. Als Hilfsquellen zu seiner Äufnung sind dem Kantonalarmenfonds seither nur all-fällige nicht anderweitig verwendete Zinsenüberschüsse verblieben.

Aus den Zinserträgen des Fonds werden Unterstützungen gewährt an schweizerische Hilfsgesellschaften im Auslande, bei grösseren Brandfällen ausserhalb des Kantons, an die Erziehungskosten taubstummer Kinder, an Wohlthätigkeitsanstalten und Vereine u. s. w. 1837: Fr. 1516; 1847: Fr. 2355; 1857: Fr. 3672; 1867: Fr. 5443; 1877: Fr. 3250; 1887: Fr. 5700; 1897: Fr. 3000.

Kantonshülfskasse.

Schon durch Gesetz vom 25. Juli 1803 (Zollikofer, S. 505) wurde zur Unterstützung unbemittelter, durch Elementarereignisse (Wasser- und Sturmschaden, Viehseuchen u. s. w.) geschädigter Kantonseinwohner eine kantonale Hülfskasse gegründet und zu deren Äufnung, nebst freiwilligen Vergabungen, die Anordnung jährlicher Hauskollekten oder Kirchensteuern vorgesehen, unter gleichzeitiger Untersagung alles anderweitigen Steuersammelns, abgesehen von regierungsrätlich zu bewilligenden Ausnahmefällen. Das Gesetz vom 4. Mai 1848 (G.-S., Bd. II, Nr. 123) hat die Gewährung von Unterstützungen auf solche Schädigungen beschränkt, gegen welche keine *Versicherung* möglich ist; bei Hagelschaden bleibt die Unterstützung *fakultativ* vorbehalten (Nachtragsgesetz von 1865). Zur Verwendung für zu verabreichende Unterstützungen sind die Zinsen des Fonds und die Liebesgaben bestimmt; soweit der Ertrag derselben hierfür nicht erschöpft wird, wird er zum Kapital geschlagen, kann aber später, bei grössern Unglücksfällen, wieder zur Unterstützung verwendet werden. Vergabungen dagegen bleiben unantastbares Fondskapital. Durch Vollzugsverordnung vom 31. Mai 1872 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 145) wird, je nach der Höhe des entstandenen Gesamtschadens, das Verfahren für die amtliche Schätzung desselben durch gemeinderätliche Schatzungskommissionen in oder ausser der betreffenden Gemeinde festgesetzt und die Unterstützung auf solche Bewohner beschränkt, deren Steuer- vermögen nach Abzug des Schadens Fr. 2000 nicht übersteigt. Der Ertrag der alljährlichen Liebesgabenkollekten nach dem Betttag, der seit 1866 je zur Hälfte dem Kantonsspital und der Kantonshülfskasse zufluss (jährlicher Ertrag circa Fr. 14,000—15,000) wurde durch Verordnung vom 9. März 1883 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 29) wieder ausschliesslich der Kan-

tonshülfskasse zugewendet und für den Kantonsspital, resp. seit 1897 für die kantonalen und vom Kanton unterstützten Krankenanstalten, eine eigene Liebesgabensammlung, jeweilen in der Woche nach Ostern, angeordnet.

An Unterstützungen aus diesem Fonds wurden im Sinne obiger Bestimmungen verabfolgt: 1837: Fr. 19,808, 1847: Fr. 12,398, 1857: nur Fr. 129, 1867: Fr. 22,806, 1877: Fr. 123,444, an 40 Gemeinden, unter Zuhilfenahme einer ausserordentlichen Liebesgabensammlung, 1887: Fr. 28,842, 1897: Fr. 22,368.

Vermächtnis von Frau Rochat.

Im Jahre 1887 vermachte Frau Rochat-Schaller in St. Gallen Fr. 30,000, mit lebenslänglichem Zinsgenuss für ihre Schwester, nach deren Ableben das Kapital je zur Hälfte mit Fr. 15,000 dem Freibettenfonds des Kantonsspitals und der Heimatgemeinde der Donatorin (Walkringen, Kanton Bern) zufallen wird. Dieser Fonds ist aus Versehen in Rubrik I statt IV eingereiht worden; der relativ unbedeutende Betrag mag es rechtfertigen, wenn von einer Richtigstellung und daheriger Umrechnung der Tabellen 24—26 Umgang genommen worden ist.

Unterstützungsfonds für notarme Irren.

Wie schon beim Kantonalarmenfonds erwähnt, wurden dem letztern laut Grossratsbeschluss vom 3. April 1857 (G.-S., Bd. II, Nr. 110) Fr. 50,000 entnommen als „besonderer Dotationsfonds für die Unterstützung notarmer Irren in ärmeren Gemeinden“. Die wachsende Inanspruchnahme des Fonds macht die weitere Äufnung desselben durch Zuwendungen aus dem Alkoholzehntel (1897: Fr. 8000) notwendig; die Zinsen werden verwendet als Beiträge an die Kosten der Gemeinden für Versorgung notarmer Irren in Irrenanstalten (1857: Fr. 155; 1867: Fr. 1839; 1877: Fr. 2113; 1887: Fr. 3313; 1897: Fr. 5564).

Verwaltung des säkularisierten Klosters Pfäfers.

Dieser Fonds ist hervorgegangen aus der Liquidation des vom Grossen Rat am 20. Februar 1838, unter Zustimmung der damaligen Klosterinsassen, aufgehobenen Klosters Pfäfers (G.-S., Bd. III, Nr. 162), dessen Vermögen in erster Linie zur Pensionierung der damaligen Kapitularen und der Überschuss sodann vorzugsweise zu Schulzwecken, unter besonderer Berücksichtigung des Bezirks Sargans, verwendet werden sollte. Laut Beschluss des Grossen Rates vom 14. November 1845 wurde die neugegründete Irrenanstalt St. Pirminsberg in den Gebäulichkeiten des ehemaligen

Klosters untergebracht und laut Organisation vom 16. November 1846 (G.-S., Bd. II, Nr. 72) für ihren Unterhalt an den Ertrag der ihr einverleibten Grundstücke, an die Zinsen des Stiftungskapitals (50,000 Gulden aus dem Kantonalararmenfonds), an die Verpflegungsgelder und den Arbeitsverdienst der Pflegerlinge angewiesen.

1847 betrugen die Pfäferser Fonds 336,943 Gulden, nämlich Badanstalt Pfäfers 152,000 Gulden, Hof Ragaz 105,000 Gulden, Waldareal 38,000 Gulden, Armenbadanstalt Pfäfers 4300 Gulden und Bestand der Liquidationskasse 37,500 Gulden, wogegen jährliche Pensionen an gewesene Kapitularen im Gesamtbetrage von 8241 auf dem Fonds lasteten. Noch 1854 ist der Fonds mit Fr. 623,824 in die Staatsrechnung eingestellt, 1855 jedoch nur mit Fr. 143,373, und zwar wegen Einstellung von Fr. 465,000 in die Passiven als kapitalisierter Wert der den Fond belastenden Pensionen und wegen Dotation der Ortsgemeinde Wangs zur Gründung einer eigenen Pfarrei mit Fr. 73,467.

1867 betragen die Pfäferser Fonds laut Tabelle noch Fr. 216,516, 1868 steigen sie auf Fr. 680,416 infolge Liquidation der Badanstalten durch konzessionsweise Übertragung des Bades Pfäfers auf 100 Jahre (bis 1967) und Verkauf des Hofes Ragaz samt Zubehör an Arch B. Simon. Dem Aktivwert von Fr. 1,834,115 sind an Passiven (kapitalisierter Pensionsbetrag, Dotation Wangs, Anleihen und Passivsaldo der Verwaltung) Fr. 1,153,699 gegenübergestanden, somit obiger Aktivenüberschuss. Bis 1886 ist der Fonds wieder in allmählichem Anwachsen begriffen (1886: Fr. 1,126,168); 1887 wird derselbe auf Fr. 506,119 reduziert infolge Übertragung von Fr. 500,000 an den Asylaufonds laut Grossratsbeschluss vom 17. November 1886 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 24) und Fr. 144,937 an die Amortisation der Bauschuld auf St. Pirminsberg; eine weitere Übertragung von Fr. 400,000 auf den Asylaufonds verzeigt die Staatsrechnung vom Jahr 1892. Die Zinse dieses Fonds werden seit 1897 auf Grund von Art. 7 des Waisenversorgungsgesetzes von 1896 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 58) zu einem Specialfonds für „Kinder- und Waisenversorgung“ angelegt.

Armenbadkapital Pfäfers.

Seit 1885 ist aus dem Freien Vermögen des Pfäferser Fonds ein stationär bleibender Betrag von Fr. 6250 ausgeschrieben als Dotationskapital für ein Armenbad.

Badarmenanstalt Pfäfers.

Schon durch kleinrätliche Verordnung vom 12. April 1839 (Schlumpf, S. 1601), revidiert durch Verordnung vom 20. Mai 1867 (G.-S., Bd. II, Nr. 114) war für alle Zeiten im Bad Pfäfers der Bestand einer Badanstalt

für arme Patienten vorgeschrieben, zu welcher jeder mit den erforderlichen Requisiten verschener Arme, ohne Rücksicht auf seine bürgerliche Zugehörigkeit, Zutritt haben soll; als solche sind vorgesehen: ein Armutsschein, ein ärztliches Zeugnis und ein Geldbeitrag von Fr. 20 (früher 5 Gulden 24 Kr.). Zur Äufnung des Fonds dienen jährliche Beiträge von Fr. 250 aus dem Pfäferser Fonds und seitens der Konzessionäre; der Ertrag der Fahrtaxen für die Badstrasse bis auf Fr. 400 und allfällige Schenkungen. Die Zahl der diese Stiftung Benutzenden beträgt durchschnittlich 80–90 per Jahr.

Bartholomesche Badarmenstiftung.

Mit dem Jahr 1878 trat diese wohlthätige Stiftung ins Leben, womit Friedrich Bartholome, Privatier, von Augsburg, eine Summe von 25,000 Mark testamentarisch vermacht hatte zu dem Zwecke, um hilfsbedürftigen Kranken eine Badekur im Bad Ragaz zu ermöglichen. Der Fonds, dessen Zinse jährlich circa 20–30 Patienten zu statten kommen, ist successive bis 1897 auf Fr. 33,133 gestiegen.

Fonds für Kinder- und Waisenversorgung.

Gemäss Art. 7 des Gesetzes über Versorgung und Erziehung armer Kinder und Waisen vom 28. Dezember 1896 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 58) sind die Zinse des Kapitalvermögens des Klosters Pfäfers in erster Linie zu verwenden zu Staatsbeiträgen an die Kosten, welche aus der Versorgung von Kindern bei Privaten und in Waisenhäusern den Gemeinden entstehen. Seit 1897 werden diese Zinse zu oben bezeichnetem Separatfonds zusammengelegt; Bestand 1897; Fr. 11,286; 1899: Fr. 35,228.

Alkoholzehntel.

1897: Fr. 64,750. Dieser Posten setzt sich zusammen aus dem jeweiligen Jahresbetroffnis des nach Art. 32^{bis} der Bundesverfassung zur Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen zu verwendenden Zehntels des kantonalen Anteils vom Ertrage des Alkoholmonopols (siehe Seite 268 hiavor) nebst den Restbeträgen früherer Betroffnisse und Zinszuschlägen.

Vermächtnis Broder.

Im Jahr 1891 testierte Kantonsrichter Broder von Sargans den Betrag von Fr. 50,000 „für einen einheitlichen, bleibenden, öffentlichen und humanen Zweck, dessen endgültige und ausschliessliche Bezeichnung dem Grossen Räte, auf Vorschlag des Regierungsrates, anheimgestellt wird“. Der Fond ist, da über dessen Verwendung noch nicht verfügt worden ist, durch

schenkungsweise Zuwendung der Zinsen durch die zum Bezug derselben berechnete Schwester des Donators inzwischen (1899) auf Fr. 64,772 angewachsen.

II. Fonds zu volkswirtschaftlichen Zwecken.

Eisenbahn-Amortisationsfonds.

Siehe hierüber Seite 262 hiervor.

Rheinkorrektion.

Siehe hierüber Seite 290 hiervor.

Der pro 1897 unter „Rheinauen“ vorgemerkte Betrag von Fr. 54,329 repräsentiert den Einnahmenüberschuss aus der Ertragsrechnung des durch die Rheinkorrektion gewonnenen und vom Staate aufgeforsteten und bewirtschafteten Kulturlandes.

Viehseuchenkasse.

Siehe hierüber Seite 295 hiervor.

Zur Alimentation dieser Kasse dienen nebst den Zinserträgen die durch die Viehseuchen-Verordnungen von 1874, 1888 und 1895 (G.-S., N. F., Bd. II, Nr. 51, V, Nr. 55 und VII, Nr. 28) festgesetzten Taxgebühren für Viehgesundheitsscheine (Ertrag 1897 z. B. Fr. 28,623). Hieraus werden die durch die Verordnung vorgesehenen Schadensvergütungen bei Viehseuchen, ein jährlicher Beitrag von Fr. 15,000 an die freiwilligen Viehversicherungsgesellschaften, der je nach der Grösse der von den letzteren erlittenen Schäden zur Verteilung gelangt, sowie die Kosten der Viehverkehrskontrolle bestritten.

Assekuranzanstalt.

Siehe hierüber Seite 265 hiervor.

Bezüglich des Reservefonds bestimmt nunmehr Tit. VII des Gesetzes vom 3. Februar 1870 (G.-S., Bd. I N. F., Nr. 40), dass derselbe wenigstens bis auf den Betrag von 2 Millionen Franken zu öffnen sei, und zwar durch die Zinse seines Vermögensbestandes und die Überschüsse der Jahreseinnahmen über die Jahresausgaben.

Seit 1898 besteht ein Rückversicherungsvertrag mit dem „Phönix“ in London, wonach letzterer 70 % der Gebäuderisiken gegen eine Einheitsprämie von netto 1.10 ‰ (durchschnittliche Einheitsprämie des Kantons für die 6 Gefahrenklassen 1.25 ‰) übernimmt. Der Amtsbericht von 1873 enthält eine interessante statistische Übersicht über die Entwicklung der st. galischen Brandversicherungsanstalt von 1867—1873, auf welche hier verwiesen werden mag.

Aus der Brandasssekuranzkasse werden nicht nur die Vergütungen erlittener Gebäudebrandschäden, son-

dern auch die durch das Gesetz betreffend Unterstützung von Hydranteneinrichtungen vom 30. Dezember 1884 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 62) vorgesehenen Subventionen an Hydrantenanlagen, teils in Form von Prämienrückschüssen von 5—10 %, teils in Aversalbeiträgen (pro 1897 zusammen an 32 Anlagen Fr. 97,313) bestritten.

Seit dem Gesetz vom 30. Dezember 1884 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 63) besteht ein separater Conto für Unterstützung des Feuerlöschwesens, der durch Beiträge der Mobiliarversicherungsgesellschaften von 2 Rp. von je Fr. 1000 der im Kanton versicherten Summe alimentiert und zur Beitragsleistung an Anschaffungskosten der Gemeinden für Feuerlöschzwecke und zur Förderung des Feuerlöschwesens durch Kurse verwendet wird.

1897: Beiträge an Gemeinden Fr. 6500, Kosten eines kantonalen Feuerwehrcurses Fr. 6307, Beiträge der Mobiliarversicherungsgesellschaften Fr. 7859.

III. Pensions- und ähnliche Unterstützungsfonds.

Kranken- und Unfallkasse der Rheinkorrektion und des Rheintaler Binnenkanals.

Infolge des erweiterten Haftpflichtgesetzes von 1887 besteht als staatliches Institut seit 1888 auf Grund von Statuten vom 2. März 1888 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 51), revidiert am 30. November 1895 (G.-S., Bd. VII N. F., Nr. 43), eine Unfall- und Krankenversicherung für die Arbeiter, Angestellten und Accordanten des Rheintaler Binnenkanals und der Rheinkorrektion. Für die Krankenkasse werden die Beiträge einzig von den Accordanten und Arbeitern bestritten, während zur Alimentation der Unfallkasse 60 % vom Arbeitgeber (Rheinbaubureau) und 40 % vom Arbeitnehmer (Accordant und Arbeiter) beigetragen werden. Die Unterstützung aus der Krankenkasse erstreckt sich innert Jahresfrist für den gleichen Krankheitsfall auf höchstens 3 Monate; für die Höhe der Unfallentschädigung ist die eidg. Haftpflichtgesetzgebung massgebend.

Landjägerinvalidenfonds.

Der Fonds besteht seit 1836 zufolge Verordnung vom 6. April 1835 (G.-S., Bd. II, Nr. 51); nach Art. 43 der jetzt bestehenden Dienstinstruktion vom 13. Dezember 1887 (G.-S., Bd. V N. F., Nr. 43) wird er geöfnet durch Beiträge des Landjägercorps (Fr. 15 Eintrittsgeld und monatlich ein Tagessold), durch die Zinse des Décompte, durch die den Landjägern auferlegten Disciplinarbussen, durch Erlös alter Montierungsgegenstände, allfällige Schenkungen und einen jährlichen Staatsbeitrag (1897 Fr. 1000); die Kasse gewährt Unterstützungen bei Krankheit oder Unfall, Verunglückung

im Dienst und Dienstuntauglichkeit infolge Alters oder Krankheit nach genau bestimmter Abstufung, im Maximum Fr. 1000, in besondern Fällen auch an die hinterlassene Familie eines Landjägers (Art. 45—47 der Instruktion). 1897 wurden Fr. 12,346 an Pensionen und Aversalunterstützungen verabfolgt.

Art. 39 der Instruktion überbindet jedem Landjäger die Leistung eines Décompte von Fr. 40, über welche gesönderte Rechnung geführt wird; 1897: Fr. 3880.

Lehrerpensionskassen.

Unterstützungskassen für Volksschullehrer (Primar- und Sekundarlehrer) bestehen drei: eine allgemeine und zwei gesönderte konfessionelle, aus der Zeit vor 1861 herstammend, in der das Erziehungswesen noch Sache der Konfessionsteile war.

Die allgemeine, alle Lehrer umfassende Kasse trat am 1. Januar 1878 ins Leben, auf Grund der Statuten vom 19. November 1877 (G.-S., Bd. III N. F., Nr. 45), welche seither zweimalige Revision erfahren haben im Jahr 1886 und 1896 (G.-S., N. F. Bd. V, Nr. 21, und VII, Nr. 46); nach den nunmehrigen Statuten vom 25. Februar 1896 alimentiert sich die Kasse hauptsächlich aus folgenden Beiträgen: von jedem Anteilhaber Fr. 20; jährlicher Beitrag des Staates für jeden Anteilhaber Fr. 30 (zusammen 1897: Fr. 18,000); jährliche Beiträge der Schulgemeinden Fr. 50 per Lehrstelle (Art. 4). Die Leistungen sind wesentlich folgende: volle Pension von Fr. 600 an solche Lehrer, welche nach wenigstens 10jährigem Schuldienst im Kanton dienstuntauglich werden oder nach vollendetem 65. Altersjahr freiwillig in den Ruhestand treten; teilweise Pension von Fr. 100—500 an Lehrer, welche vor 10 Jahren dienstuntauglich werden; Fr. 250 Pension an die Witwe; Pensionen von Fr. 100—350 an die Kinder unter 18 Jahren, je nach der Zahl derselben (Art. 9); 1897 wurden an Pensionen verabfolgt zusammen Fr. 67,680; Fondsbestand: Fr. 618,272.

Die noch vorhandenen konfessionellen Pensionsfonds dienen zur Erfüllung der auf diesen Kassen vor der Gründung der gemeinsamen Kasse bestandenen und noch bestehenden Verbindlichkeiten.

Kondukteur- und Postillonsfonds.

Zu gunsten derjenigen Kondukteure und Postillone, welche von 1841—1849 im st. gallischen Dienste oder unter st. gallischer Verwaltung im Postdienste des Kantons Schwyz gestanden und 1849 in die eidgenössische Postverwaltung übergegangen waren, existierte ein Unterstützungsfonds für Unglücksfälle oder unverschuldete Dienstunfähigkeit. Infolge Ablebens des letzten dieser Postillon-Veteranen im Jahr 1884 wurde dieser

Fonds von damals Fr. 15,436 disponibel, und der Staat machte von dem ihm zustehenden Verfügungsrecht am 18. Mai 1885 durch Einverleibung desselben in den Fonds für Gründung eines Asyls für Unheilbare und Altersschwache Gebrauch, welcher letzterem durch Grossratsbeschluss vom 20. November 1884 (G.-S., Bd. IV N. F., Nr. 60) auch schon andere kleinere Vermögensbestände und Anwartschaften zugewiesen worden waren.

Die andern kleinen Fondsbeträge dieser Rubrik bedürfen wohl keiner nähern Erläuterung, da sich ihre Zweckbestimmung aus ihrer Bezeichnung ergibt.

IV. Fonds- und Separatverwaltungen zu Sanitätszwecken.

Hierüber siehe zunächst die Ausführungen zum betreffenden Abschnitt der „Verwaltungsrechnung“, Seite 304 hiavor.

Die Betriebsrechnungen der hier aufgeführten Krankenanstalten weisen für die in Frage kommenden Jahre folgende Zahlen auf:

1. Kantonsspital.

1877: Betriebsausgaben	Fr. 159,956
Betriebseinnahmen	„ 102,564
Deficit, durch Nachsteuern gedeckt	Fr. 57,392
1887: Betriebsausgaben	Fr. 227,938
Betriebseinnahmen	„ 173,013
Deficit, durch Nachsteuern gedeckt	Fr. 54,925
1897: Betriebsausgaben	Fr. 294,836
Betriebseinnahmen	„ 236,228
Deficit, durch Nachsteuern gedeckt	Fr. 58,608

Unter den in der Tabelle zum Jahr 1897 erwähnten diversen Specialfonds figurieren der allgemeine Freibettenfonds mit Fr. 154,699, sodann einzelne Freibettenfonds mit Fr. 60,000, der Freibettenbetriebsconto mit Fr. 20,012 und drei kleinere Fonds.

2. Entbindungsanstalt.

1897: Betriebsausgaben	Fr. 28,147
Betriebseinnahmen	„ 15,437
Deficit, durch die Staatskasse gedeckt	Fr. 12,710

3. Irrenanstalt St. Pirminsberg.

1857: Betriebseinnahmen	Fr. 78,433
Betriebsausgaben	„ 78,333
Aktivsaldo	Fr. 100
1867: Betriebsausgaben	Fr. 343,458
Betriebseinnahmen	„ 254,878
Deficit, bezw. Passivsaldo	Fr. 88,580

nicht durch die Staatskasse gedeckt, sondern der Vermögensrechnung von St. Pirminsberg belastet, weil durch Neubauten und wesentliche bauliche Umänderungen der Anstalt hervorgerufen.

1877: Betriebsausgaben	Fr. 238,284
Betriebseinnahmen	„ 224,440
Deficit, durch die Staatskasse gedeckt	Fr. 13,844
1887: Betriebsausgaben	Fr. 203,470
Betriebseinnahmen	„ 195,928
Deficit, durch die Staatskasse gedeckt	Fr. 7,542
1897: Betriebsausgaben	Fr. 176,356
Betriebseinnahmen	„ 151,873
Deficit, durch die Staatskasse gedeckt	Fr. 24,483

4. Kantonales Asyl in Wil.

1897: Betriebsausgaben	Fr. 219,766
Betriebseinnahmen	„ 161,297
Deficit, durch die Staatskasse gedeckt	Fr. 58,468

5. Krankenhaus Wallenstadt.

1897: Betriebsausgaben	Fr. 29,951
Betriebseinnahmen	„ 18,777
Deficit, durch die Staatskasse gedeckt	Fr. 11,174

6. Krankenhaus Uznach.

1897: Betriebsausgaben	Fr. 15,892
Betriebseinnahmen	„ 8,072
Deficit, durch die Staatskasse gedeckt	Fr. 7,820

V. Fonds zu Erziehungs- und Schulzwecken.

Bezüglich des Kantonsbürgerrechtstaxenfonds siehe die Ausführungen Seite 318 hiavor; bezüglich des Custerhofes Seite 294 hiavor.

VI. Fonds zu allgemeinen finanziellen Zwecken.

Bezüglich des Salzfonds wird auf Seiten 266 und 318 hiavor verwiesen.

Der Waldbaufonds ist auf den Grossratsbeschluss vom 1. Juni 1874 zurückzuführen, wodurch der Regierungsrat ermächtigt wurde, zum Zwecke geeigneter Arrondierung der Staatswaldungen kleinere Parzellen derselben zu veräussern und den Erlös zum Ankauf von Waldungen in geeigneten Lagen zu verwenden. Infolge dieser Zweckbestimmung hat der Waldbaufonds, dem nach Bedarf auch jährliche Zuschüsse aus der Staatskasse zufließen (1897 Fr. 7000), je nach der jeweiligen Gelegenheit zur Walderwerbung einen sehr veränderlichen Bestand.

* * *

Werden die absoluten Zahlen vorstehender 3 Tabellen wie diejenigen der Verwaltungsrechnung berechnet per Kopf der Bevölkerung und nach dem prozentualen Verhältnis der beiden Vermögenskategorien, so ergeben sich die in nachfolgender Tabelle 26 verzeichneten Zahlen. Es ist derselben zu entnehmen, dass das in den Specialfonds und Verwaltungen eingelegte mittelbare Staatsvermögen sowohl per Kopf der Bevölkerung als nach seinem prozentualen Verhältnis zum allgemeinen oder unmittelbaren Staatsvermögen einen bedeutend stärkeren Zuwachs zu verzeichnen hat als das letztere, wobei allerdings neben der thatsächlichen Zunahme dieser Vermögensbestände auch die im Laufe der Jahrzehnte manchem Wechsel unterworfenen Methode der Rechnungsführung und Bewertung nicht ohne Einfluss geblieben ist.

Tab. 25.

Bilanz des Staatsvermögens.

	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
I. Allgemeines Staatsvermögen.							
Aktiva, je per 31. Dezember	2,628,247	2,813,708	9,538,216	16,165,828	26,387,181	31,229,425	33,673,993
Passiva, je per 31. Dezember	30,121	502,727	6,153,700	11,228,311	19,598,326	23,581,620	25,990,093
Reines Vermögen	2,598,126	2,310,981	3,384,516	4,937,517	6,788,855	7,647,805	7,683,900
II. Specialverwaltungen und Fonds.							
Reines Vermögen, Bilanz von Aktiven und Passiven per 31. Dezember	570,962	1,275,773	1,348,038	2,253,222	4,993,650	8,241,828	12,333,596
<i>Total von I und II</i>	3,169,088	3,586,754	4,732,554	7,190,739	11,782,505	15,889,633	20,017,496

Bilanz des Staatsvermögens, per Kopf der Bevölkerung.

Tab. 26.

	1837	1847	1857	1867	1877	1887	1897
<i>Bevölkerungszahl</i>	158,853	168,014	177,175	187,595	200,406	225,867	247,976
I. Allgemeines Staatsvermögen.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Aktiva per 31. Dezember, per Kopf	16.55	16.74	53.83	86.17	131.67	138.28	135.70
Passiva, per 31. Dezember, per Kopf	0.19	2.99	34.78	59.85	97.79	104.40	104.80
Reines Vermögen	16.36	13.75	19.10	26.32	33.88	33.88	30.90
II. Specialverwaltungen und Fonds.							
Reines Vermögen, Bilanz von Aktiven und Passiven per 31. Dezember, per Kopf . . .	3.59	7.38	7.61	12.01	24.92	36.49	49.74
<i>Total von I und II</i>	19.95	21.33	26.71	38.33	58.80	70.35	80.78
%-Anteil am Gesamtvermögen.							
Allgemeines Staatsvermögen	82	64.5	70.8	68.7	57.6	48.1	38.4
Specialverwaltungen und Fonds	18	35.5	29.2	31.3	42.4	51.9	61.6
	100	100	100	100	100	100	100

Es würde selbstverständlich zu weit führen und nutzlose Wiederholungen veranlassen, wenn auch die nicht zur Vergleichung herangezogenen Jahre der nämlichen einlässlichen Behandlung unterstellt werden wollten. Es mag daher, als Abschluss vorstehender Darstellung, genügen, möglichst Vollständigkeit halber lediglich noch die Schlussresultate der Verwaltungs-

und Vermögensrechnung der in Betracht fallenden Jahre, nach Decennien ausgeschieden, anzuführen (Tab. 27) und sodann in einer rekapitulierenden Übersicht (Tab. 28) einerseits die durchschnittlichen jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungsrechnung, und andererseits die allmähliche Entwicklung des Staatsvermögens, von einem Decennium zum andern, zu veranschaulichen.

Tab. 27 a.

I. Decennium 1831—1840.

	2) 1831	1832	1833	1834	1835	1836	1837	1838	1839	1840
A. Verwaltungsrechnung.										
I. Einnahmen einschliesslich Aktivsaldo, aber ohne Kapitalabzahlungen, Geldaufnahmen etc.	431,452	497,164	512,942	568,122	611,196	599,844	712,700	675,928	716,676	901,910
II. Ausgaben ohne Kapitalanlagen und ohne Schuldabzahlungen	479,382	442,773	442,394	502,798	549,036	478,236	541,048	583,366	680,992	847,158
Saldo (A = Aktiv, P = Passiv)	P 47,930	A 54,391	A 70,548	A 65,324	A 62,160	A 121,608	A 171,652	A 92,562	A 35,684	A 54,752
B. Vermögensrechnung.										
I. Allgemeines Staatsvermögen, Aktiva	1,046,678	1,100,935	1,135,368	1,133,743	1,124,529	1,156,688	2,478,063	2,504,786	2,630,798	2,518,587
Passiva	204,400	204,400	204,400	148,400	108,400	68,400	28,400	28,387	37,550	33,322
Netto	842,278	896,535	930,968	985,343	1,016,129	1,088,288	2,449,663	2,476,399	2,593,248	2,485,265
II. Separatfonde, Netto	1) 239,538	1) 248,047	1) 278,417	1) 275,779	1) 338,085	1) 367,027	1) 298,987	1) 312,569	1) 320,468	1) 317,988
Total	1,081,816	1,144,582	1,209,385	1,261,122	1,354,214	1,455,315	2,748,650	2,788,968	2,913,716	2,803,253
1) Ohne Brandversicherungskasse; der Bestand der letzteren betrug	39,616	75,441	17,215	85,893	113,191	192,887	239,350	256,704	179,681	145,100

2) Das Rechnungsjahr 1831 umfasst nur die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1831, da von 1803—1831 das Rechnungsjahr je vom 1. April bis 30. März dauerte. Seit 1831 fällt das Rechnungsjahr immer mit dem Kalenderjahr zusammen.

Tab. 27 b.

II. Decennium 1841—1850.

	1841	1842	1843	1844	1845	1846	1847	1848	1849	1850
A. Verwaltungsrechnung.										
I. Einnahmen mit Aktivsaldo, aber ohne Kapitaleinnahmen, Anleihen etc.	785,634	700,314	706,594	768,436	823,096	846,554	736,342	977,044	925,868	1,006,134
II. Ausgaben ohne Kapitalanlagen und Saldo	812,582	731,645	674,705	698,212	732,857	797,881	1,005,320	797,029	878,584	855,179
Saldo (A = Aktiv, P = Passiv)	P 26,948	P 31,331	A 31,889	A 70,224	A 90,239	A 48,673	P 268,978	A 180,015	A 47,284	A 150,955
B. Vermögensrechnung.										
I. Allgemeines Staatsvermögen, Aktiva	2,334,164	2,412,437	2,434,189	2,461,331	2,534,014	2,446,332	2,652,927	2,666,508	2,645,737	2,780,457
Passiva	26,000	124,281	82,392	46,000	26,000	13,000	474,000	322,500	330,500	200,000
Netto	2,308,164	2,288,156	2,351,797	2,415,331	2,508,014	2,433,332	2,178,927	2,344,008	2,315,237	2,580,457
II. Separatfonde, Netto	1) 320,056	1) 1,222,832	1) 1,166,303	1) 1,272,616	1) 1,086,384	1) 1,188,597	1) 1,155,486	1) 1,179,137	1) 1,204,531	1) 1,181,605
Total	2,628,220	3,510,988	3,518,100	3,587,947	3,594,398	3,621,929	3,334,413	3,523,145	3,519,768	3,762,062
1) Ohne Brandversicherungsanstalt; letztere erzeugt einen Bestand von	135,628	125,848	89,810	78,440	80,429	77,222	47,387	13,042	135,905	189,320

Tab. 27 c.

III. Decennium 1851—1860.

	1851	1852	1853	1854	1855	1856	1857	1858	1859	1860
A. Verwaltungsrechnung.										
I. Einnahmen mit Aktivsaldo, aber ohne Kapitalrückzahlung, Erlös von Liegenschaften etc.	995,818	1,092,310	1,165,728	1,307,450	1,338,710	1,411,075	1,645,565	1,552,575	1,606,736	1,644,968
II. Ausgaben ohne Anleihen, Kapitalanlagen, Saldi und Rückzahlung der Staatsschuld	755,327	1,028,975	1,132,014	1,241,957	1,433,870	1,424,464	1,525,189	1,546,029	1,552,661	1,591,689
Saldo (A = Aktiv, P = Passiv)	A 240,491	A 63,335	A 33,714	A 65,493	P 95,160	P 13,389	A 120,376	A 6,546	A 54,075	A 53,279
B. Vermögensrechnung.										
I. Allgemeines Staatsvermögen, Aktiva	2,546,732	2,668,666	4,743,946	5,908,059	9,094,340	8,171,570	9,538,216	9,743,982	10,402,346	10,498,121
Passiva	100,000	113,700	2,103,700	3,078,700	6,148,860	5,067,089	6,153,700	6,270,000	6,732,500	6,744,862
Netto	2,446,732	2,554,966	2,640,246	2,829,359	2,945,480	3,104,481	3,384,516	3,473,982	3,669,846	3,753,259
II. Separatfonde, Netto	¹⁾ 1,159,525	¹⁾ 1,226,400	¹⁾ 1,233,436	¹⁾ 1,252,253	¹⁾ 809,067	¹⁾ 838,261	¹⁾ 940,240	¹⁾ 1,129,256	¹⁾ 1,175,344	¹⁾ 1,251,018
Total	3,606,257	3,781,366	3,873,682	4,081,612	3,754,547	3,942,742	4,324,756	4,603,238	4,845,190	5,004,277
¹⁾ Ohne Brandversicherungskasse; letztere erzeugt einen Bestand von	266,194	341,505	400,277	222,722	278,960	342,599	407,798	434,567	348,398	570,658

Tab. 27 d.

IV. Decennium 1861—1870.

	1861	1862	1863	1864	1865	1866	1867	1868	1869	1870
A. Verwaltungsrechnung.										
I. Einnahmen mit Aktivsaldo, aber ohne Kapitalrückzahlungen, Anleiheaufnahmen, Gütererlös etc.	1,324,112	1,347,703	1,789,068	1,580,545	1,692,745	1,653,713	1,721,906	1,715,396	1,918,521	1,906,715
II. Ausgaben ohne Passivsaldi, Anleihen, Kapitalanlagen etc.	1,429,347	1,422,486	1,546,882	1,450,321	1,601,577	1,668,416	1,592,877	1,811,026	1,971,352	2,038,427
Saldo (A = Aktiv, P. = Passiv)	P 105,235	P 74,783	A 242,186	A 130,224	A 91,168	P 14,703	A 129,029	P 95,630	P 52,831	P 131,712
B. Vermögensrechnung.										
I. Allgemeines Staatsvermögen, Aktiva	11,999,351	13,229,954	13,600,110	13,875,908	13,838,856	13,794,603	16,165,827	18,855,073	19,675,337	20,428,796
Passiva	8,213,755	9,209,978	9,048,700	9,048,700	9,093,700	9,183,103	11,228,310	13,959,438	14,444,296	15,171,894
Netto	3,785,596	4,019,976	4,551,410	4,827,208	4,745,156	4,611,500	4,937,517	4,895,635	5,231,041	5,256,902
II. Separatfonde, Netto	¹⁾ 1,303,262	¹⁾ 1,386,210	¹⁾ 1,291,398	¹⁾ 1,415,350	¹⁾ 1,522,652	¹⁾ 1,559,697	¹⁾ 1,662,857	¹⁾ 2,182,096	¹⁾ 2,429,870	¹⁾ 2,485,322
Total	5,088,858	5,406,186	5,842,808	6,242,558	6,267,808	6,171,197	6,600,374	7,077,731	7,660,911	7,742,224
¹⁾ Ohne Brandversicherungskasse; letztere erzeugt einen Bestand von	192,075	510,559	499,855	628,121	528,604	515,383	590,366	454,349	93,931	76,354

Tab. 27 e.

V. Decennium 1871—1880.

	1871	1872	1873	1874	1875	1876	1877	1878	1879	1880
A. Verwaltungsrechnung.										
I. Einnahmen mit Kassasaldo, aber ohne Kapitalrückzahlung, Anleihen etc.	2,065,579	2,141,328	2,277,217	2,325,809	2,659,132	2,449,102	2,275,698	2,278,671	2,389,291	2,358,158
II. Ausgaben ohne Passivsaldi, Kapitalanlagen etc.	2,025,974	2,123,318	2,323,191	2,442,835	2,566,421	2,357,467	2,092,716	2,112,433	2,109,435	2,234,957
Saldo (A = Aktiv, P = Passiv)	A 39,605	A 18,010	P 45,974	P 117,026	A 92,711	A 91,635	A 182,982	A 166,238	A 279,856	A 123,201
B. Vermögensrechnung.										
I. Allgemeines Staatsvermögen, Aktiva	20,410,023	22,979,432	24,334,075	24,602,782	25,402,651	25,648,298	26,387,182	28,540,943	28,700,663	28,366,806
Passiva	15,116,365	17,473,489	17,971,795	18,435,444	19,025,302	19,331,140	19,598,326	21,697,996	21,716,863	21,552,202
Netto	5,293,658	5,505,943	6,362,280	6,167,338	6,377,349	6,317,158	6,788,856	6,842,947	6,983,800	6,814,604
II. Separatfonde, Netto	¹⁾ 2,449,226	¹⁾ 2,781,838	¹⁾ 3,594,667	¹⁾ 3,743,924	¹⁾ 4,137,660	¹⁾ 4,231,402	¹⁾ 4,394,286	¹⁾ 4,605,370	¹⁾ 4,816,010	¹⁾ 4,988,128
Total	7,742,884	8,287,781	9,956,947	9,911,262	10,515,009	10,548,560	11,183,142	11,448,317	11,799,810	11,802,732
¹⁾ Ohne Brandversicherungsanstalt; letztere erzeugt einen Bestand von	64,791	102,691	135,766	51,386	523,320	538,997	599,363	595,382	653,131	641,505

Tab. 27 f.

VI. Decennium 1881—1890.

	1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889	1890
A. Verwaltungsrechnung.										
I. Einnahmen mit Kassasaldo, aber ohne Kapitalrückzahlung, Anleihen etc.	2,191,584	2,154,941	2,158,693	2,245,897	2,482,464	2,741,356	2,722,056	2,820,998	2,958,791	3,309,162
II. Ausgaben ohne Passivsaldi, Kapitalanlagen etc.	2,187,856	2,046,136	2,046,231	2,111,315	2,359,654	2,560,323	2,519,654	2,689,095	2,766,778	3,135,916
Saldo (A = Aktiv, P = Passiv)	A 3,728	A 108,805	A 112,462	A 134,582	A 122,810	A 181,033	A 202,402	A 131,903	A 192,013	173,246
B. Vermögensrechnung.										
I. Allgemeines Staatsvermögen, Aktiva	28,194,460	27,643,463	28,177,625	29,725,585	30,187,017	30,304,824	31,229,425	31,203,319	31,930,300	32,818,522
Passiva	21,457,870	22,360,389	22,065,447	22,941,848	23,097,438	23,045,473	23,581,619	23,597,555	24,093,037	24,447,672
Netto	6,736,590	5,283,074	6,112,178	6,783,737	7,089,579	7,359,351	7,647,806	7,605,764	7,837,263	8,370,850
II. Separatfonde, Netto	¹⁾ 5,845,234	¹⁾ 7,429,333	¹⁾ 7,170,283	¹⁾ 7,376,775	¹⁾ 7,673,917	¹⁾ 7,978,219	¹⁾ 8,241,829	¹⁾ 8,419,279	¹⁾ 8,562,343	¹⁾ 9,078,826
Total	12,581,824	12,712,407	13,282,461	14,160,512	14,763,496	15,237,570	15,889,635	16,025,043	16,399,606	17,449,676
¹⁾ Mit Brandversicherungskasse und 1886 auch einschliesslich des Contos für das Feuerlöschwesen; diese beiden Fonde erzeugen zusammen einen Bestand von	653,198	694,104	317,096	331,365	356,003	381,357	404,063	461,797	487,218	493,142

Tab. 27 g.

VII. Decennium 1891—1899 (9 Jahre).

	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
A. Verwaltungsrechnung.									
I. Einnahmen mit Kassasaldo, aber ohne Kapitalrückzahlung, Anleihen etc.	3,393,678	3,264,723	3,725,907	3,866,174	3,924,789	4,046,928	4,217,914	4,259,354	4,292,507
II. Ausgaben ohne Passivsaldi, Kapitalanlagen etc.	3,136,797	3,285,325	3,487,752	3,581,378	3,821,854	3,846,987	4,018,857	4,127,341	4,139,229
Saldo (A = Aktiv, P = Passiv)	A 256,881	P 20,602	A 238,155	A 284,796	A 102,935	A 199,941	A 199,457	A 132,013	A 153,278
B. Vermögensrechnung.									
I. Allgemeines Staatsvermögen, Aktiva	33,862,945	34,522,607	34,315,699	33,893,146	32,747,430	33,036,407	33,673,993	34,881,188	35,131,105
Passiva	25,174,221	25,034,917	26,800,052	26,612,944	25,242,614	25,476,500	25,990,092	27,019,099	27,023,304
Netto	8,688,724	8,587,690	7,515,647	7,280,202	7,504,816	7,559,907	7,683,901	7,862,089	8,107,801
II. Separatfonde, Netto	¹⁾ 9,205,197	¹⁾ 10,027,676	¹⁾ 10,402,428	¹⁾ 10,976,982	¹⁾ 11,377,863	¹⁾ 11,958,302	¹⁾ 12,333,596	¹⁾ 12,815,654	¹⁾ 13,349,626
<i>Total</i>	17,893,921	18,615,366	17,918,075	18,257,184	18,882,679	19,518,209	20,017,497	20,677,743	21,557,427
¹⁾ Mit Brandversicherungskasse und Conto für das Feuerlöschwesen; letztere beiden Fonde erzeugen zusammen einen Bestand von	504,873	530,533	722,013	845,299	985,447	1,119,659	1,350,883	1,420,205	1,482,162

Tab. 28.

Rekapitulation.

	I. Decennium 1831—1840	II. Decennium 1841—1850	III. Decennium 1851—1860	IV. Decennium 1861—1870	V. Decennium 1871—1880	VI. Decennium 1881—1890	VII. Decennium 1891—1899 (9 Jahre)
Verwaltungsrechnung.							
Durchschnittlicher Betrag der Einnahmen per Jahr	622,793	827,601	1,376,092	1,665,642	2,321,998	2,578,594	3,888,664
Durchschnittlicher Betrag der Ausgaben per Jahr	554,718	798,399	1,323,217	1,653,276	2,238,875	2,442,296	3,716,124
Also durchschnittlicher Aktivsaldo per Jahr	68,075	29,202	52,875	12,366	83,123	136,298	172,540
Vermögensrechnung.							
Prozentuale Zu-, bzw. Abnahme innert einem Decennium, d. h. Differenz des ersten und letzten Jahres des Decenniums							
I. Beim allgemeinen Staatsvermögen:							
Aktiva	+ 140.8 %	+ 19.2 %	+ 312.2 %	+ 70.2 %	+ 38.9 %	+ 16.4 %	+ 3.8 %
Passiva	— 83.7 %	+ 669.2 %	+ 6,644.8 %	+ 84.7 %	+ 42.6 %	+ 13.9 %	+ 7.3 %
Reinvermögen	+ 195.1 %	+ 11.7 %	+ 53.4 %	+ 38.9 %	+ 28.7 %	+ 24.2 %	— 6.7 %
II. Separatfonde, Netto-Bilanz							
+ 32.7 %	+ 269.2 %	+ 7.9 %	+ 90.7 %	+ 103.8 %	+ 55.3 %	+ 46.1 %	
<i>Totalbetrag des Reinvermögens</i> (I und II zusammen)	+ 159.1 %	+ 43.1 %	+ 38.8 %	+ 52.1 %	+ 52.4 %	+ 46.2 %	+ 19.9 %